

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen der ... Versammlung des ... Landtags des Freistaats Oldenburg

Staat Oldenburg

**Oldenburg, [O.], Landtag 1.1849 - 6.1852; 30.1905/08 -
33.1916/19; 1.1919/20 - 5.1928/30[?]**

7. Sitzung, 10.04.1930

[urn:nbn:de:gbv:45:1-90141](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-90141)

Stenographischer Bericht

über

die Verhandlungen

der

4. Versammlung des V. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Siebte Sitzung.

Oldenburg, den 10. April 1930, vormittags 10 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung über den Bericht des Ausschusses 3 zu Anlage 6 (Voranschlag für den Landesteil Oldenburg).

Vorsitzender: Präsident Zimmermann.

Am Regierungstische: Ministerpräsident von Findh, Staatsminister Dr. Driver und Dr. Willers, Geh. Oberregierungsräte Tappenbeck und Nußenbecher, Ministerialräte Ruhstrat, Zeidler, Ostendorf 1 und 2, Eilers, Rauchheld, Zimmermann, Christians, Weßner, Heering.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung und bitte den Schriftführer, das Protokoll der 6. Sitzung zu verlesen. Abg. Broschko verliest das Protokoll. Sind Einwendungen gegen die Niederschrift zu erheben? Das ist nicht der Fall, dann erkläre ich dieselbe für genehmigt. Wir fahren in der Beratung des Voranschlages fort. Ich erteile das Wort dem Berichterstatter, Herrn Abg. Hartong.

Abg. Hartong: Meine Herren! Als Berichterstatter kann ich mich kurz fassen und mich im wesentlichen auf die Einleitungsbemerkungen im schriftlichen Bericht des Ausschusses beziehen. Die Finanzlage Oldenburgs ist zurzeit, darin stimmt der Ausschuß mit dem Finanzminister überein, nicht als ungesund zu bezeichnen. Die Schuldenhöhe übersteigt nicht ein verhältnismäßig erträgliches Maß. Das Defizit, das der Voranschlag aufweist, ist nicht unüberwindlich. Nicht recht verstanden habe ich, daß

der Herr Finanzminister, der ja in der Grundidee, daß Finanzlage und Etatlage nicht ungünstig sind, mit dem Ausschuß einer Meinung ist, gestern in seinem Exposé bei dem Defizit Zahlen hat aufmarschieren lassen, die zum mindesten Anlaß zu Mißverständnissen geben können: Der Voranschlag weist tatsächlich nicht ein Defizit von 1½ Millionen auf. Das steht vorläufig nur auf dem Papier, das tatsächliche Defizit beläuft sich auf ca. 500 000 R.M. Die eine Million hängt von dem Schicksal der Anlage 26 ab. Wenn man diese eine Million in Ausgabe stellen will, dann muß man auf der anderen Seite die dafür nötigen Steuern in Einnahme stellen. Man kann nicht das eine ohne das andere tun. Es hängt tatsächlich das Schicksal dieser einen Million ganz von Anlage 26 ab. Es ist niemand im Hause, der zu Anlage 26 Ausgaben bewilligen will ohne gleichzeitige Dedung. Ich stelle daher fest, daß voranschlagsmäßig ein Defizit von ca. 500 000 R.M. vorhanden ist. Zweifelhaft ist nur, ob sich das Defizit durch Minderüberweisungen vom Reich erhöht. Der Finanzminister hat gestern, abgesehen davon, daß er als Basis des Defizits 1½ Millionen R.M. genommen hat, dann zunächst den § 35 des Finanzausgleichs erörtert und hat zunächst auch die Minderüberweisungen auf Grund der zu befürcht-

tenden Aenderung dieses Paragraphen und die sonstigen Minderüberweisungen hinzugezählt und hat dann die etwas ungeheuerlich wirkende Zahl von reichlich 2 Millionen *R.M.* als Defizit ausgesprochen; nachher hat er dann zwar das, was wir an Mehrüberweisungen bekommen, wieder abgezogen, aber die hohe Zahl ist dadurch nicht verwischt. Ich komme darauf nur, weil ich nicht unwidersprochen lassen will, daß überhaupt Zahlen von über 2 Millionen *R.M.* als Defizit in Frage kommen. Bei den Mehrüberweisungen hat der Finanzminister allerdings einen größeren Optimismus bewiesen, als ich ihn zurzeit habe. Ich hoffe ja auch, daß das Reich Mehrüberweisungen vornimmt, aber irgend eine Berechnung aufzustellen darüber, was dabei herauskommt, kann ich z. Zt. nicht, kann der oldenburgische Herr Finanzminister nicht, ja, ich möchte glauben, daß auch der Herr Reichsfinanzminister das heute nicht kann. (Zuruf vom Finanzminister: Das hat er aber getan.) Ich will dabei zu Gunsten des Reichsfinanzministers annehmen, daß er wenigstens durch das sogenannte Finanzprogramm, das heißt, die Anträge, die er gestellt hat, die die jetzige Regierung gestellt hat, die die vorige Regierung gestellt hat, die früher die Regierungsparteien gestellt haben und die Anträge die die jetzige Reichsregierung von den Regierungsparteien erwartet, noch durchfinden kann. Wir müssen zunächst abwarten bei der Abhängigkeit unseres Etats von der Gestaltung dieser Finanzbeordnung im Reich, was dabei herauspringt. Ich glaube, ich kann namens des Ausschusses sagen, daß, mag man zum Reich- und Länderproblem stehen, wie man will, der Weg, daß man einfach den § 35 benützt, um den Ländern entgegen der Reichsverfassung Mittel, die sie bisher hatten, und die sie im Rahmen ihrer Aufgaben benötigen, zu entziehen, unmöglich ist. Es kommt ja hinzu, und das ist ja auch der ganze Ausgangspunkt des § 35, daß wir bezüglich der Gestaltung der Einkommensteuer, die ja das Rückgrat der Ueberweisungen und des § 35 ist, nicht Herr im Hause sind, sondern daß die Veranlagung dazu vom Reiche erfolgt. Ich glaube, das werden auch die Landwirte zugeben, daß, wir, wenn wir die Einkommensteuer zu schätzen hätten, z. B. das Einkommen der Landwirtschaft, mag es noch so gering sein, doch auf anderer richtigerer Basis schätzen würden, als es das Reich nach seinen Grundsätzen tut. — Meine Herren, es hat mancher Wunsch zurückgestellt werden müssen, gegenüber dem Gebot der Sparsamkeit, das ja den ganzen Voranschlag beherrscht. Man muß sehen, wie man durch die Zeit kommt. Man kann froh sein, wenn man das, was man hat, halten kann und wird sehr froh sein können, wenn das auch künftig der Fall ist. Man muß sich bei allem, was man für wünschenswert hält, immer vorhalten, daß jede Ausgabenerhöhung zwangsläufig Steuererhöhung bedeutet.

Das habe ich allgemein als Berichterstatter zum Voranschlag zu sagen. Es wird vielleicht im Laufe der Beratung der einzelnen Positionen das eine oder andere zu entstandenen Einzelfragen noch zu sagen sein. —

Sodann möchte ich namens meiner Fraktion zu den Ausführungen des Herrn Finanzministers folgendes sagen: Mit dem ersten Teil seiner Ausführungen sind wir einverstanden. Er hat mit Recht darauf hingewiesen, daß in der Bevölkerung in weiten Kreisen lebhafteste Unruhe und Unzufriedenheit besteht. Ich bin mit ihm einer Meinung darüber, daß diese Unzufriedenheit bis jetzt im wesentlichen auf Maßnahmen von Berlin beruht, und nicht auf Maßnahmen, die bisher hier im Lande getroffen worden sind. Ich bin mit ihm auch darüber einer Meinung, daß wir gestützt auf unsere gesamte Lage ein begründetes Recht auf Weiterexistenz als selbständiges Land haben. Das Problem, „Reich und Länder“ ist ein etwas schwieriges Problem, es ist ein Problem, über das man, wie ich ohne weiteres zugeben will, sehr verschiedener Meinung sein kann, sicher ist es aber ein Problem, das sich nicht parteischablonenmäßig betrachten läßt. Wenn eine Partei, es ist das neulich hier in Oldenburg geschehen, in einem Referat für sich in Anspruch nimmt, daß sie die einzige ist, die noch für die Selbständigkeit der Länder kämpfend in Frage kommt (Zuruf Abg. Schömer: Warum sehen Sie denn Herrn Thye so an?) so ist das absolut falsch, und wenn gesagt wird, die Reichstagsfraktion der Volkspartei habe sich hoffnungslos dem Unitarismus verschrieben, so ist das gerade so verkehrt. Selbstverständlich gibt es in der Deutschen Volkspartei wie in der Deutschnationalen Volkspartei Leute, die die jetzige Beordnung im Reiche nicht für richtig halten.

Meine Herren, § 35. Das Vorgehen Preußens kann meines Erachtens nicht scharf genug verurteilt werden. Die Mehrheit im Reichsrat ist zustande gekommen, wenn wir es richtig bezeichnen wollen, durch eine Schiebung mit Sachsen. Sachsen ist dafür gefördert worden, für den Preußen-Antrag zu stimmen, indem man Sachsen Zusicherungen auf dem Gebiete der Kraftfahrzeugsteuer gemacht hat. Sachsen hat ausgerechnet, daß es sich dabei besser steht. Meine Herren, auf diese Weise kann ein so ernstes Problem, wie das Reich- und Länder-Problem, selbst wenn jemand auf dem Standpunkt steht, daß es eine Ideallösung ist, daß das Reich in jeder Beziehung eine Einheit ist, (dann aber auch in jeder Beziehung) nicht gelöst werden. Uebrigens scheint mir, wie schon häufiger gesagt, erste Voraussetzung zu sein, daß Berlin den Befähigungsnachweis für Besser-regieren-können bringt, als wir es in unserem Lande entsprechend unseren Verhältnissen bisher fertig gebracht haben. Ich halte mit dem Finanzminister diese Aenderung § 35, bei der ein Stein aus dem Gesamtgebäude herausgerissen wird, als nicht mit dem § 8 der Reichsverfassung in Einklang

stehend, und kann nur bedauern, daß bei dieser wie auch bei anderen Fragen, die eine Verfassungsänderung bedeutet, immer sogenannte „sachverständige“ Ministerien vorhanden sind, die nach politischen Rücksichten angeblich Rechtsgutachten abgeben.

Meine Herren! Der Finanzminister hat dann, als die beiden Hauptprobleme, die zu ernster Sorge Anlaß geben, die Neubautätigkeit, die Förderung des Wohnungsbaues einerseits und die Erwerbslosenfürsorge andererseits angeführt. Ich bin mit ihm einer Meinung, daß dieses allerdings sehr, sehr ernste Probleme sind. Ich sehe sie bloß anders als er, vor allem das Problem des Wohnungsbaus. Ich muß dabei kurz Anlage 26 erwähnen, weil gestern diese Vorlage auch einen wesentlichen Teil der Ausführungen des Finanzministers ausgemacht haben, obgleich sie an sich in die Beratung der Anlage 26 gehören. Ich will mich deswegen aber verhältnismäßig kurz fassen. Der Herr Finanzminister hat es gewissermaßen so dargestellt, als wenn die Stellungnahme zu Anlage 26 der Barometerstand wäre für die Höhe oder Tiefe des sozialen Empfindens. Ich bin fast versucht, demgegenüber zu sagen, für mich ist die Stellungnahme zu dieser Anlage 26 ein Maßstab für die Höhe oder Tiefe des wirtschaftlichen Verständnisses. Meine Herren, wie liegen die Dinge. Daß nach dem Kriege zunächst auf dem Gebiete des Wohnungswesens unbedingt erhebliches geschehen mußte, steht außer allem Zweifel. Es hat derzeit aber kein Mensch daran gedacht, daß wir z. B. die Hauszinssteuer, die gedacht war als ein Uebergang, nach 10 bis 12 Jahren noch haben würden und daß wir dann immer noch mit dem Wohnungsbau nicht so weit sein würden, daß die Zwangswirtschaft beseitigt werden könnte. Ich schließe aus der Tatsache, daß wir immer noch die Zwangswirtschaft haben, daß man endlich einsehen sollte, daß auf dem bisherigen Wege das Problem überhaupt nicht zu lösen ist. Preußen, das ich vorhin in anderem Zusammenhange kritisiert habe, geht jetzt auf dem Gebiete des Abbaues der Zwangswirtschaft erheblich weiter als wir und sieht diese Dinge wesentlich richtiger.

Der Herr Minister hat gestern uns statistische Zahlen aufmarschieren lassen. Zum Schluß hat er allerdings gesagt: Meine Herren, die Statistik ist natürlich nicht richtig. Weswegen dann aber die Statistik? Er hat angeführt, was die einzelnen Amtsverbände über die Wohnungslage in ihrem Bezirk berichtet haben. Danach ist er dann zu dem Resultat gekommen, daß noch etwa sage und schreibe ca. 4500 Wohnungen fehlen! Das ist ungefähr dieselbe Zahl, die mit staatlicher Hilfe seit 1918/19 überhaupt gebaut worden ist. Klein- und Kleinst-Wohnungen waren es ca. 1300! Es geht meines Erachtens bei der Anforderung von Wohnungen ganz ähnlich, wie im Kriege mit der Anforderung von Lebensmitteln durch die Kommunen. (Zuruf

Abg. Schömer: Da haben Sie wohl Erfahrung.) Ja, Sie Herr Schömer waren damals noch nicht in der Kommunalverwaltung, sonst würden Sie sie auch haben. — Genau wie mit den Anforderungen beim Militär, genau so mit den Etatenforderungen der einzelnen Ressorts, immer unter dem Gesichtswinkel: Gestrichen wird doch, also reichlich anfordern. Zwei Amtsverbände haben meines Wissens für ihren Bezirk eine Wohnungsnot verneint. Meine Herren, ich sagte vorhin schon, auf dem bisherigen Wege kommen wir niemals zu einem gesunden Wohnungswesen. Es wird stets wie bei allen behördlichen Regelungsversuchen rein wirtschaftlicher Fragen, ein verkehrtes Resultat herauskommen. Mit Fürsorge für das Baugewerbe hat die Frage in erster Linie nichts zu tun. Ich habe den Eindruck, als wenn durch die langanhaltende, jetzt nahezu 12-jährige Wohnungswirtschaft, die man betrieben hat, das Wohnungsbauwesen und die angebliche Notwendigkeit staatlicher Bautätigkeit und Bauförderungstätigkeit zu einer Art fixen Idee geworden sind. Meine Herren, wirtschaftliche Gesetze lassen sich nicht dauernd übertreten. So geht es nicht. Es wird schematisch das Geld verteilt auf die einzelnen Bezirke, nach der Bevölkerungszahl, nach irgendwelchen anderen Gesichtspunkten, und dann wird darauf losgebaut. Bauen, Bauen, das ist die fixe Idee. Stellen Sie sich bloß einmal — es wurde gestern Rüstingen erwähnt — das Resultat für Rüstingen vor, wenn Anlage 26 angenommen wird. Ich gebe zu, daß zurzeit in Rüstingen der Wohnungsbedarf nicht voll befriedigt werden kann; es ist das aber lediglich eine Folge der mangelnden Freizügigkeit. Würde Freizügigkeit sein, und sobald sie eintritt, wird für Rüstingen das Resultat sich ergeben, daß diejenigen Arbeitskräfte, die in Rüstingen infolge der wesentlichen Verkleinerung der Marine werft keine Arbeit finden können, auch künftig nicht finden können, abwandern in Bezirke, wo Arbeitsmöglichkeit vorhanden ist. Das kommt ganz zwangsläufig, darüber kann es eigentlich keine Meinungsverschiedenheiten geben. Das ist auch keine Parteifrage, es ist einfach unmöglich, die Werft in dem früheren Zustande aufrecht zu erhalten. (Zuruf von links: Wo sind denn die Arbeitsstätten?) Ich komme noch darauf. Meine Herren, dann werden so und so viele Wohnungen in Rüstingen frei stehen. Wenn jetzt auf der Grundlage der Anlage 26 in Rüstingen Häuser gebaut werden, dann muß derselbe Hausbesitzer, der diesen ersten Zeiten entgegengeht, selbst noch die Mittel aufbringen dafür, daß noch weitere Wohnungen gebaut werden und die schon vorhandenen Häuser dadurch zwangsläufig noch weiter entwertet werden, als es ohnehin zwangsläufig eintritt. Man braucht sich nur dieses Beispiel vorzustellen. Sie wissen, ich bin stets für möglichst schnelle Aufhebung der Zwangswirtschaft eingetreten. Selbstverständlich

geht das nicht ohne Uebergangszeit. Es muß doch einmal kommen und daher: je eher, desto besser. Es wäre der größte Fehler, solange damit zu warten, bis Wohnungen im Ueberfluß da sind; auf bessere Weise könnte man das Baugewerbe überhaupt nicht totschlagen, denn dann würde jeder Anreiz, überhaupt noch zu bauen und Kapital hineinzustecken, fehlen. Daher bedaure ich außerordentlich, daß das Sozialministerium so zaghaft ist. Wir haben ja gestern schon darüber gesprochen. Obgleich die Stadt Oldenburg unter einheitlicher Zustimmung des gesamten Magistrats, in dem alle Parteien vertreten sind, sich seit einem Jahre um weitere Forderung bemüht. Wenn man diesen Mut nicht aufbringt, kommt man nie aus der Sache heraus. Wenn gesagt wird, die Mieten werden steigen, so ist das sicher richtig. Ich sehe auch nicht ein, weshalb diejenigen, die nun durch einen Glückszufall im Besitz einer Altwohnung sind, ein Vorrecht haben sollten, ständig billiger zu wohnen, als diejenigen, die umziehen müssen und auf Neubauwohnungen angewiesen sind. (Zuruf von links: Wollen Sie denn höhere Löhne zahlen?) Meine Herren, die höheren Löhne haben damit nichts zu tun. Ich möchte Ihnen empfehlen, auszurechnen, was effektiv eine Mietsteigerung von 10 bis 20% ausmacht und bitte, stellen Sie demgegenüber, was in der Friedenszeit der Arbeiter prozentual von seinem Einkommen für Wohnung hat ausgeben müssen und welchen Prozentsatz das jetzt, bzw. nach Steigerung der Miete um 10 bis 20%, ausmacht. Dann werden Sie mit mir zu dem Resultat kommen, daß ein Anlaß zu Lohnerhöhungen nicht vorliegt. Sie brauchen nur das Exempel zu machen. (Zuruf: Vielleicht darf man doch auch Ihnen empfehlen, dann mit dem Einkommen eines Arbeiters auszukommen.) Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich nicht einsehen kann, weshalb die Arbeiter nicht auch unter den Auswirkungen des verlorenen Krieges ihr Teil mit tragen müssen. (Zuruf von links: Leider allein tragen.) Bisher nicht, denn der Arbeiter steht sich durchweg wesentlich besser als vor dem Kriege. (Zuruf: Haben Sie auch weniger als vor dem Kriege?) Ich kann Ihnen statistisches Material geben. Meine Person scheidet absolut aus. Es ist übrigens auch ganz unrichtig, daß durch Aufhebung der Zwangswirtschaft für den Mieter in jedem Falle eine größere Belastung herauskommt. Die Friedensmiete von 120% steht vielfach auch bei Altwohnungen nur auf dem Papier. Der Mieter hat in weitem Umfange und vielen Fällen daneben die Reparaturen zu tragen, er hat unter Umständen Abfindungssummen zu zahlen usw. Wenn er das zusammenrechnet, kommt in vielen Fällen mehr heraus, als die Mietsteigerung bei Aufhebung der Zwangswirtschaft ausmacht. Vor allem aber würde mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft eine erhebliche Ersparnis an Verwaltungskosten durch die Aufhebung der Wohnungsämter erzielt und all das,

was es auf diesem Gebiete an Schiebung und Korruption zusammenhängt, würde endlich aufhören.

Ich gebe ohne weiteres zu, daß ein Mangel an Klein- und Kleinst-Wohnungen besteht und daß dafür etwas geschehen muß. Bei Kleinstwohnungen ist aber das Problem schon schwieriger als bei Kleinwohnungen, denn viele stehen auf dem Standpunkt, daß Kleinstwohnungen nur für einen Vorübergang nötig sind und daß von vornherein Kleinstwohnungen so einzurichten sind, daß sie in absehbarer Zeit zu Kleinwohnungen umgewandelt werden können. Es setzt sich meines Erachtens, ich schließe das auch aus der preußischen Regelung, mehr und mehr die Idee durch, daß ein allgemeiner Wohnungsmangel nicht mehr besteht. Für Klein- und Kleinst-Wohnungen und für kinderreiche Familien muß, wie gesagt, etwas geschehen. Das war aber vor dem Kriege auch schon so. Ich kann mir eine Regelung nur so denken, daß örtlich Land, Kommune und Baugewerbe sich zusammensetzen und nach eingehendster Bedarfsprüfung einen Plan machen unter finanzieller Beteiligung von Land, Kommune, Baugewerbe und Privatkapital. Es muß ein fester Plan für mehrere Jahre aufgestellt werden und danach muß die Bautätigkeit unter pekuniärer Verantwortung der vorgenannten Faktoren betrieben werden, denn das ist die beste Kautel dafür, daß es richtig gemacht wird, daß Häuser gebaut werden dem wirklichen Bedarf entsprechend. Aber Hände weg für die Zukunft von der bisherigen schematischen Bauwirtschaft. Es ist nicht zu vertreten, in der heutigen Zeit so und so viel Millionen für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Meine Herren, folgen Sie meinem Vorschlag, dann treiben Sie gleichzeitig eine praktische Wirtschaftspolitik.

Arbeitslosen-Problem. — Der Herr Minister hat gesagt, daß jetzt ca. 2000 Arbeitslose mehr vorhanden seien gegenüber dem Stande von 1927, und daß er ein Fragezeichen dahintersetze, ob die Wirtschaft so viel schlechter geworden sei, oder ob es nicht mehr Schäden der Organisation seien. Sie werden mir ohne weiteres glauben, daß ich überzeugt bin, daß erhebliche Schäden in der ganzen Organisation vorhanden sind, möchte aber doch ein Fragezeichen dahinter setzen, ob in unserem Lande die betreffenden Behörden derartige Schäden aufzuweisen haben. Ich muß offen sagen, daß ich den Eindruck habe, daß man hier bei den betreffenden Ämtern durchaus bestrebt ist, möglichst diese Schäden, die anderweit vielfach aufgetreten sind, zu vermeiden. Ich sehe in der erhöhten Zahl im wesentlichen den Ausdruck der verschlechterten Wirtschaftslage. Der Unterschied und die Gefahren der jetzigen Wirtschaftslage zu 1927 sind unvergleichlich. Sicher haben wir 1926/27 einen Tiefstand gehabt, der womöglich noch größer war als augenblicklich. Aber es war eine kurze Welle, die bald überwunden wurde. Jetzt ist es eine ganz

lange, breite Welle tatsächlicher Depression, die umso gefährlicher ist, als Reserven, die 1926/27 in der Wirtschaft noch vorhanden waren, durchweg nicht mehr vorhanden sind. Man täusche sich über die ganze wirtschaftliche Situation nicht. Sicher ist früher viel geschrien am unrichtigen Platze, aber heute schreien viele nicht mehr, weil sie hoffnungslos geworden sind. Auch das Arbeitslosenproblem läßt sich nach meiner Auffassung, so wie es bisher aufgezo-gen ist, nicht durchführen. Wir sehen in Deutschland auch im allgemeinen wirtschaftlich ganz falsch. Durchweg operiert man so, daß man einfach Mehrausgaben zur Bekämpfung äußerer Folgeerscheinungen bewilligt, ohne daß man sich überlegt, wie kann ich dem Grundübel näherkommen und da den Hebel ansetzen. Es ist ungefähr dasselbe Rezept, als wenn man dem, dem es wirtschaftlich schlecht geht, sagen würde; Du brauchst nur mehr Geld auszugeben, dann wird sich die Lage von selbst bessern. Meine Herren, die Arbeitslosigkeit hängt ja unmittelbar auch mit der ganzen Gesetzgebung zusammen. Ich bin der Auffassung, daß vielfach als Folge an sich gutgemeinter Gesetze, sogenannter sozialer Gesetze, die Arbeitslosigkeit vermehrt wird. Die Frage der älteren Angestellten, sicher ein Punkt, der ernster Beachtung wert ist. Aber wenn Sie erleben, daß man einen älteren Angestellten mit 55 bis 58 Jahren einstellt, er dann aber trotz aller Versuche versagt und man sagt ihm nach 1½ Jahren: „Lieber Mann, es geht tatsächlich nicht“, wenn dann ein Arbeitsgericht, ich könnte Ihnen das Urteil verlesen, sagt: es ist eine Härte, einen Mann von 59 Jahren auf die Straße zu setzen; es ist eine Abfindung von 3000 R.M. zu zahlen, dann ist die Wirkung, daß man künftig derartige soziale Versuche unterläßt. Ich könnte Ihnen viele Beispiele ständig und ständig vermehrter Belastung der Wirtschaft durch vermeintliches soziales Empfinden von Gerichten usw. anführen, was aber absolut unsozial wirkt. Man befreie uns von derartigen weiteren Belastungen. Man überlege: wie kann ich die deutsche Industrie, die deutsche Wirtschaft im ganzen genommen wieder konkurrenzfähig machen, wie kann ich Lasten vermindern. Es ist in dem Zusammenhang sogar notwendig, sich eingehend mit der Frage zu beschäftigen, ob, wir haben gestern schon davon gesprochen, nicht alle Teile dazu beitragen müssen, ob nicht Beamten- und Arbeiterlöhne ermäßigt werden müssen, damit wir wieder konkurrenzfähig werden und Arbeiter beschäftigen können. (Zuruf: Hört, Hört!) Das läßt sich nicht schlagwortartig erledigen, sondern das sind schwierigste Probleme, die selbstverständlich in aller Offenheit unter Vorlegung von Unterlagen mit den Gewerkschaften besprochen werden müssen, damit nachgewiesen werden kann, daß Kalkulations- und Konkurrenzunfähigkeit besteht und wie sie wieder hergestellt werden kann. Das ist

doch besser, als daß zwangsläufig immer mehr und mehr Leute arbeitslos werden und daß diejenigen, die noch Arbeit haben, immer weiter erhöhte Beiträge zu der Arbeitslosenversicherung zahlen müssen. Das müssen die Arbeiter doch auch von ihrem Lohn aufbringen. Ob es da nicht richtiger ist, den von mir genannten Weg in Erwägung zu ziehen? (Zuruf Jffland: Das hat alles seine Grenzen.) Das hat sicher alles seine Grenzen, aber was nützt es, wenn zwangsläufig auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung auch den Arbeitern immer weitere Lasten auferlegt werden? Das ist doch eine ganz falsch gesehene Ausgabenwirtschaft. So geht es doch nicht. Man soll nachprüfen, was ist der Grundkern der ganzen Situation und da anfassen, aber nicht immer nur die Folgen sehen, dafür immer mehr Geld ausgeben und damit dann die Produktion immer weiter schwieriger gestalten. Ich garantiere Ihnen, daß in dem Moment, wo die Löhne herabgesetzt werden, die Arbeitslosigkeit rapiet zu sinken beginnt.

Das alles sind Fragen, über die man sich heute eigentlich losgelöst von jeder Parteipolitik ruhig und sachlich unterhalten können muß. Wenn das nicht geschehen kann, ist noch ein weiter, weiter Weg zur Gesundung Deutschlands. Meine Herren, insofern muß auch, um zu dem Etat zurückzukommen, immer geprüft werden, ob Notstandsarbeiten wirklich produktiv sind oder nicht. Die beste Fürsorge für Arbeitslose ist, einen Weg zu finden, daß sie in der Wirtschaft, im normalen Arbeitsprozeß, wieder beschäftigt werden. Der Weg ist möglich, nur wird er umso schwieriger, je länger man damit wartet. Ich bin auf diese Fragen eingegangen, weil ich gestern bei den Ausführungen des Finanzministers die Auffassung bekam, daß er die Not der Wirtschaft nicht richtig sieht. Sonst würde er nicht haben sagen können: Ich habe jetzt 5 Jahre die Wirtschaft geschont, jetzt, Wirtschaft, ist es aber auch Zeit, daß du endlich wieder etwas tust. Das ist ganz falsch und den Weg mache ich auf keinen Fall mit. (Zuruf Fid: Das kann ich mir denken.) Die Wege zur Bekämpfung der Wohnungsnot, die auch ich nicht allgemein bestritten habe, habe ich gezeigt. Man gehe diese Wege, den anderen lehnen meine Freunde und ich ab.

Präsident: Das Wort hat Herr Minister Dr. Willers.

Minister Dr. Willers: Meine Herren! Ich bin gestern bei meinen Ausführungen von einem Defizit von 1½ Millionen ausgegangen, wie es im Voranschlag steht. Herr Abgeordneter Hartong meinte, daß das nicht richtig gewesen sei, man hätte die für den Wohnungsbau vorgezogene 1 Million herausnehmen müssen, weil diese durch eine besondere Vorlage gedeckt werden solle. So sei der Anschein erweckt worden, als ob das Defizit ein viel größeres sei. Als ich den Voranschlag aufstellte,

habe ich die Frage geprüft, ob ich nicht von vornherein diese Million herausnehmen und, wie es auch später geschehen ist, mit der Anlage 26 vereinen sollte. Ich habe alle Gründe erwogen, die dafür und dagegen sprechen und bin zu dem Ergebnis gekommen, daß es tatsächlich besser war, diese 1 Million in dem Etat der sozialen Fürsorge zu belassen. Die Gründe waren für mich ausschlaggebend, für Sie vielleicht nicht so. Ich habe gestern ausgeführt, daß nicht endgültig ein so hohes Defizit entstehe, sondern nur zunächst und habe darauf weiter aufgebaut durch Absetzung von zu erwartenden Mindereinnahmen und durch Hinzurechnung von zur Zeit der Aufstellung des Voranschlages noch nicht voraussehbaren Mehreinnahmen. Herr Abg. Hartong hat gerügt, daß ich mit den Einnahmen gerechnet hätte, die Biersteuer und die Benzolsteuer ergeben sollen. Ich bin sehr vorsichtig gewesen und habe gesagt, daß diese Gesetze noch gar nicht vorhanden seien, aber ich glaube, eine Staatsregierung kann nicht an den Zahlen vorübergehen, die ihr vom Reichsfinanzministerium mitgeteilt werden.

Sodann hat Herr Abg. Hartong vom Wohnungsbau gesprochen. Sie wissen, daß ich diesen Ausführungen nicht beitrete. Ich bin aber schon lange der Auffassung und habe das schon in früheren Jahren gesagt, daß der Staat als solcher für den Wohnungsbau zu viel tut, daß die Hauptlast bei den Gemeinden liegen muß, und deshalb sind auch die Mittel für den Wohnungsbau von 2,2 Millionen auf 1½ Millionen herabgesetzt worden.

Es ist dann gerügt worden, daß Oldenburg mit der Forderung der Zwangswirtschaft zögere. Es ist schon vor einigen Tagen hier zum Ausdruck gekommen, daß Oldenburg bei dem Wohnungsmangelgesetz weniger getan habe als Preußen, daß aber in Preußen noch die beiden anderen Mietgesetze in vollem Umfange bestehen, während wir alle 3 Mietgesetze gleichmäßig aufgehoben haben, und ich glaube, wenn man das gegeneinander abwägt, dann muß man zu der Ueberzeugung kommen, was ich auch im Finanzausschuß ausgeführt habe, daß das Einschneidendere und Wichtigere im Interesse des Abbaues der Zwangswirtschaft vielleicht doch die Forderung der drei Gesetze ist, denn diese können unter Umständen durch Einschränkung neuen Wohnraums schaffen, aber auch erhebliche Härten mit sich bringen. In dem Sinne habe ich mich in dem Finanzausschuß ausgesprochen. Was die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes angeht, so ist diese m. E. im wesentlichen nur formaler Natur: nämlich eine geschäftsmäßige Entlastung für die Städte und Gemeinden. Der Wohnraum wird aber vielleicht noch weiter beschränkt dadurch, weil eben die Beschlagnahme nicht mehr erfolgen kann. Den Wünschen der Städte Oldenburg, Rühringen und Delmenhorst hat die Staatsregierung kürzlich Rech-

nung getragen. Mit den 3 Bürgermeistern ist eine Einigung erzielt, daß zur Zeit nicht mehr geschehen solle, als tatsächlich geschehen ist. — Ich habe dann von der Statistik gesprochen und dabei nicht gesagt, daß noch 4300 Wohnungen nötig seien. Ich bin ebenfalls zu dem Ergebnis gekommen, daß die Statistik falsch ist und habe ausgeführt, daß für die Städte Oldenburg, Rühringen und Delmenhorst ein Bedarf von 1300 Kleinwohnungen und für die übrigen Städte und Gemeinden des Landes ein Bedarf von 500 Kleinwohnungen sich rechtfertigen ließe, zusammen also 1800 Wohnungen, nicht 4300. Ich habe dann auch des Gedankens, den Herr Abg. Hartong versichert, bereits gestern Erwähnung getan, daß nämlich im Laufe des Jahres Gemeinde für Gemeinde geprüft werden müsse, um die wirkliche Wohnungsnot in der einzelnen Gemeinde zu ermitteln. Das Erforderliche ist bereits in die Wege geleitet, und ich hoffe, dem Landtage bei der nächsten Tagung mitteilen zu können, wie es steht.

Was die Erwerbslosigkeit angeht, so habe ich nicht gesagt, daß die größere Zahl der Erwerbslosen mit darauf zurückzuführen sei, daß früher der Wirtschaft es vielleicht besser gegangen sei als heute. Ich habe gesagt, die größere Erwerbslosigkeit sei nicht allein darauf zurückzuführen, daß es der Wirtschaft heute nicht so gut gehe wie im Jahre 1926. Meine Herren! Ich habe nicht die Reichsorganisation hier irgendwie bemängelt. Ich kenne ihre Tätigkeit nicht, kann sie daher auch nicht kritisieren. Ich bin auch überzeugt, daß unsere Reichsbehörden hier in Oldenburg ihre Pflicht tun. Ich habe lediglich geglaubt, darauf hinweisen zu sollen, was auch beim Reich vielfach angenommen wird, daß unser Erwerbslosenversicherungsgesetz auch Mängel, Auswüchse enthält, die vielleicht beseitigt werden könnten.

Dann muß ich doch dagegen protestieren, daß gesagt wird, durch die Einbringung der Anlage 26 hätte ich die Not der Wirtschaft verkannt. Das habe ich keineswegs. Ich habe ausgeführt, daß die Nöte der Wirtschaft in vollem Umfange anerkannt werden, aber was soll die Staatsregierung machen, wenn sie einsieht, daß trotz aller Sparsamkeit mit den vorhandenen Mitteln nicht auszukommen ist? Dann muß doch die Staatsregierung vor den Landtag treten und sagen, wir müssen neue Mittel haben. Die Entscheidung darüber liegt zunächst beim Landtag.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Wempe.

Abg. Wempe: Meine Herren! Der Herr Minister ist gestern bei seinen Ausführungen ausgegangen von den Ereignissen der jüngsten Zeit, die geeignet sind und die naturnotwendig dahin führen, das Schicksal des deutschen Volkes auf absehbare Zeit bestimmend zu beeinflussen. Ich halte es für meine Pflicht, daß auch ich mit einigen kurzen

Worten auf jene Abkommen eingehe, die die Verpflichtungen Deutschlands aus dem verlorenen Krieg wenigstens vorläufig regeln. Auch wir sind daran interessiert, denn auch das Schicksal unseres Landes und Volkes hängt aufs innigste zusammen mit dem des ganzen Deutschen Reiches, und es hieße engste Rirchtumspolitik treiben, wenn nicht auch wir auf das große Ganze Rücksicht nehmen und unsere Tätigkeit betrachten als einen kleinen Baustein zum Wohle des gesamten Volkes. Und da muß ich hier schon sagen, was ich auch bei anderer Gelegenheit schon ausgeführt habe: es erfüllt uns mit einer gewissen Befriedigung, daß durch das letzte Saager Abkommen wenigstens die politische und finanzielle Lage Deutschlands eindeutig klar gestellt ist; denn eine solche Klarheit ist die erste und notwendigste Grundlage eines Wiederaufstiegs.

Ich begrüße es ferner, daß durch dieses Abkommen in wenigen Monaten unsere Oldenburger Landsleute in Birkenfeld von der schmachvollen und drückenden Besatzung befreit werden. Das ist für uns einer der wesentlichsten Gründe, der uns bestimmt, dem an und für sich schwer tragbarem Abkommen unsere Zustimmung zu geben. Es darf dabei nicht außer Acht gelassen und auch beim Voranschlag Birkenfelds nicht übersehen werden, daß gerade dieser Landesteil noch außerordentlich geschädigt wird durch die nahe Grenze des Saarlandes, das auch jetzt noch nicht wieder in den Verband des Deutschen Reiches zurückkehrt und über das die Verhandlungen auch noch keinen befriedigenden Abschluß in absehbarer Zeit erwarten lassen. Wenn wir über das Schicksal Birkenfelds verhandeln, dann werden wir immer im Auge behalten müssen, daß es durch die unnatürliche politische und wirtschaftliche Grenze stark geschädigt wird und daß ihm vom Lande und vom Reiche auch weiterhin mit allen verfügbaren Mitteln geholfen werden muß.

Meine Herren! Der Name Stresemann, mit dem die ganzen Verhandlungen der letzten Jahre verbunden sind, bedeutet für uns politisch nicht bloß eine aufrechte, markante Persönlichkeit, sondern er bedeutet für uns ein Programm, von dessen Durchführung wir das künftige Wohl des Deutschen Volkes abhängig glauben. Wir werden nur auf dem Wege der Entfagung, der Versöhnung, Deutschland wieder frei und glücklich machen können, und da schauen wir mit besonderer Verehrung hin zu der Persönlichkeit eines Stresemann und auf die verehrungswürdige Persönlichkeit unseres Reichspräsidenten von Hindenburg. (Bravo.) Es hat einmal eine Zeit gegeben, wo wir Bedenken glaubten haben zu müssen, diesen Mann mit seinen 80 Jahren und seiner bewegten Vergangenheit noch auf einen solchen verantwortungsvollen Posten zu berufen. Die Ereignisse — ich bekenne das hier offen — haben uns Unrecht gegeben. Heute können wir uns mit Ueberzeugung und warmer Verehrung

hinter diese Persönlichkeit stellen, die vom Lärm der Tagespolitik umgeben das große Wort sprach: Wenn es um das Wohl des deutschen Volkes geht, hat auch die Rücksicht auf meine Person zu schweigen! Meine Herren! Wenn alle Deutschen von diesen Grundsätzen erfüllt wären, dann stände es mit dem deutschen Volke in mancher Beziehung besser.

Meine Herren! Man sage nicht, daß solche Gedanken hier im Oldenburgischen Landtage überflüssig seien; auch in unser Land spielen die Wellen der großen politischen Ereignisse hinein; auch wir haben erleben müssen, daß in unserem Lande Kräfte am Werke sind, die diese schwere Zeit benutzen, um Leidenschaften aufzuwühlen und Klüfte aufzureißen zwischen Menschen, die sich als Schicksalsgemeinschaft in dieser schweren Zeit fühlen sollten.

Gestatten Sie, daß ich jetzt zum Voranschlag übergehe. Im vorigen Jahre tönte uns immer das Wort entgegen, das Jahr 1929 ist ein Notjahr und auch die kommenden Jahre würden es noch sein. Daß auch das Jahr 1930 ein Notjahr ist, haben wir bei der Beratung des Etats mehr als uns lieb war fühlen müssen. Abhängig ist diese Not — darin stimme ich mit Herrn Abg. Hartong überein — von den verworrenen Verhältnissen im Reiche, wo kleinliches Parteigezänk es nicht zu einer Politik der großen Linie hat kommen lassen. Ich hoffe, daß es jetzt besser wird. Die Reichsfinanzen sind noch nicht geklärt und saniert und damit hängen auch zusammen die Bestrebungen, die größeren Länder auf Kosten der kleineren zu entlasten. Der Vorstoß Preußens gegen den § 35 des Reichsfinanzausgleichsgesetzes bedeutet ja zunächst eine solche Entlastung, bedeutet aber auch — darin stimme ich mit dem Herrn Minister überein — einen ganz offenbaren Versuch, auf diesem Umwege den kleinen Ländern die Existenzmöglichkeit zu nehmen. Meine Herren! Auf diesem Wege erreicht man keine Reichsreform; das muß schon anders gemacht werden. Auch wir sind der Meinung, daß die Verschlechterung des § 35 oder gar die Aufhebung, wie sie ursprünglich von Preußen geplant war, ein Verstoß ist gegen den Artikel 8 der Reichsverfassung, der das Reich verpflichtet, bei der Inanspruchnahme von Steuern, die bisher den Ländern in eigener Verwaltung zustanden, auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Länder Rücksicht zu nehmen habe. Es bedeutet nach unserer Ueberzeugung eine Beeinträchtigung dieser Pflicht des Reichs, wenn man den Ländern diese ihre Existenzmöglichkeit noch weiter beschränken will.

Oldenburg ist ein lebensfähiges Land trotz seiner Kleinheit. Wir erkennen an, was auch im Bericht zum Ausdruck kommt, daß die Landesschuld zu ernstern Besorgnissen durchaus keinen Anlaß gibt, zumal in den letzten Jahren ein erhebliches Anwachsen dieser Verschuldung nicht mehr eingetreten ist. Wenn es gelingt, wie es der Herr Finanz-

minister angedeutet hat, auch im Laufe dieses Jahres kurzfristige Verpflichtungen in langfristige umzuwandeln, dann bedeutet das eine weitere Sicherheit zur Festigung unserer finanziellen Verhältnisse. Daß es im Rahmen des Oldenburgischen Staates möglich ist, die Verwaltung und die Finanzen zweckmäßig und übersichtlich aufzubauen, und auch mit bescheidenen Mitteln diejenigen Aufgaben zu erfüllen, die Oldenburg als Land zu erfüllen hat, ist in früheren Jahren bereits wiederholt zum Ausdruck gekommen. Wir sind auch heute noch der Ueberzeugung, daß Oldenburg, falls man ihm nicht mit Gewalt die Lebensader durchschneidet, das tut, was es als Land zu leisten hat. Es kommen hinzu die übersichtlichen Verhältnisse, die es dem einzelnen Staatsbürger ermöglichen, seine besonderen Wünsche an zuständiger Stelle zur Kenntnis und zur Geltung zu bringen, und die es andererseits uns gestatten, mit bescheidenen Mitteln zweckmäßig zu arbeiten, besser, als das in einem größeren Verbande möglich ist.

Wenn eine Reichsreform erstrebt wird — auch wir versagen uns dem Gedanken grundsätzlich nicht — dann muß sie nach unserer Ueberzeugung unbedingt von Berlin ausgehen. Die größte Abnormität im Deutschen Reich ist der Dualismus in Berlin. Es ist ein Zustand, der auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten ist, wenn in der einen Hauptstadt eine umfangreiche Reichsregierung besteht und daneben noch eine Verwaltung, die $\frac{2}{3}$ des Deutschen Reiches umfaßt. Das bedeutet eine Verschwendung, die sich das Deutsche Reich auf die Dauer nicht leisten kann. Die Aufsaugungspolitik, die Preußen betreibt, um auf diesem Wege zu einer Reform des Reiches zu kommen, die lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab. (Abg. Frerichs: Was ist denn das, was Sie da eben angedeutet haben?) Darüber sprechen wir ein anderes Mal; das ist jedenfalls etwas ganz anderes. (Abg. Frerichs: Es liegt aber auf der gleichen Linie.) Man möge doch nicht glauben, daß in Oldenburg mit einem Aufgehen in Preußen soviel verändert würde. Die wirtschaftliche und soziale Struktur würde keine Veränderung erfahren, und man muß nicht glauben, daß die preußischen Verhältnisse gewissermaßen den Gipfel der Vollkommenheit bedeuten. Ich weise auf ein sichtbares Beispiel, auf unseren Nachbarbezirk im Westen, auf den Hümmling hin. Es ist den Herren wohl noch in Erinnerung, daß vor zwei Jahren eine Journalistenfahrt ins Emsland stattgefunden hat, und dabei hat sich herausgestellt, daß dieses Fleckchen Land von der Provinz und vom Staat Preußen in ganz unverantwortlicher Weise vernachlässigt worden ist in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung. Dieses Beispiel könnte Oldenburg nicht gerade zur Nachahmung und zum Anschluß aneifern.

Der Etat selbst ist auch in diesem Jahre außerordentlich sparsam aufgestellt, und der Ausschuß

hat seine Selbstbeschränkung dadurch bewiesen, daß er im wesentlichen darauf verzichtet hat, weitergehende Wünsche zur Durchführung zu bringen. Nur in ein paar Fällen hat eine Mehrheit des Ausschusses geglaubt, eine Kleinigkeit zuzusetzen zu können. Es handelt sich in dem einen Fall um die Pflege geistiger Werte und in dem anderen Fall um eine etwas weitere Berücksichtigung einer Aufgabe zur Linderung sozialer Not. Ich hoffe, daß diese Anträge die einmütige Zustimmung des Landtags finden werden. Im übrigen müssen wir nach unserer Ueberzeugung mit den vorhandenen Mitteln auskommen. Die Zeit für eine Erhöhung der oldenburgischen Landessteuern, als welche nur Realsteuern in Ergae kommen, wenn sie überhaupt dagewesen ist, ist heute unwiederbringlich dahin, und nach unserer Meinung wird man gut tun, bei allen Maßnahmen sich diese Ueberzeugung vor Augen zu halten. Wenn einmal das in Aussicht stehende Reichssteuervereinlichungsgesetz da ist, dann wird zu überlegen und zu prüfen sein, ob uns dieses Vereinlichungsgesetz erhöhte Steuern aufzwingt.

Ich komme nun zu den Punkten, die sowohl in den Ausführungen des Herrn Ministers wie auch in denen des Herrn Abg. Hartong einen besonders breiten Raum eingenommen haben. Da ist zunächst die Frage des Wohnungsbaus. Es dürfte bekannt sein, daß ich mit dem Herrn Abg. Hartong auf diesem Gebiete nicht durchaus einig gehe. Ich bin überzeugt und auch die Zahlen zeigen doch noch, daß es einen Wohnungsmangel im Lande gibt, vor allem in den Städten, aber auch auf dem Lande. Die Berichte der Ämter, die ich im wesentlichen für objektiv halte, weil sie von behördlichen Stellen ausgehen, zeigen, daß, wenn auch nicht in dem Umfange, wie in gewissen Statistiken behauptet wird, so doch ein Wohnungsmangel vorhanden ist, und ich bin überzeugt, daß der Staat nicht wird umhin können, im Verein mit den Gemeinden Maßnahmen zu treffen, um diesem Wohnungsmangel abzuhelpen. Meine Herren! Im wesentlichen ist in den letzten Jahren an Wohnungszugang nur das geschaffen worden, was dem laufenden Mehrbedarf entsprach; der Wohnungsmangel, der in den Jahren nach dem Kriege sich herausgestellt hat durch die völlig lahmgelegte Bautätigkeit, ist auch heute zu einem wesentlichen Teil noch nicht behoben. Ferner bin ich der Ueberzeugung, daß es nicht zum Ziele führt, wenn man die Errichtung von Neubauten lediglich der privaten Initiative, dem Privatkapital, überläßt; denn, meine Herren, das Privatkapital hat auch heute noch und in absehbarer Zukunft gewinnbringendere Anlagemöglichkeiten als im Hausbau. Wie die Aufgabe im einzelnen durchzuführen ist, darüber werden wir uns später noch länger zu unterhalten haben; ich bin der Ueberzeugung, daß der Staat vorderhand noch gezwungen ist, einzugreifen, damit geholfen wird.

Wenn vorhin gesagt worden ist, daß in Preußen die Förderung des Wohnungsbaus eingeschränkt ist, so trifft das doch wohl nicht ganz zu; denn nach meiner Kenntnis wird mindestens die gleiche Summe wie im Vorjahre zur Verfügung gestellt, und rechnet man das auf den Kopf der Bevölkerung um, dann ergibt sich, daß Preußen auch heute noch ganz erheblich mehr tut als es in Oldenburg geschieht. — Kommen wir jetzt zu der sozialen Frage. Die Tatsache der ungeheuren Arbeitslosigkeit besteht. Meinungsverschiedenheiten herrschen über die Gründe, die dazu geführt haben. Gewiß, der Niedergang der Wirtschaft ist in erster Linie der Grund dafür, daß so viele Menschen arbeitslos sind. Wenn der Herr Minister dann gestern anzudeuten schien, daß auch Mängel des Arbeitslosenversicherungsgesetzes Schuld daran seien, so könnte diese Äußerung mißverstanden werden. Es besteht wohl kein Zweifel darüber, daß die jetzige Form des Arbeitslosenversicherungsgesetzes erhebliche Mängel aufweist. Ich darf in dieser Beziehung nur erinnern an das, was ich im vorigen Jahre an dieser Stelle dazu gesagt habe. Es muß immer wieder betont werden, daß die Arbeitslosenversicherung nicht nur von Arbeitnehmern mißbraucht wird, sie kann und wird ebenso sehr von Arbeitgeberseite mißbraucht. Eine wesentliche Einschränkung der Fürsorge für die Arbeitslosen wollen auch wir nicht, ich möchte aber doch glauben, daß die Freunde der Sozialdemokraten im Reichstage nicht gut daran getan haben, wenn sie sich allzu stark jeder Reform dieser Arbeitslosenversicherung widersetzt haben. Es könnte ein solcher Widerstand zum Gegenteil des beabsichtigten Resultates führen, und das möchte ich nicht miterleben. Ich sehe die Dinge auch insofern wohl etwas anders, als Herr Abg. Hartong, als ich nicht unbedingt überzeugt bin, daß bei dem Bemühen die wirtschaftliche Lage unseres Volkes zu bessern, die Wirtschaft die Vorhand haben muß. Für uns besteht das deutsche Volk nicht einzig und allein aus einem großen Wirtschaftsmechanismus, in dem der einzelne Mensch nur ein kleines Rädchen darstellt (Zuruf Abg. Hartong: Habe ich auch garnicht behauptet), sondern für uns steht an erster Stelle der Mensch und sein Wohlergehen. Wenn gefordert wird, daß die Wirtschaft rentabel gemacht wird, so können wir alle diese Forderung unterstreichen, aber vielleicht übersehen die Herren der Wirtschaft das Schicksal der Menschen zu sehr, die durch übersteigerte Rationalisierungsmaßnahmen arbeitslos gemacht werden. (Zurufe von rechts.) Erinnern Sie sich, meine Herren, an die Fusion der zwei größten deutschen Banken, der Deutschen Bank und der Diskontogesellschaft. Zweifellos hat diese Fusion eine erheblich größere Gewinnmöglichkeit mit sich gebracht, aber es wird auch nicht unbekannt geblieben sein, daß durch diese Vereinheitlichung 10 000 Angestellte beschäftigungslos gemacht wurden, die in Betracht kommenden Institute können

doch nicht einfach sagen: „Was gehen uns diese an, für deren Schicksal ist das ganze deutsche Volk verantwortlich“. Darum müssen wir auch künftig Maßnahmen treffen und aufrechterhalten, um denen die schuldlos ohne Arbeit sind, wenigstens das Leben zu ermöglichen. Besonders traurig ist das Schicksal derjenigen Menschen, die auch aus der Fürsorge der Arbeitslosenversicherung entlassen sind, das Schicksal der sogenannten Ausgesteuerten. Wir haben uns im Ausschuß ausführlich darüber unterhalten, wie die Lasten, die daraus entstehen, auf breitere Schultern zu legen sind. Heute ist diese Frage hauptsächlich eine Frage der Gemeinden, und ich sage ganz klar, daß für manche Gemeinden, in denen eine größere Anzahl von Ausgesteuerten sich befinden, die Lasten zu groß sind. Es ist das im wesentlichen eine Frage des Finanzausgleichs, aber wenn wir vor einiger Zeit dem Vorschlage zugestimmt haben, diesen notleidenden Städten statt eines Darlehns einen verlorenen Zuschuß zu geben, dann war für mich wenigstens auch die Rücksicht auf die Belastung durch die Ausgesteuerten in erster Linie mitbestimmend. Ueber die übrigen Abschnitte des Voranschlages ist nicht allzuviel zu sagen; ich möchte nur noch auf einige Punkte hinweisen. Für das Oldenburger Land ist vor allem wichtig die Förderung der Bodenkultur und das Ansehen neuer bäuerlicher Existenzen, und so möchte ich auch bei dieser Gelegenheit wieder betonen, daß eine großzügige Siedlungspolitik möglichst innerhalb der Grenzen unseres Landes nach wie vor eine wichtige Aufgabe des oldenburgischen Staates bleibt. Die Notlage der Wirtschaft ist groß und wir sind damit einverstanden, daß bei der Notlage, in der sich gerade die Siedler befinden, in besonderen Fällen auch mit außerordentlichen Mitteln, wenn es nicht anders möglich ist, geholfen wird. Wir haben bereits darüber gesprochen, und erfreulicherweise hat die Staatsregierung Maßnahmen angekündigt, die eine fühlbare Erleichterung der Siedler mit sich bringen.

Ich darf dann noch hinweisen auf den Ausbau des Straßennetzes. Der zunehmende Verkehr erfordert eine durchgreifende Vervollkommnung der Durchgangsstraßen, und der Ausschuß war nicht ganz überzeugt, daß Oldenburg auf diesem Gebiete gegenwärtig das tut, was notwendig ist, um mitzukommen. Es werden im wesentlichen die Mittel der Kraftfahrzeugsteuer für diesen Zweck verwendet. Aber diese Zweckverwendung ist doch mit so manchem wenn und aber und mit Einschränkungsklauseln verbunden, daß tatsächlich in die Verbesserung und neuzeitliche Ausgestaltung unserer Straßen nur ein Teil der Mittel hineingesteckt wird. Ein Antrag, der sich im Bericht befindet, bringt zum Ausdruck, daß künftig die Mittel der Kraftfahrzeugsteuer ausschließlich zu der Verbesserung der Straßen verwendet werden müssen. (Abg. Hartong: Das ist kein Ausschußantrag.) — Es ist dann außerdem noch hinzuweisen auf die notwendige Regelung der

Wasserwirtschaft. Meine Herren! Die Prosperität unseres Landes hängt zu einem großen Teil davon ab, ob die Wasserläufe so reguliert sind, daß wertvolles Kulturland vor der Gefahr ständiger Ueberflutung und Versumpfung geschützt wird. Diese Schäden sind noch längst nicht so gebannt, wie es erforderlich ist, und ich möchte auch im Namen meiner Freunde die Staatsregierung bitten, Erwägungen zu treffen, wie in absehbarer Zeit ein erträglicher Zustand herbeigeführt werden kann.

Es erfüllt uns mit Befriedigung, daß ein kleiner Wunsch, den wir im Vorjahre zum Ausdruck gebracht haben, in Erfüllung gegangen ist, nämlich daß die Eisenbahnverbindung zum südlichen Teil des Landes von Ahlhorn aus in dem Fahrplan, der am 15. Mai in Kraft tritt, verbessert worden ist. Diese Verbesserung hat für das Amt Bechta eine ganz erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. Ich muß dann mit einigen Worten auf das Schulwesen eingehen. Meine Herren! Die Bildungshöhe unseres Volkes steigt und muß steigen, das erfordert die gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Mit Befriedigung stellen wir fest, daß insbesondere die Grundlage unserer ganzen Volksbildung, unsere Volksschule, in den letzten Jahren einen erfreulichen Aufstieg genommen hat. Das, was heute in der Volksschule geleistet wird, steht auf einer höheren Plattform als das, was wir in unserer Jugend an uns selbst erlebt haben. Hand in Hand mit dieser Hebung der allgemeinen Volksbildung muß natürlich auch gehen die Ausbildung der Volksschullehrer. In Oldenburg ist diese Angelegenheit noch nicht endgültig geregelt. Sie wissen, daß die Staatsregierung auch in diesem Jahre vorgeschlagen hat, den provisorischen Zustand noch aufrecht zu erhalten. Aber ich möchte an dieser Stelle und bei dieser Gelegenheit doch erwähnen, daß die Ausbildung der Volksschullehrer den Anforderungen entsprechen muß, die man an das Volksbildungswesen allgemein stellt, mit andern Worten, unsere Lehrer müssen den Bedürfnissen der Volksausbildung voll und ganz gewachsen sein. (Abg. Hartong: Das waren sie früher auch.) Ueber die Einzelheiten heute zu reden, ist verfrüht. Daß wir an der Konfessionalität unseres Volksschulwesens festhalten, ist eine Selbstverständlichkeit für uns. Sie wissen, daß der katholische Volksteil in dieser Beziehung etwas empfindlich und vielleicht mißtrauisch ist. Es ist im Vorjahre hier versichert worden, daß man nicht daran denke, die konfessionellen Belange des katholischen Volksteils anzutasten. Ich nehme das auch heute noch mit Befriedigung zur Kenntnis und spreche offen aus, daß wir dieser Versicherung glauben. Die Herren müssen uns aber gestatten, daß wir in solchen Maßnahmen verwaltungstechnischer Natur wie sie im vorigen Jahre angeregt wurden, doch auch gewisse Gefahren sehen, und wir möchten bitten, daß Sie

von derartigen „Vereinfachungen“ auf diesem Gebiete Abstand nehmen möchten.

Ein Stieffind unseres Schulwesens ist wohl noch immer das Berufsschulwesen. Alle Forderungen auf diesem Gebiete zerfallen jedoch an der starren Mauer des Mangels an Mitteln. Ich möchte glauben, daß für einen großen Teil unseres Volkes, insbesondere für den werktätigen Teil der Bevölkerung, eine besondere Ausbildung auf den Berufsschulen nicht zu umgehen sein wird, sowohl was die gewerblichen als auch was die landwirtschaftlichen Berufsschulen angeht; es muß von der Staatsregierung, nach Wegen gesucht werden, diesem Zweige der Schulen die notwendige Pflege angedeihen zu lassen.

Gegen die höheren Schulen wird häufig der Vorwurf erhoben, daß sie sich zu sehr aufblähen, daß sie von Jahr zu Jahr anwachsen. Es stimmt das in einem gewissen Umfange. Das Anwachsen der höheren Schulen ist jedoch nicht so ungeheuerlich, wie es hier und da hingestellt wird, aber tatsächlich ist der Zudrang zu den höheren Schulen, besonders in den letzten Jahren, ein starker gewesen. Aber meine Herren, ich möchte auch an dieser Stelle darauf hinweisen, daß nicht die Schulen selbst die Schuld daran tragen, sondern das gesamte Volk. Erstens liegt es daran, daß ein großer Teil unserer Schulentlassenen, im Augenblick kein Betätigungsfeld und keine Verdienstmöglichkeit findet. Der Kampf ums Dasein ist so erbittert geworden, daß nur derjenige Aussicht auf Erfolg hat, der etwas kann, und im übrigen glaubt man auch heute noch, daß Können ziemlich gleichbedeutend ist mit einer gewissen Höhe der Schulbildung. Die Ueberzeugung besteht nun einmal. Ich brauche da nur zu erinnern an das Berechtigungswesen, das auch ich mit meinen sämtlichen Berufskollegen für einen großen Mißstand halte, das aber zwangsweise aus der Bevölkerung heraus entstanden ist. Der Staat ist allerdings vorangegangen; aber es wurde auch von der Wirtschaft für gewisse Berufe eine gewisse schulmäßige Reife gefordert und diese Forderung brachte es mit sich, daß die höheren Schulen immer mehr anwachsen, weil jeder, der eine gewisse Berechtigung sich erringen wollte, auf den höheren Schulen angewiesen war. Es ist der Wunsch sämtlicher Lehrer an den höheren Schulen, daß dieser Zustand bald beseitigt wird. Es wird aber nur zu einem Teil möglich sein, dem Uebelstande abzuweichen, nachdem einmal für zahlreiche Berufe diese Forderung besteht. Ich erinnere an den Volksschullehrerberuf, für den man die Reife einer höheren Lehranstalt zur Vorbedingung gemacht hat. Es kann nicht anders sein, daß dadurch besonders die Oberstufe der höheren Schulen einen verstärkten Zulauf erfährt, und daraus ergibt sich weiter, daß der Unterbau aus dem durch Auslese die Schüler die höheren Stufen gewonnen werden, ebenfalls verstärkt wird. Ob und wie es möglich ist,

das Berechtigungsverfahren zu beseitigen, vermag ich im Augenblick allerdings noch nicht zu sagen.

Ueber Einzelheiten des Voranschlags, Verstaatlichung des höheren Schulwesens, Errichtung der nötigen Volksschulhausbauten, wird an der betr. Stelle des Voranschlags noch zu reden sein. Zum Schluß darf ich noch auf eins hinweisen. Es ist verschiedentlich, auch in der Rede des Herrn Finanzministers, darauf hingewiesen worden, daß die Bereinigung unseres Verhältnisses zu unseren früheren Feinden leider nicht die Folge gehabt hat, die jeder wahre Volksfreund wünschen muß, nämlich die Befriedigung im Innern. Im Gegenteil, der Hader der Parteien und Berufsstände ist größer als je. Wir haben in unserem eigenen Lande Proben davon zu kosten bekommen. Man kann es verstehen, daß ein Stand, der sich nicht mehr zu helfen weiß, seiner Unzufriedenheit in Formen Ausdruck gibt, die in normalen Verhältnissen nicht zu billigen sind. Aber zu bedauern ist es, wenn mit einem solchen Hader auch der konfessionelle Gegensatz in unser Land hineingetragen wird. Meine Herren, Sie alle wissen, worauf ich anspiele. Im Zusammenhang, wenigstens im äußeren Zusammenhang mit Notstandskundgebungen sind auch verschiedene sogenannte romfeindliche Kundgebungen an die Öffentlichkeit getreten. Ich habe früher schon einmal Veranlassung nehmen müssen, gegen die Anfeindung des katholischen Volksteils, — denn der ist gemeint, wenn man von Rom spricht, — Stellung zu nehmen. Ich möchte nicht unterlassen, auch diesmal meinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß die Not des Volkes zu einer solchen Verheerung mißbraucht worden ist. Ganz besonders muß ich hinweisen auf den Vorfall in Altensief, wo man eine ernste geschichtliche Erinnerungsfest verbinden zu müssen glaubte mit der Behauptung: „Der Erzfeind ist nicht Frankreich, der Erzfeind ist Rom; (Pfeifrufe aus der Mitte) diese Ueberzeugung muß allen eingehämmert werden.“ Ich bin überzeugt, daß alle, die hier anwesend sind, mit mir eine solche Verheerung verurteilen, und ich möchte Sie nur bitten, Aufklärung in alle Teile unserer Bevölkerung hineinzutragen, damit nicht noch weitere Unruhe in unserer Heimat hervorgerufen und der Gegensatz zwischen den Konfessionen nicht noch mehr verschärft wird. (Bravo).

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Schömer.

Abg. Schömer: Meine Herren! Der erste Teil der Ausführungen des Herrn Finanzministers hat auch die Zustimmung des Abg. Hartong und des Abg. Wempe erhalten. Ich glaube, von uns aus gar nicht besonders darauf hinweisen zu brauchen, daß auch wir die Befriedigung durch die Annahme des Youngplanes besonders begrüßen. Waren es doch gerade Sozialdemokraten, die schon von Anfang an immer darauf hinarbeiteten, daß die Be-

friedigung mit den früheren Feinden möglichst bald erreicht würde. Wenn von Herrn Wempe in diesem Zusammenhange ganz besonders ein Lob auf den verstorbenen Reichsaußenminister Stresemann zum Ausdruck gebracht worden ist, so wollen wir durchaus anerkennen, daß Stresemann wirklich Taten vollbracht hat. Dabei darf aber nicht unbeachtet bleiben, daß Stresemann nur in die Fußtapfen trat, die von uns schon Jahre vorher angedeutet waren. Es muß dies hier mit zum Ausdruck gebracht werden, damit nicht der Anschein erweckt wird, als wenn dieses Verdienst nur dem Außenminister Stresemann zukommt.

Dann zu den Fragen, die vor allen Dingen in der Aussprache eine Rolle gespielt haben, und zwar die Maßnahmen Preußens bzw. des Reiches zu der Reichs- und Länderfrage. Meine Herren, in diesem Punkte stehe ich mit meinen Freunden nicht auf dem Standpunkt, der von dem Abg. Hartong zum Ausdruck gebracht worden ist; kann aber auch das nicht für richtig halten, was der Finanzminister sagte. Meine Herren, es ist durchaus zu verstehen, wenn von Preußen irgendwelche Schritte eingeschlagen werden, die dazu führen sollen, einen gerechten Ausgleich in den Finanzen herbeizuführen. Ich glaube nicht besonders erwähnen zu brauchen, daß nicht die Beschlüsse zu § 35 den hauptsächlichsten Anstoß geben werden, die Existenzmöglichkeit Oldenburgs zu untergraben, sondern, meine Herren, wenn wir uns selbst nicht auf uns besinnen, dann werden wir der Totengräber der Existenzmöglichkeit Oldenburgs werden. Ich habe hier eine Aufstellung, aus der zu ersehen ist, wie die Schuldenquoten im Länderdurchschnitt und bei Preußen und Oldenburg sind. Am 31. März 1928 war die Schuldenquote im Länderdurchschnitt 23,87 auf den Kopf der Bevölkerung, in Preußen betrug die Schuldenquote 10,51, in Oldenburg 52,35. Meine Herren, wenn man auch, wie hier zum Ausdruck gekommen ist, auf dem Standpunkt steht, daß die Schuldenlast, die Oldenburg hat, noch erträglich erscheint, so muß man doch sagen, daß, wenn man die Schuldenlast umrechnet auf den Kopf der Bevölkerung, die Schuldenlast doch schon ein ziemliches Maß erreicht hat. Aber trotzdem will auch ich noch zugeben, daß die Schuldenlast, wie wir sie heute haben, noch nachträglich erscheint. Wenn man aber demgegenüber hält, welche Lasten auf den Kopf der Bevölkerung entfallen, dann kommt man zu einem anderen Ergebnis, und dann muß man sagen, daß nicht die Beschlussfassung zu § 35, sondern daß die Tatsache, daß man auf alle Fälle eine weitere Belastung verhindern will, dazu beiträgt, daß wir unsere Existenzmöglichkeit selbst untergraben. Auch da möchte ich nur einige Zahlen nennen. Die Steuerquoten 1925 betragen im Länderdurchschnitt bei der Grund- und Gebäudesteuer 13,96 auf den Kopf der Bevölkerung, in Preußen 15,46, in Oldenburg 9,18. Die Gewerbesteuer betrug im Län-

derdurchschnitt 9,20, in Preußen 9,46, in Oldenburg 2,39. (Zuruf Röber: Das besagt nichts.) (Zuruf Meyer (Holte): Was ist das für ein Vergleich.) Meine Herren, ich glaube, daß diese Zahlen immerhin einen Wert haben. (Zuruf: Nein.) Wenn Sie diesen Wert nicht anerkennen wollen, dann muß ich Ihnen das überlassen. Aber Sie dürfen es uns nicht übel nehmen, wenn wir diese Zahlen einmal öffentlich aussprechen, denn sie haben immerhin eine Bedeutung. (Zuruf Hartong: Sie sprechen für die Vernunft, die in Oldenburg herrscht.) Sie sprechen für die oldenburgische Vernunft, wird von Herrn Hartong gerufen und ich sehe ein besonders freundliches Nicken bei dem Herrn Ministerpräsidenten. Ich habe schon im vorigen Jahre zum Ausdruck gebracht, daß es darauf ankommt (Zuruf Dannemann: Ob man Vernunft hat.), ob Herr Dannemann Vernunft hat und mit ihm seine Freunde, will ich nicht beurteilen, wie man die Aufgaben eines Staates ansieht. Darin liegt das große Uebel begraben. (Zuruf Hartong: Aber nicht in steuerlicher Hinsicht.) Ich kann nicht anerkennen, daß ein Staat seinen Etat lediglich aufstellt von dem Gesichtspunkt aus, welche Mittel zur Verfügung stehen. Der Staat hat bestimmte Aufgaben zu erfüllen, und nur wenn diese Aufgaben in vollem Umfange von einem Staat erfüllt werden und er trotzdem die niedrigste Steuerquote hat, dann ist er der beste Staat. Wenn aber ein Staat wenig Steuern hebt und seine Aufgaben nicht in vollem Umfange erfüllt, dann kann ich diesen Staat bei weitem nicht als den besten ansehen.

Nun zu dem Voranschlag selbst. Wenn man zu dem diesjährigen Voranschlag von unserem Standpunkt aus Stellung nehmen will, dann kann man das nicht, ohne dabei auch die Beschlüsse des Landtages zum vorjährigen Voranschlag mit in Erwägung zu ziehen. Es wird einem bestimmt außerordentlich schwer, wenn man dieses tut, sich im Rahmen der parlamentarischen Ordnung zu halten. Meine Herren, der Landtag hat im vorigen Jahre mit Mehrheit eine ganze Reihe von Anträgen angenommen, (Zuruf: Zufallsmehrheiten.) mit Mehrheit, und das Ministerium ist über die Mehrheit hinweggegangen und hat eine ganze Anzahl von diesen Anträgen nicht durchgeführt. Diese Nichtdurchführung betrachten wir als eine Brückierung des Landtages. Herr Meyer (Holte), wenn Sie von einer Zufallsmehrheit sprechen, dann könnte man auch den Standpunkt vertreten, daß es überhaupt ein Zufall ist, daß wir in diesem Saale uns versammeln. (Zuruf Hartong: Für manche, ja.) Auch für Sie, Herr Hartong. Wir müssen auf dem Standpunkt stehen, daß, wenn eine Mehrheit in einem Landtage Beschlüsse faßt, diese dann auch vom Ministerium zur Durchführung kommen müssen, wenn nicht ganz außerordentlich schwierige Momente dem entgegen stehen. Die Begründungen, die das Ministerium für die Nichtdurchführung gegeben hat, waren in vielen Punkten außerordentlich schwach und

künstlich herbeigefucht. Es ist, um zunächst einige dieser Fragen kurz anzudeuten, der Antrag angenommen worden, zu prüfen, ob eine Verminderung der Zahl der Ämter möglich ist und evtl. dem Landtage eine Vorlage zu machen. (Zuruf: Das war ein Prüfungsantrag.) Es war ein Prüfungsantrag, aber es sollte eine Vorlage gemacht werden. Es ist vonseiten des Ministeriums wohl gesagt, daß durch eine Verminderung der Ämter Ersparnisse erzielt werden könnten, wenn auch nicht sofort in größerem Umfange. Aber immerhin würden Ersparnisse erzielt, und auf lange Sicht gesehen würden diese Ersparnisse für unseren Etat ins Gewicht fallen können. Aber trotzdem diese Ersparnisse möglich war, hat man einfach davon Abstand genommen, eine Vorlage zu machen und hat zum Schluß gesagt, daß aus bestimmten Gründen der Antrag nicht durchgeführt werden könnte. Eine solche Begründung, wie sie da gegeben ist, können wir als eine wirkliche Begründung nicht anerkennen. Wenn die Regierung sparsam wirtschaften wollte, dann wäre es möglich gewesen, hier den Anfang zu machen. (Zuruf Minister Dr. Driver: Der Antrag, daß eine Vorlage gemacht werden sollte, ist nicht angenommen worden.) Es war gesagt, daß eine Prüfung erfolgen und evtl. eine Vorlage gemacht werden sollte. (Zuruf Minister Dr. Driver: Es ist gesagt, daß geprüft werden sollte, ob Ersparnisse erzielt werden könnten und in welcher Höhe.) Der Herr Minister hat gesprochen. Es ist hier ganz eingehend darüber verhandelt worden, was gewünscht wurde. Die Begründung, die das Ministerium gegeben hat, reicht nach unserer Auffassung nicht aus. Auf die anderen Anträge, die nicht durchgeführt sind, werde ich noch eingehen. Ich will sie hier nicht alle aufzählen. Ich habe vorher gesagt, daß man die Notwendigkeit eines Staates nur dann anerkennen kann, wenn er die Aufgaben, die ihm gestellt sind, auch in vollem Umfange erfüllt. (Zuruf Röber: Sehr richtig.) Meine Herren, eine ganze Reihe von Dingen lassen sich eben nur durch ein Staatengelbde zur Durchführung bringen, und dazu gehört in erster Linie die allgemeine Gesundheitspflege. Sodann sind als notwendige Aufgaben zu nennen die Schaffung bestimmter Existenzmöglichkeiten, die Schaffung und Unterhaltung aller Verkehrsmöglichkeiten, wozu bei uns die Staatsstraßen gehören, die Unterhaltung und der Ausbau des Schulwesens, soweit es für die notwendige Allgemeinheit des Volkes erforderlich ist, die Unterstützung des Wohnungsbaues, damit jedem Einwohner eine gesunde Wohnung zugewiesen werden kann. Ich will nur diese 5 Punkte herausgreifen, die unbedingt zu den Staatsaufgaben, die erfüllt werden müssen, gehören. Es fragt sich, ob der oldenburgische Staat diesen Aufgaben noch gerecht wird. Ich gebe ohne weiteres zu, daß man bei der Beordnung dieser Dinge mit beiden Füßen auf dem Boden stehen bleiben muß, daß aber nicht nur die Wirtschaftslage bestimmter Schichten

in Betracht gezogen werden muß, sondern die Wirtschaftslage und Notlage aller Schichten, und daß trotzdem die Aufgaben erfüllt werden müssen. Wir haben die Klagen der Landwirtschaft und des Gewerbes seit Jahren gehört. Ich will nicht bestreiten, daß ein gewisser Teil der Landwirtschaft wie des Gewerbes sich heute nicht in einer gerade günstigen Lage befindet. Aber in einer noch viel größeren Notlage befinden sich doch zweifelslos die Arbeitslosen, die heute zu Hunderttausenden auf der Straße stehen, und, wie der Minister auch in seiner Eingangssrede sagte, auf Arbeit warten, Millionen Arbeitslose mit bestimmt kärglichen Unterstützungen. Wenn ein Verheirateter mit 4 Kindern pro Woche 15 bis, im günstigsten Falle 37 *R.M.* bekommt und davon seine gesamten Bedürfnisse bestreiten muß, dann wird niemand unter uns sein, der nicht die Notlage dieser Leute anerkennt. Wenn ein Arbeitsloser nur vorübergehend auf diese Unterstützung angewiesen ist, dann mag dieser Zustand noch erträglich sein. Wenn aber die Arbeitslosigkeit Wochen, Monate, ein Jahr oder noch darüber hinaus dauert, meine Herren, dann befinden sich diese Leute in einer Lage, die wirklich zur Verzweiflung treibt. Man darf sich nicht wundern, wenn dann die Extremen von links und rechts versuchen, an diese Kreise heranzukommen und daß sich daraus für die Allgemeinheit eine Gefahr ergibt. Meine Herren, hier ist der Hebel anzusetzen, dies ist ohne Zweifel die wichtigste Aufgabe, die der Staat zu erfüllen hat. Aber damit ist die wirtschaftliche Notlage der Arbeiterklasse nicht erschöpft. Es kommt nicht nur in Frage, daß wir Tausende, ja Millionen Arbeitslose völlig auf der Straße stehen haben, sondern daß neben der Arbeitslosigkeit Tausende und Abertausende nur Kurzarbeit verrichten und daß diese Kurzarbeiter, die nur drei bis vier Tage in der Woche beschäftigt werden, sich in einer genau so schlechten wirtschaftlichen Lage befinden. Wir haben festgestellt, daß im März noch 15% der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Kurzarbeit verrichtete und daß diese Kurzarbeiter ebenfalls mit einem Wochenlohn von 25 bis 30 *R.M.* nach Hause gehen. Diese große Notlage muß doch bestimmt von jedem anerkannt werden. Es empört sich deshalb unser Herz, wenn man sieht, daß man im Reiche zur Behebung der zumteil auch von uns anerkannten Notlage der Landwirtschaft alle möglichen Maßnahmen ergreift, und in demselben Atemzuge eine Reform der Arbeitslosenversicherung durchgeführt werden soll, welche doch sicher eine Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung mit sich bringt. Ja, meine Herren, damit dienen wir unserem gesamten Volke nicht, wenn wir versuchen, eine Schicht oder einige Schichten zu heben, sondern wir dienen dem gesamten Volke nur, wenn wir das gesamte Volkswohl heben. Wir dienen unserem Volke nicht, wenn wir auf der einen Seite die Not vergrößern, um sie auf der anderen Seite zu lindern. Darum ist

mir nicht ganz verständlich gewesen, wie Herr Wempe sagen konnte, daß er die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei im Reiche nicht als richtig anerkennen kann. Ja, meine Herren, auch bei den Maßnahmen, die durchgeführt werden, ist irgendwo eine Grenze, über die man nicht zurückweichen kann. Die Grenze ist doch irgendwo einmal gegeben. Die Reformen, die angedeutet waren, sind doch für große, große Teile des deutschen Volkes so inhaltsschwer, daß da einmal ein energisches Halt gesagt werden müßte. (Zuruf: Müller-Franken hat zugestimmt.) Wenn eine Einzelperson diesem zustimmt, dann spielt das gar keine Rolle. (Zuruf Rieberg: Es sind aber ausschlaggebende Personen.) Darauf kommt es uns nicht an. Es kommt darauf an, welche Stellung die Fraktion eingenommen hat. Die Arbeitslosenfrage kann, das ist auch unsere Meinung, selbstverständlich nicht mit der Unterstützung gelöst werden. Das wichtigste Moment zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die Arbeitsbeschaffung. Wir haben uns im Ausschusse ganz eingehend über die Frage der Notstandsarbeiten unterhalten und haben zum Ausdruck gebracht, daß die Summe, die im Etat für Notstandsarbeiten eingestellt ist, unzureichend ist. Von dem Minister der Finanzen ist zum Ausdruck gebracht worden, daß er gern bereit sei, diese Position zu überschreiten, daß er sämtliche Notstandsarbeiten, welche vom Landesarbeitsamt anerkannt würden, auch fördern wolle. Meine Herren, damit ist es aber noch nicht getan, denn vom Landesarbeitsamt werden nur die Notstandsarbeiten anerkannt, die auch beantragt sind. Es muß deshalb vonseiten des Ministeriums dafür gesorgt werden, daß möglichst viele Anträge auf Genehmigung von Notstandsarbeiten dem Landesarbeitsamt vorgelegt werden. Wenn der Staat solche Arbeiten nach seiner Auffassung nicht durchführen kann, dann dürfte es, das möchte ich dem Herrn Minister ans Herz legen, doch richtig sein, die Gemeinden oder sonstigen Träger von Notstandsarbeiten anzuregen, in möglichst großem Umfange solche Arbeiten ausführen zu lassen. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genügt es selbstverständlich auch nicht, daß in möglichst großem Umfange Notstandsarbeiten ausgeführt werden, sondern sämtliche Wirtschaftskreise müssen mithelfen, die Arbeitslosigkeit zu beheben. Da kann ich nicht umhin, einmal zum Ausdruck zu bringen, daß in dieser Beziehung manche Wirtschaftskreise nicht in genügendem Umfange dieser Aufgabe Rechnung tragen. Es wird in vielen Fällen über die Doppelverdiener geschimpft und es ist bestimmt keine geringe Zahl, die dafür in Frage kommt. Es muß daher überall, wo man die Möglichkeit hat, dafür gesorgt werden, daß die Doppelverdiener aus dem Produktionsbetriebe herauskommen und dafür Arbeitslose eingestellt werden. Dieses trifft vor allen Dingen auf die Angestelltenkreise zu. Die Zahl der arbeits-

losen Angestellten ist riesengroß geworden. Herr Abg. Hartong glaubte, einen Teil Schuld auf das Gesetz zum Schutz der älteren Angestellten ab-schieben zu können. Ja, meine Herren, es mag sein, daß in einzelnen Fällen dieses Gesetz für den einen oder anderen Arbeitgeber, einen älteren Angestellten einzustellen, eine Härte bedeutet. Das sind aber Ausnahmefälle. Fest steht, daß, wenn diese Gesetzesbestimmung nicht bestände, dann noch eine viel größere Anzahl von Angestellten in vielen Betrieben zur Entlassung kommen würde. Wohin soll es führen, wenn prominente Führer der Wirtschaft, auch in Oldenburg, die offene Stellen zu besetzen haben, sie nicht besetzen mit erwerbslosen Angestellten, sondern mit pensionierten Majoren usw. Meine Herren, wenn prominente Führer aus der Wirtschaft solche Beispiele geben, dann darf man sich nicht wundern, daß die Zahl der arbeitslosen Angestellten nicht verringert wird.

In dem Zusammenhang muß ich auch noch einige Worte zum Bericht der Gewerbeinspektion sagen. In dem Ausschußbericht ist recht umfangreich auf den Bericht der Gewerbeinspektion eingegangen. Dabei ist mir besonders aufgefallen, was über die Lehrlingsausbildung in einem Abschnitt des Berichts zu lesen ist. Es heißt dort, daß in zwei Gießereien 49 Gesellen und 23 Lehrlinge beschäftigt wurden, da sind 47% der Belegschaft Lehrlinge. In 7 Maschinenfabriken kommen auf 319 Gesellen 147 Lehrlinge, das sind 45%. In einer Schiffswerft kommen auf 137 Gesellen 53 Lehrlinge, in einer mechanischen Werkstatt auf 116 Gesellen 123 Lehrlinge, das sind 106%. In einer Automobilfabrik kommen auf 209 Gesellen 59 Lehrlinge; in einer Bootsbauerei auf 19 Gesellen 16 Lehrlinge. Ja, meine Herren, wenn solche Zahlen von Lehrlingen und Facharbeitern sich gegenüber stehen, dann glaube ich nicht, daß man noch von einer gründlichen Ausbildung der Lehrlinge sprechen kann. Daß diese Lehrlinge einen brauchbaren Nachwuchs darstellen, möchte ich doch leise bezweifeln. Diese Art Lehrlingsausbildung kann auch nicht im Interesse des Handwerks liegen. Es ist, das will ich anerkennen, in dem Bericht des Gewerbebeamten angeführt, daß solche Verhältnisse in den Handwerksbetrieben nicht zu verzeichnen sind.

Dann noch ein kurzes Wort zu der Bewilligung von Ueberstunden. Meine Herren, wenn wir auf der einen Seite Millionen von Arbeitslose haben, auf der anderen Seite aber Ueberstunden bewilligt werden, dann trägt auch dieses nicht zur Verminderung der Arbeitslosigkeit bei. Ich gebe ohne weiteres zu, daß es Fälle geben kann, wo Ueberstunden nicht zu vermeiden sind. Aber die Genehmigung zu Ueberstunden soll doch nur in den dringendsten Fällen erteilt werden. Bevor man die Genehmigung erteilt, sollte man doch in jedem Falle feststellen, ob die Arbeit, die durch Ueberstunden geleistet werden soll, nicht durch Neuein-

stellung von Arbeitskräften geleistet werden kann. Ich bitte, dieses zu prüfen und möchte dem Gewerbeamt dringend ans Herz legen, mitzuhelfen, die Arbeitslosigkeit zu vermindern und nur Ueberstunden dann zu genehmigen, wenn ein anderer Ausweg nicht möglich ist.

Dann zu der Frage des Wohnungsbaues. Diese Frage hat einen ziemlich breiten Raum eingenommen. Herr Hartong hat seine Meinung hier recht eingehend zum Ausdruck gebracht. Das, was er mitgeteilt hat, war eigentlich nicht neu. Ich habe hier ein Heft vor mir liegen „Aufstieg oder Niedergang“. Es ist eine Schrift des Verbandes deutscher Industrie von Dezember 1929. In diesem Heft ist zum Ausdruck gebracht, daß der Reichsverband der deutschen Industrie bereits mit den übrigen Spitzenverbänden im Februar 1927 diesen Gedankengang zum Ausdruck gebracht hat. (Zuruf Hartong: Das ist sehr interessant.) Es ist eine Wiederholung dessen, was der Reichsverband der Industrie schon seit Jahren vertritt. (Zuruf: Darum wird es nicht schlechter.) Das will ich damit nicht gesagt haben, aber es wird damit auch an der Tatsache nichts geändert, daß die Wohnungsnot noch besteht und daß mit diesen Maßnahmen, die von der Industrie vorgeschlagen werden und die Herr Hartong sich zu eigen gemacht hat, der Wohnungsnot nicht zu Leibe gegangen werden kann. Vor allen Dingen wurde von Herrn Hartong die Zusammenstellung der Kammer über die Wohnungsnot recht mißtrauisch betrachtet. Er hat gesagt, daß auch diese Zahlen wahrscheinlich nicht stimmen werden. Selbst zugegeben, daß die Zahlen, die uns vom Ministerium mitgeteilt worden sind, nicht in vollem Umfange richtig sind, daß vielleicht nur die Hälfte der Wohnungen notwendig ist, so müßte man sich doch auf den Standpunkt stellen, daß mindestens diese noch fehlenden Wohnungen auf dem schnellsten Wege gebaut werden müssen. Daß dazu Mittel notwendig sind, ist selbstverständlich und ich gebe die Hoffnung noch nicht auf, daß sich auch in unserem Hause eine Mehrheit finden wird, die die dazu erforderlichen Mittel dem Ministerium zur Verfügung stellt. (Zuruf Hartong: Auf anderem Wege.) Vielleicht finden wir im Ausschuß noch einen Weg bei der Beratung der Anlage 26 und ich würde Herrn Hartong recht dankbar sein, wenn er uns einen gangbaren Weg im Ausschuß zeigen würde. Der, den er heute angedeutet, ist nicht so ohne weiteres gangbar. Er ist zwar gangbar, aber er wird bestimmt nicht zum Ziele führen, wenigstens nicht in absehbarer Zeit. Dabei muß ich aber dem Herrn Finanzminister noch folgendes sagen: In der zweiten Rede, die er gehalten hat, hat er zum Ausdruck gebracht, daß das Land zuviel getan habe in bezug auf den Wohnungsbau gegenüber den Gemeinden. Ich nehme an, daß er damit hat zum Ausdruck bringen wollen, daß die Gemeinden nicht

genügend getan haben. Ich glaube, daß diese Ausführungen auf Irrtum beruhen. (Zuruf) Er hat gesagt, daß das Land zuviel getan habe und die Gemeinden zu wenig. Ich möchte die Zahlen vom Ministerium zusammengestellt wissen, wieviel Baudarlehen die Gemeinden gegeben haben und wieviel die Gemeinden vom Lande bekommen haben. Ich glaube, diese Zahlen würden bestimmt zu Ungunsten des Landes ausfallen, vor allen Dingen bei den Städten. Ich gebe zu, daß vielleicht im Süden des oldenburgischen Landes das zutrifft, was der Finanzminister gesagt hat, aber im Norden und bei den Städten kann das nicht stimmen. Wenn wir z. B. in der Stadtgemeinde Delmenhorst nicht mehr für den Wohnungsbau getan hätten als das Ministerium uns Mittel dafür zur Verfügung gestellt hat, dann würden wir Hunderte von Familien obdachlos auf der Straße haben. Ich glaube, wenn dieses zum Ausdruck gebracht wird, liegt darin nicht die geringste Uebertreibung. Etwa Mitte Februar d. Js. ist im Reichstage über die Verlängerung der Geltungsdauer des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes bis Ende Juni 1932 beraten worden. Ueber diese Verhandlungen finde ich in den Oldenburgischen Nachrichten für Stadt und Land vom 25. Februar eine Notiz. Aus dieser Notiz möchte ich mit Genehmigung des Herrn Präsidenten einige Sätze verlesen. Es heißt:

„Den größten Teil der Aussprache füllte ein Rechenschaftsbericht des Reichsarbeitsministers Wissell über die derzeitige Lage auf dem Wohnungsmarkt aus.“ (Zuruf Hartong: Schon faul.) Ich glaube, Herr Wissell darf sich auf diesem Gebiete mit Ihnen noch jederzeit messen. „Die von ihm vorgebrachten Ziffern über den Wohnungsmangel geben ein erschütterndes Bild von der herrschenden Not der Wohnungssuchenden und namentlich der kinderreichen Familien. Sie zeigten auch gleichzeitig, was diese Republik während ihres 12-jährigen Bestehens zugunsten der breiten Masse tatsächlich geleistet hat. Viel ist es nicht. Die Wohnungsnot ist schlimmer denn je. Die Preise von Neubauwohnungen sind unerschwinglich; in den alten Wohnungen leben große Familien auf engem Raum zusammengedrängt. (Zuruf Hartong: Dank Wissell.) Herr Wissell kann sich nicht damit entschuldigen, daß vor ihm der Vertrauensmann einer anderen Partei das Wohnungswesen betreut hat. Vielmehr ist die Sozialdemokratie seit 1918 im Reich, in den Ländern und Gemeinden an führender Stelle tätig. Auf ihr Konto kommt es also, daß nach wie vor die minderbemittelten Bevölkerungskreise sich mit schlechten und viel zu engen Wohnungen behelfen müssen.“

Meine Herren! Wenn in einer Zeitung, wie sie der Struktur nach die Oldenburgischen Nachrichten für Stadt und Land sind, dieses der So-

zialdemokratie zum Vorwurf gemacht wird, dann verstehe ich nicht, wie man sagen kann, daß heute Gelder für den Wohnungsbau, wie das hier geplant ist, nicht mehr notwendig sind. Wenn wir es in dem Umfange, wie bisher vom Oldenburgischen Staat der Wohnungsbau bedacht ist, weitermachen, dann befürchte ich, daß aus der Wohnungsnot für das oldenburgische Land das schlimmste entstehen kann. Ich will übergehen, was Herr Hartong gesagt hat, wir kommen vielleicht in der Debatte darauf zurück.

Dann einiges zu dem Schulwesen. Der Abg. Wempe hat hier ganz nette Worte gefunden über die Schulfragen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß zweifellos bei den höheren Schulen eine allzugroße Aufblähung vorhanden ist und ich gebe Herrn Wempe recht, wenigstens zum großen Teil, wenn er sagt, die Schuld trägt nicht die Schule, sondern die Bevölkerung, aber nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die Regierung. Wenn man vonseiten der Regierung sieht, daß in der Bevölkerung sich ungesunde Gedanken Platz machen auf dem Gebiete des höheren Schulwesens, dann muß man Maßnahmen treffen, um diesem entgegen zu wirken. Man darf nur dort höhere Schulen einrichten oder vergrößern, wo tatsächlich auch von allen Seiten die Notwendigkeit dazu anerkannt wird. Ganz interessant dürfte es deshalb einmal sein, eine Zusammenstellung zu bekommen, was dem Staate ein Volksschüler kostet, was dem Staate ein höherer Schüler kostet und was dem Staate ein Berufsschüler kostet. Ich stehe auf dem Standpunkt, auch darin teile ich die Auffassung des Herrn Wempe, daß wir für unser Berufsschulwesen viel zu wenig getan haben und daß deshalb in Zukunft das Berufsschulwesen mehr gepflegt werden muß als bisher. Aber, meine Herren, wenn das mit den Maßnahmen gemacht wird, wie das Ministerium das macht, dann kommen wir allerdings nicht zu einer Hebung des Berufsschulwesens. Im vorigen Jahre hat der Landtag einen Beschluß gefaßt, die Zuschüsse für die Berufsschulen um 45 000 *R.M.* zu erhöhen. Es ist ein Beschluß der Mehrheit des Landtages gewesen. Das Ministerium hat in dem diesjährigen Voranschlag unter die Summe vom vorigen Jahre geschrieben, plus 45 000 *R.M.*, aber ausgegeben ist die Summe nicht. Es ist in der Bemerkung dazu gesagt, daß darüber noch mit dem Landtage verhandelt werden solle. Auf diese Verhandlungen des Ministeriums mit dem Landtag warte ich heute noch. Es könnte mir vielleicht zum Vorwurf gemacht werden, daß ich diese Sache nicht im Ausschuß angeregt habe. Meine Herren, ich habe es absichtlich nicht getan. Ich habe die Auffassung vertreten, daß, wenn das Ministerium das schriftlich niederlegt, daß es darüber mit dem Landtag verhandeln will, dann auch die Verhandlungen vom Ministerium aufgenommen werden müssen. Das ist bis jetzt nicht geschehen, daraus muß ich

dem Ministerium einen bitteren Vorwurf machen. Einmal gibt man die Summen nicht aus, und wenn man dafür eine Begründung geben will, wartet man wieder ab, bis man darauf angezapft wird. So gehen die Dinge nicht. Wir müssen erwarten, daß für das Berufsschulwesen weit mehr geschieht und ich habe die leise Hoffnung, daß der Antrag, der auch in diesem Jahre nach dieser Richtung hin von uns gestellt ist, wieder eine Mehrheit findet und hoffe, daß das Ministerium dann diesen Beschluß auch durchführt.

Zu dieser Frage gehört auch die Unterstützung von Volksschulhausbauten. Meine Herren, in diesem Kapitel hat das Ministerium 60 000 *R.M.* in den Voranschlag eingestellt, um damit neue Volksschulhausbauten zu errichten bzw. Zuschüsse an Gemeinden zum Bau neuer Volksschulhäuser zu geben. Es sind Zuschüsse gewährt worden von 20 bis 65%. Aber diese Zuschüsse werden nicht etwa an die Gemeinden ausgekehrt, wenn die Neubauten fertig sind, sondern werden bis auf 5 Jahre verteilt. Ich habe da einen ganz besonderen Fall, der die Stadtgemeinde Delmenhorst betrifft und aus dem zu erkennen ist, wie sich das auswirkt. Die Stadtgemeinde Delmenhorst hat nach dem Kriege erst eine einzige Schule neu errichtet. Sie hat sich überall da, wo es notwendig war, zunächst mit Baracken geholfen. Zurzeit geht es aber nicht mehr. Der Stadtmagistrat hat einen Plan aufgestellt für den Bau eines neuen Schulhauses. Der Plan ist dem Ministerium bzw. dem Oberschulkollegium eingereicht worden. Er ist genehmigt und die Baukosten sind mit 325 000 *R.M.*, wenn ich recht unterrichtet bin, anerkannt. Dazu sollte die Stadt einen Zuschuß von 50 000 *R.M.* haben. Aber dieser Zuschuß von 50 000 *R.M.* ist auf 5 Jahre verteilt, sodaß pro Jahr 10 000 *R.M.* gewährt werden. Ja, meine Herren, diese 10 000 *R.M.* retten die Stadt Delmenhorst bestimmt nicht. Wenn der Staat für Volksschulhausbauten nicht mehr übrig hat, dann glaube ich, leistet er der Volksschule einen außerordentlich schlechten Dienst. So, wie es in Delmenhorst liegt, liegt es wahrscheinlich auch in verschiedenen anderen Gemeinden. Wenn wir verpflichtet sind, für die Volksschule mindestens die notwendigen Räume zu schaffen, dann muß man die Mittel, die dazu notwendig sind, auch aufbringen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn wir nicht in der Lage sind, die notwendigen Schulhausbauten für die Volksschulen durchzuführen, dann auch kein Pfennig mehr ausgegeben werden darf für den Bau irgend eines Hauses für eine höhere Schule. In erster Linie kommen doch die Volksschulhausbauten, da wir höhere Schulen genug haben. Wenn wir Geld über haben, können wir für den Bau von Häusern für höhere Schulen etwas tun. In diesem Zusammenhange kann ich doch nicht ganz umhin, hier noch einen weiteren Beschluß zu erwähnen. Herr Abg. Wempe hat ihn ganz lose

angedeutet, hat aber nicht deutlich darauf hingewiesen. Meine Herren, im vorigen Jahre ist auch der Beschluß gefaßt worden, die Oberschulkollegien abzubauen. Dieser Beschluß hat auch nicht die Zustimmung des Ministeriums gefunden. Die Gründe, die vonseiten des Ministeriums angeführt sind, besagen, daß der Beschluß des Landtages nicht durchgeführt werden konnte, weil die Schulgesetze dem entgegen stehen. Meine Herren, ich glaube, daß, wenn wirklich das Schulgesetz, und das gebe ich zu, der Durchführung entgegensteht, man doch auch das Schulgesetz ändern kann, zumal die Einrichtung, wie sie in Oldenburg besteht, nur in wenigen deutschen Ländern vorhanden ist. Die überaus größere Zahl von deutschen Ländern kennt eine solche Einrichtung, wie wir sie in Oldenburg haben, nicht. Wenn es in diesen Ländern möglich ist, dann müßte es auch bei uns möglich sein; Ich möchte dazu wiederholen, daß das mit irgendwelchen Religionsfeindlichkeiten nicht das geringste zu tun hat. (Zuruf vom Zentrum: Na, na.) Wir wollen der katholischen Konfession wie der evangelischen und allen anderen Konfessionen ihr Recht in vollem Umfange gewähren, aber, meine Herren, die katholische Konfession und die Konfessionen überhaupt müssen dann auch die anderen Anschauungen in demselben Maße anerkennen. Nur wenn es so gemacht wird, daß gegenseitige Toleranz in vollem Umfange geübt wird, dann braucht es nicht zu irgend einem Kulturkampf zu kommen, wie nach dem vorjährigen Beschluß im Münsterlande der Anschein erweckt wurde. (Zuruf vom Zentrum: War auch berechtigt.) Es lag nicht der geringste Grund dafür vor. Aber wenn man eine Erregung erzeugen will, dann benutzt man jedes Mittel dazu. Ob die Bewegung nur gegen die Landvolkpartei gerichtet war, weiß ich nicht. Ich gebe zu, daß die Rivalität zwischen Zentrum und Landvolkpartei den hauptsächlichsten Anstoß gegeben hat, aber auf manchen Gebieten sollte sie auch ein Seitenhieb für alle diejenigen sein, die zugestimmt haben. Insofern möchte ich auch in diesem Jahre nochmals wieder ganz scharf zum Ausdruck bringen, daß bei der Zustimmung unsererseits zum vorjährigen Beschluß nicht im geringsten ein Gedanke gegen die Konfession vorlag, sondern nur der Gedanke der Sparsamkeit und der Vereinfachung ausschlaggebend war. Dann noch eins zu diesem Kapitel: Im Ausschuß haben wir uns über die Konfessionalität der Schule unterhalten und da habe ich zu meiner großen Verwunderung hören müssen aus dem Munde des Ministerpräsidenten, daß nicht nur das Volksschulwesen konfessionell ist, sondern auch das höhere Schulwesen im oldenburgischen Lande als konfessionell betrachtet wird. Ich habe auch schon das Gegenteil vonseiten des Ministeriums gehört und war deswegen über diese Aussprache außerordentlich verwundert. Ich glaubte, die heutige Beratung nicht vorübergehen lassen zu dürfen, um auch hier

vor aller Deffentlichkeit vom Ministerium zu hören, wie die Stellung des höheren Schulwesens zu den einzelnen Konfessionen ist und ob tatsächlich bei uns im Oldenburgischen die höheren Schulen als Konfessionsschulen angesehen werden. Ich habe einen Auszug aus einer Denkschrift des Ministeriums, wo ebenfalls über die Konfessionalität der Schulen gesprochen wird. In diesem Auszug heißt es im ersten Satz: „Das höhere Schulwesen ist zwar gesetzlich nicht nach dem Bekenntnis geschieden, doch hat sich eine solche Scheidung von selbst aus dem Bekenntnis der Bevölkerung in den betreffenden Teilen des Landes und aus der Geschichte der einzelnen Anstalten ergeben. Meine Herren, hierin kommt zum Ausdruck, daß gesetzlich eine konfessionelle Scheidung der höheren Schulen nicht vorhanden ist. Wenn sich das allmählich herausgebildet hat, dann berechtigt das den höchsten Beamten des Schulwesens noch nicht zu dem Ausdruck, daß auch das höhere Schulwesen konfessionell ist. Wenn das geschieht, stimmt das mit unserer Reichsverfassung keineswegs überein. Ich habe auch einen Auszug aus einem Kommentar über den Reichsverfassungsartikel. Aus dem geht klar hervor, daß nur für das Volksschulwesen die Konfessionalität festgelegt ist, daß man aber nicht daran gedacht hat, das höhere Schulwesen in diesen konfessionellen Zwang hineinzubringen.“

Dann noch eine Frage, die ebenfalls mit dem Schulwesen zusammenhängt und einen Beschluß des vorjährigen Landtages betrifft. Meine Herren, Sie wissen, daß seit vielen Jahren die Stadt Delmenhorst den Antrag an das Ministerium gerichtet hat, die dort bestehende Oberrealschule auf den Staat zu übernehmen. Seit Jahren hat diese Frage den Landtag beschäftigt. Im vorigen Jahre ist ein Antrag angenommen worden, der dahin ging, die Oberrealschule in Delmenhorst auf den Staat zu übernehmen und dem Landtag bei seinem Wiederzusammentritt eine Vorlage zu machen. Auch die Begründung zu diesem Antrag vonseiten der Regierung muß ich als außerordentlich mangelhaft bezeichnen. In den Verhandlungen im Finanzausschuß, wo wir diese Frage wiederum angeschnitten haben, hat der Vertreter des Ministeriums zum Ausdruck gebracht, daß das Ministerium das größte Wohlwollen der Stadt Delmenhorst gegenüber walten lasse. Ja, meine Herren, mit allem schönen Wohlwollen ist diese Frage nicht gelöst, sondern man muß zur Tat übergehen. Wenn im Ausschuß ferner gesagt wurde, daß mit dem Stadtmagistrat Delmenhorst über diese Frage Verhandlungen geführt seien, daß aber das Scheitern der Verhandlungen an dem Stadtmagistrat Delmenhorst gelegen habe, so muß ich das vor aller Deffentlichkeit als nicht richtig bezeichnen. Es hat nur ein einziges Mal eine Verhandlung zwischen dem Stadtmagistrat Delmenhorst und dem Ministerium stattgefunden. Während dieser Verhandlung hat das

Ministerium verlangt, wenn eine Uebernahme der höheren Schule auf den Staat in Frage komme, müßte das gesamte Inventar einschließlich des Schulgebäudes unentgeltlich dem Staate übereignet werden und dieselben Lasten, die die Stadtgemeinde heute von der Schule habe, müßten auch weiterhin übernommen werden. Es bedeutet dieses nicht mehr und nicht weniger, als daß die Stadt Delmenhorst ihre sämtlichen Rechte aufgeben, aber alle Pflichten, die sie hatte, behalten sollte. Dem gegenüber hat der Stadtmagistrat zum Ausdruck gebracht, daß er in dieser Frage die gleiche Behandlung wolle, wie sie allen anderen Städten Oldenburgs, wo höhere Schulen sind, zuteil geworden ist. Daraufhin wurde vom Ministerium zum Ausdruck gebracht: „Wir wollen die Frage weiter überlegen und wahrscheinlich werden weitere Besprechungen folgen.“ Aber nichts von dem ist geschehen. Es hat keine weitere Besprechung stattgefunden, sondern in dem Landtagsabschied ist zum Ausdruck gebracht, wegen der schweren finanziellen Lage sei das Ministerium nicht in der Lage, den Landtagsbeschluß durchzuführen, zumal auch noch andere Städte mit denselben Wünschen kommen würden. Ich erkenne an, daß auch andere Städte mit den Wünschen kommen können, aber der Stadt Delmenhorst ist es seit Jahren versprochen worden, der Landtag hat den Beschluß gefaßt und es wäre doch Pflicht des Ministeriums gewesen, die Verhandlungen über diese Frage so weit zu führen, bis feststand, daß wirklich eine Verständigung nicht möglich gewesen wäre. Ich stehe heute noch auf dem Standpunkt, würde man zwischen den Vorschlägen des Ministeriums und der Stadt Delmenhorst einen Mittelweg gesucht haben, wäre eine Verständigung möglich gewesen. Aber ohne daß diese Verhandlungen weitergeführt sind, hat man den Beschluß des Landtages ad acta gelegt und hat gesagt, daß der Beschluß nicht durchgeführt werden kann. Wenn ein Ministerium die Wünsche des Landtages so wenig achtet, dann weiß ich nicht, wohin wir mit unserer Politik noch kommen sollen. (Zuruf D a n n e m a n n: Weit genug.) Aber nur durch die Maßnahmen, wie ich sie geschildert habe.

Ich will zunächst davon Abstand nehmen, weitere Ausführungen zu machen. Es wird vielleicht Gelegenheit sein, bei den einzelnen Anträgen noch das nähere zu sagen. Auch wir stehen mit dem Ministerium auf dem Standpunkt, daß wir alles tun wollen, um den Aufbau unseres gesamten Volkes zu erreichen. Wenn der Minister in seinen Schlußausführungen gesagt hat, daß wir vor einer Schicksalswende stehen, so glaube ich, daß auch wir mit dazu beitragen wollen, daß wir über diese Schicksalswende zum Nutzen des Volkes hinwegkommen. Aber diese Mitarbeit können Sie nur erwarten, wenn wir, die wir fast $\frac{1}{3}$ des oldenburgischen Volkes vertreten, auch bei all diesen Maßnahmen berücksichtigt werden und wenn nicht

alle unsere Wünsche, die wir zum Ausdruck bringen, einfach kalt beiseite gelegt werden.

Präsident: Das Wort hat Herr Minister Dr. Willers.

Minister Dr. Willers: Meine Herren! Einige Worte zu den Ausführungen von Herrn Abgeordneten Schömer. Herr Abgeordneter Schömer hat eingangs die Schuldenlast Oldenburgs mit der Preußens verglichen und hat gesagt, am 31. März 1928 wären in Preußen 10,51 *R.M.* auf den Kopf der Bevölkerung entfallen, während in Oldenburg 52,35 *R.M.* auf den Kopf der Bevölkerung gekommen wären. Das ist an und für sich richtig; ich kann diese Zahlen nicht bestreiten. Preußen hatte derzeit eine Schuldenlast von etwa 540 Millionen, heute muß man aus dem preußischen Voranschlag entnehmen, daß sie etwa 700 Millionen beträgt, und Preußen hat Anleihegesetze gemacht, die bereits etwas über eine Milliarde hinausgehen. Inwieweit es davon Gebrauch macht, wissen wir nicht. Die Kopfquote der preußischen Schulden wird sich sicherlich heute verändert haben, ich habe keinen zuverlässigen Aufschluß darüber; die oldenburgische ist heute dieselbe wie 1928. — Es kommt aber sehr auf die Art der Schulden an, und es ist im Bericht des Finanzausschusses wiedergegeben, daß unseren Schulden etwa zu 50% Forderungen gegenüberstehen, die von denen, die die Darlehen erhalten haben, wieder einkommen, und durch die die Bevölkerung steuerlich nicht belastet wird. Außerdem habe ich wiederholt ausgeführt, daß man in Rücksicht ziehen müsse, daß wir die Aufgaben der preußischen Provinzen erfüllen und daß von unserer Schuldenlast die Anleihen für solche Aufgaben abgezogen werden müssen, wenn wir einen Vergleich mit Preußen anstellen wollen.

Herr Abgeordneter Schömer hat sich dann besonders darüber beklagt, daß die Beschlüsse des Landtags vom vorigen Jahr nicht zur Ausführung gelangt seien. Meine Herren! Das hat darin seine Ursache, daß die größten finanziellen Bedenken bestanden, diese Beschlüsse zur Ausführung zu bringen. Ich glaube mich bestimmt zu erinnern, daß ich in der ersten Sitzung im Finanzausschuß, in der ich eine Uebersicht über die Finanzlage gab, auch dieses Punktes Erwähnung getan habe. Ich glaube mich sogar zu erinnern, daß Herr Abg. Hug mich daran erinnerte und ich dann Ausführungen darüber gemacht habe, weshalb die Beschlüsse nicht ausgeführt wurden. Der Hauptgrund waren die unerwarteten Ansprüche der Hospensionäre an den Staat. Die Hospensionäre hatten prozessiert, und für den Staat entstand zunächst eine einmalige Ausgabe von 125 000 *R.M.* Das war so bedeutungsvoll für den Oldenburgischen Staat, daß ich es nicht glaubte verantworten zu können, nunmehr die Mehrausgaben, die der Landtag beschlossen hatte, zur Ausführung zu bringen. Ich habe dies auch

in einer Sitzung, die im Laufe des Winters im Ministerium mit den Vorsitzenden der Fraktionen stattfand, mitgeteilt, und die Vorsitzenden der Fraktionen haben auch keine Einwendungen dagegen erhoben, daß diese Beschlüsse nochmals im Landtage behandelt würden, und das ist meines Wissens gleich in der ersten Sitzung des Finanzausschusses geschehen.

Es waren auch sonstige Gründe maßgebend, namentlich für die Berufsschulen. Seit 1926 sind die Zuschüsse zu den höheren Schulen der Gemeinden, den Volksschullehrerbesoldungen, den landwirtschaftlichen Schulen, nach oben limitiert, und da ist es eine Unmöglichkeit, einzelne Schulen herauszugreifen und für sie den Zuschuß zu erhöhen, ohne das bei den anderen auch zu tun. Ich halte es für ganz ausgeschlossen, daß wir die Berufsschulen prozentual höher unterstützen, als die landwirtschaftlichen Schulen und die höheren Schulen der Gemeinden, und wenn wir das aber tun, dann kommen wir zu Summen, vor denen auch der Landtag in seiner großen Mehrheit zurückschrecken würde. Dann zu den Notstandsarbeiten. Ich werde darauf drängen, daß möglichst viele Notstandsarbeiten zur Durchführung kommen und bin auch gern bereit, die Gemeinden zu bitten, nach Möglichkeit weitere Notstandsarbeiten zu machen.

Auf die Bemängelungen bei dem Gewerbeamt wird beim Etat eingegangen werden müssen.

Was die Zuschüsse zu den Volksschulhausbauten im Verhältnis zu baulichen Aufwendungen für höhere Schulen angeht, so kann ich nur von der finanziellen Seite dazu Stellung nehmen, insofern, als ich darauf hinweisen möchte, daß die Zuschüsse zu den Volksschulhausbauten aus laufenden Mitteln genommen werden und die Aufwendungen für den vorgesehenen staatlichen Bau in Beachta auf Anleihe. Das ist ein Unterschied. Im übrigen wird beim Etat der Schulen das weitere zu sagen sein.

Ich habe dann vorhin gesagt, daß die Hauptlast des Wohnungsbaues auf dem Staat beruhe. In Preußen ist das anders. Ich habe im Ausschuß darauf hingewiesen, daß Wilhelmshaven zum Wohnungsbau 100 000 *R.M.* aus Staatsmitteln erhält; während die Stadt selbst $\frac{1}{2}$ Million aufwendet, und ich habe auch im Ausschuß darauf hingewiesen, daß die Stadt Rüstingen verhältnismäßig wenig tut. Die Stadt Rüstingen hat insgesamt von 1924 bis 1929 nur die Bürgerschaft übernommen, für 680 000 *R.M.* Das ist an und für sich für so viele Jahre keine große Summe. Ich glaube, daß ich ein gewisses Recht hatte, zu sagen, daß die Hauptlast beim Staat ruht und nicht bei den Gemeinden.

Herr Abg. Schömer hat dann gesagt, daß der Oldenburgische Staat seine Aufgaben nicht erfülle. Ich will im einzelnen keine Stellung dazu nehmen, aber ich habe eine wesentlich günstigere Auffassung

als Herr Schömer. Ich bin allerdings auch der Meinung, daß für den Straßenbau in der Provinz Hannover mehr getan wird, aber ich möchte auch darauf hinweisen, was im Provinziallandtag bei der Beratung des Etats gesagt worden ist: Da heißt es, meine Herren, und das ist außerordentlich interessant:

„Für den durch Krankheit verhinderten Landeshauptmann brachte der erste Schatzrat den Etat mit einer längeren Rede, unterstützt durch Lichtbilder, ein. Wörtlich und bildlich zeigte er das Anwachsen der Schulden und des Vermögens der Provinz mit der Behauptung, daß am Schlusse des Jahres 1928 das Vermögen die Schulden nur noch um 25% überstieg und am Schlusse des Jahres 1929 die Schuldenlast den Vermögensstand beinahe erreicht habe, und die Finanzgebarung der Provinz als katastrophal bezeichnete.“

Meine Herren, wenn man das liest, kann man doch wirklich nicht sagen, daß man in Preußen, selbst wenn die Chausseen etwas besser sein sollten als in Oldenburg, besser diese wichtige Aufgabe erfüllt. Wenn man in Hannover, um bessere Chausseen zu erzielen, so viele Schulden macht, daß alles — Verwaltungsgebäude, Ständehaus, Blindenanstalt usw. — sogar das garnicht verwertbare Vermögen, verpfändet wird, so halte ich das nicht für vorbildlich, und ich glaube, daß es dann doch besser ist, sich nach der Dede zu strecken, als soweit zu gehen, daß man eines Tages vielleicht sagt: unsere Chausseen sind im besten Zustand, leider sind wir aber pleite. (Sehr richtig! Rechts.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Schmidt.

Abg. Schmidt: Meine Herren! Ich will wegen der vorgerückten Zeit nur das wichtigste aus dem Etat berühren, besonders das, was der Herr Finanzminister zu seinem Etat ausgeführt hat. Ich versage mir vor allen Dingen, auf den Wohnungsbauzuschuß und die Anlage 26 einzugehen; denn ich glaube, über diese Sache ist heute morgen mehr geredet worden, als notwendig war. Wir werden in den nächsten Wochen die Ausführungen über Anlage 26 noch genügend zu Ohren bekommen.

Meine Herren! Wir erkennen an, daß der vorliegende Voranschlag mit großer Vorsicht und mit der Sorgfalt aufgestellt ist, die erforderlich ist angesichts der verworrenen und unsicheren Verhältnisse. Der Herr Finanzminister hat mit bewegten Worten hingewiesen auf die Schwierigkeiten, die ihm bei der Aufstellung des Etats vor Augen standen, besonders hat er hingewiesen auf die Kassennot des Reichs, auf die Unsicherheit in Bezug auf die Höhe der Reichssteuerüberweisungen und er hat hingewiesen auf die Umtämpfung des § 35 des Reichsfinanzausgleichsgesetzes. Ich will gleich hier sagen, wir verurteilen und bedauern das Vorgehen des

Landes Preußen gegenüber Oldenburg und anderen ärmeren Ländern.

Wenn der Herr Finanzminister dann weiter hingewiesen hat auf die Unstimmigkeit, die Uneinigkeit und den Streit in den Parlamenten, den Streit zwischen den verschiedenen Wirtschaftsverbänden und den Streit in den Parteien, so hat er darin Recht; wir bedauern diesen Zwist im Volke mit ihm, aber wir haben die Zuversicht, daß aus diesem Zwiespalt und aus dieser Gärung die Erkenntnis für die Notwendigkeit der Volksgemeinschaft sich herauskristallisiert und die Erkenntnis für die Staatsnotwendigkeiten zu Tage tritt.

Meine Herren! Dann muß ich auf einen Ausdruck des Herrn Finanzministers kommen; der war dem Sinne nach so: Diesen Zwiespalt macht Preußen sich zu Nutze, um zu annektieren und zu erobern. Ich glaube, bei diesen Worten ist der Herr Finanzminister etwas entgleist; denn etwas großzügiger muß man sich den Staat Preußen doch wohl vorstellen, als es vom Ministertisch aus gesehen ist. Wir wissen, daß der jetzige Zustand in der Buntschedigkeit der Länder kein Dauerzustand sein kann, andererseits aber verurteilen wir die Art, die nun Knall und Fall von heute auf morgen die Selbständigkeit Oldenburgs aufheben möchte. Wir beurteilen diese Dinge von dem uns einzig richtig erscheinenden Standpunkt, nämlich von dem der Wirtschaft und der Zweckmäßigkeit aus. Wenn aber der Oldenburgische Finanzminister sich an die Seite des Bayrischen Ministerpräsidenten stellt und verliest dessen Ausspruch, daß diejenigen die die deutschen Ländergrenzen beseitigen wollen, ein Verbrechen am deutschen Volke begehen, so ist das meines Erachtens doch ein starkes Stück. Der Herr Finanzminister will die Selbständigkeit Oldenburg aufrecht erhalten; ich kann das verstehen. Ich nehme es ihm in keiner Weise übel; aber er hat in der Verfolgung dieses seines Ziels, das zeigen seine Aussprüche, die Objektivität verloren, die notwendig ist bei der Beurteilung dieser wichtigen deutschen Frage. Meine Herren! Wenn Männer von Ruf und Ansehen sich zusammentun, die erfüllt sind von heißem Wollen für das Beste des deutschen Volkes, erfüllt sind von Liebe zum deutschen Vaterlande, wenn die sich zusammentun und beraten über die zukünftige Gestaltung der deutschen Länderkarte, so ist das anzuerkennen. Ich will nur einen Namen nennen, Luther, den ehemaligen Reichszkanzler, der keines politischen Verbrechens fähig ist.

Nun, meine Herren, zum Voranschlag selbst. Ich wiederhole, daß wir dankbar sind, daß der Finanzminister mit Sparsamkeit seinen Etat aufgestellt hat. Die Ausgabenseite ist beschränkt, viele Positionen noch mehr als im vergangenen Jahre. Das liegt selbstverständlich daran, daß uns die Möglichkeit der Steuererhebung fehlt, um die Einnahmenseite so zu gestalten, wie wir es möchten. Es liegt

nicht die Möglichkeit vor, die Realsteuern — und auf die kommt es an, in der heutigen Zeit der wirtschaftlichen Not — so zu erhöhen, daß die Ausgaben Seite zu ihrem Rechte kommen könnte. Und darum muß eingeschränkt werden, und diese Einschränkung trifft leider Gottes — ich habe das in früheren Jahren auch schon ausgeführt — ganz besonders die Gemeinden und kommt zum Ausdruck in der Bezeichnung der Gemeinden.

Das Kapitel Berufsschulen ist vorhin schon von verschiedenen Seiten erwähnt. Ich brauche das nicht zu wiederholen, ich will nur sagen, daß, wenn auch dieselbe Summe wie im Vorjahre eingestellt wird, doch eine Benachteiligung der Gemeinden eintritt, weil sehr viele Ausgaben zwangsläufig sind, nicht zu umgehen sind, und die Gemeinden stark belasten. Die 45 000 R.M., die im vergangenen Jahre von einer Mehrheit des Landtags über den Voranschlag der Regierung hinaus bewilligt sind, sind ja leider nicht verausgabt. Ich will hier nochmals darauf hinweisen, daß im vergangenen Jahre der Beschluß gefaßt ist, die Regierung möge das Kapitel der Berufsschulen aus dem Rahmen der sozialen Fürsorge nehmen und dem Kapitel für Handel und Gewerbe unterstellen.

Ähnlich so, wie es mit den Zuschüssen für die Berufsschulen sich verhält, ist es mit den Zuschüssen für die höheren Lehranstalten der Gemeinden. Auch da ist die Endsumme limitiert und die Gemeinden leiden großen Schaden. Wir sind der Meinung, daß sich dieser Zustand, wie er seit 3 bis 4 Jahren besteht, nicht halten läßt und wollen versuchen, auf den früheren Zustand zurückzukommen, die Zuschüsse eintreten zu lassen auf $\frac{1}{3}$ des ungedeckten Defizits. Wir haben davon abgesehen für dieses Jahr, einen Antrag zu stellen; er ist gestellt mit anderen Parteien des Landtages für das Jahr 1931 und wir bitten Sie, diesem Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

Im vergangenen Jahre ist beantragt, man möge wieder Zuschüsse einstellen zum Bau von kommunalen Chausseen. Es sind acht Gemeinden an die Staatsregierung herangetreten, vier Gemeinden sind berücksichtigt, und bei vier Gemeinden ist das Bedürfnis abgelehnt, aber meine Herren, ich betone für die vier Gemeinden, die berücksichtigt werden sollen, sind keine besonderen Summen eingestellt, sie sollen entschädigt werden aus der Position „sonstige Zuschüsse“, die im ganzen 12 000 R.M. betragen.

Nun noch, meine Herren, zu einem Kapitel, was mir ganz besonders am Herzen liegt, und das ist der „Küstenschutz“. Wir haben im vergangenen Jahre die Position für dieses Kapitel in der Summe erhöht, weil wir einsahen, daß notwendige Arbeiten gemacht werden mußten im Zuge des II. Deichbandes an der Nordküste Butjadingens. Wir haben in diesem Jahre davon abgesehen, den vorjährigen erhöhten Betrag wieder zu fordern; die Regierung

hat ihn nicht eingeseht. Wir haben davon abgesehen, eine Erhöhung zu beantragen im Einverständnis mit dem II. Deichband. Der wird sowieso ganz ungeheuer schwer betroffen in diesem Jahre durch die Schäden der Sturmflut vom 12. Dezember des vergangenen Jahres. Meine Herren! Diese Sturmflut ist für die gesamten Küstenländer der Nordsee ein brausendes Signal gewesen, das alle hören sollten, die es angeht: Sielachten, Deichbände, Gemeinden und den Staat, daß sie auf der Hut sind, die Deiche mit ihrem Zubehör zu betreuen, mehr, als sie es bis jetzt getan haben. Die Gefahr ist ungeheuer groß; aber wir haben die Hoffnung, daß die Selbstverwaltungskörper, die Deichbände und die Sielachten auf der Hut sind, beraten von den Deichgräfen des Staates, dem unser Vertrauen begegnet, daß aufgepaßt wird, damit keine Katastrophe eintritt. Der Deichgräfe hat im Ausschusse längere Ausführungen gemacht, die zum Teil im Bericht wiedergegeben sind. Er hat eine bewegte und eingehende Schilderung von der Wirkung der Dezember-Sturmflut gegeben und hat schließlich gesagt, diesmal sei es mit Gottes Hilfe nochmal gutgegangen. Ja, meine Herren, Gottes Hilfe tuts nicht allein. Da bin ich der Meinung des alten Fritz, der sagte: „der Herrgott ist immer mit den stärksten Bataillonen“. Das übersezt auf unsere Verhältnisse heißt, daß sämtliche verantwortliche Stellen, gewarnt durch die Sturmflut vom 12. Dezember, mehr denn je Obacht geben müssen, daß das goldene Band der Deiche stets erhalten bleibt, und daß die Regierung das ihrige tut, dem Uferschutz die Aufmerksamkeit zuzuwenden, die zum Schutze des Landes notwendig ist.

Nun noch ein paar Fragen des Kultusministeriums, die zum Teil auch schon von meinem Herrn Vorredner zum Ausdruck gebracht sind. Zu dem Kapitel Volksschulhausbauten sind zwei Anträge gestellt, und zwar will der eine Antrag, daß nicht unter 30 Prozent des genehmigten Kostenvoranschlags gegeben werden soll, während beide Anträge wollen, daß die Auszahlung der bewilligten Zuschüsse möglichst schnell nach Abnahme des Baues erfolgen soll. Wir bitten Sie, dem letzten Antrag zuzustimmen.

In Bezug auf den Beschluß des Vorjahres wegen Aufhebung der Oberschulkollegien ist auch schon Verschiedenes ausgeführt. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Aufhebung der Oberschulkollegien und ihre Eingliederung in das Ministerium vom finanziellen und verwaltungstechnischen Standpunkt aus richtig und gut ist, und das in konfessioneller Beziehung irgendeiner Konfession nicht im geringsten dadurch zu nahe getreten wird. In Bezug auf die pädagogischen Lehrgänge erwarten wir, wie auch der Bericht sagt, daß die Regierung endlich im laufenden Jahre die Lösung finden wird, die sie auch nach ihrer Aussage selbst will.

In Bezug auf die höheren Schulen fanden mancherlei Beratungen im Ausschuß statt, die der Bericht auch widerspiegelt, und da — Herr Abg. Schömer hat die Frage auch schon angeregt — hat der Herr Minister der Kirchen und Schulen sich auf den Standpunkt gestellt, daß auch die höheren Schulen im Landesteil Oldenburg konfessionell einzurichten sind. Diese Auffassung widerspricht der Auffassung weitester Kreise; weite intelligente Kreise des Oldenburger Volkes sind nicht der Auffassung des Staatsministeriums. Wir glauben nicht, das jemals vorher dieser Auffassung Raum gegeben ist, auch nicht in monarchischer Zeit. Zwar hat das katholische Oberstudienkollegium es immer verstanden, seine höheren Schulen, wenn ich so sagen darf, glaubensrein zu halten. Meine Herren! Es ist mir erzählt, daß das so weit geht, daß ein katholischer Studienrat seine Bestätigung an einer Schule des Südens nicht finden konnte, weil er das Versehen gemacht hat, eine evangelische Frau zu nehmen. (Lebhaftes Hört! Hört!). Aber im Norden des Landes sind doch sogar wiederholt katholische Lehrkräfte in den Lehrerkollegien dieser höheren Schulen tätig gewesen, in Barel z. B. mehrere Jahrzehnte, und ich habe nicht gehört, daß unsere Jungens davon irgendwelchen Schaden gehabt haben, daß sie von einem katholischen Lehrer unterrichtet wurden. Es ist auch ein in diesem Hause nicht unbekannter Studienrat an einer anderen Schule im Norden tätig gewesen; es hat weder der Schule geschadet, noch ihm selber. (Heiterkeit). Meine Herren, wir sind ein deutsches Volk und erstreben seine Einigkeit und seine Einheit, aber die Einigkeit der deutschen Stämme wird nicht gefördert, wenn man die konfessionellen Schranken immer höher errichtet und in der Schule mit solchen Experimenten anfängt. Dadurch, meine Herren, wird der Gedanke Sächsisch-Gemeinschaft im deutschen Volke und das Gefühl der Zusammengehörigkeit nicht gefördert. Die Auffassung des Staatsministeriums ist kein Ruhmesblatt in der oldenburgischen Geschichte. Wir können diese Stellungnahme nicht gutheißen.

Nun, meine Herren, lassen Sie mich noch kurz von dem kulturellen auf das wirtschaftliche Gebiet übergehen, und da komme ich auf eine Frage, die vor einigen Tagen schon hier behandelt wurde, auf die Frage der Monopolbestrebungen. Ich möchte die Regierung dringend bitten, allen Bestrebungen der Monopolisierung und was gleichbedeutend damit ist, der Kommunalisierung, mit Entschiedenheit entgegenzutreten und den Weg der freien Wirtschaft zu gehen, den wir auch gehen wollen, den Weg der Selbstverantwortlichkeit auf wirtschaftlichem, wie den Weg der Duldsamkeit auf kulturellem Gebiete.

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident von Finck: Ich will nicht auf Einzelheiten in der Rede des Herrn Abgeord-

neten Schmidt eingehen, aber einige Ausführungen nötigen mich doch zu ein paar Bemerkungen. Der Herr Abg. Schmidt hat bemängelt, daß der Herr Finanzminister bei seinen Bemerkungen, die gegen Preußen gerichtet waren, doch nicht das Richtige getroffen hätte, und daß es auch durch die Anziehung der Rede des Bayerischen Herrn Ministerpräsidenten in dieser Weise nicht den richtigen Ton getroffen hätte. Ich glaube, der Herr Finanzminister ist vom Herrn Abg. Schmidt mißverstanden worden (Abg. Albers: Absolut nicht.) Der Finanzminister hat nichts gesagt gegen irgendwelche Behandlung der großen Frage „Reich und Länder“, die augenblicklich und schon seit mehreren Jahren in den Ländern verhandelt wird; er hat sich nur gewandt gegen die ganz spezielle Art, wie von Seiten Preußens bei dieser Gelegenheit der Aenderung oder womöglich Abschaffung des § 35 den kleinen Ländern der Atem ausgehen sollte. Das geht doch mit aller Deutlichkeit aus den Verhandlungen hervor. Nicht die große Frage „Reich-Länder“ ist da behandelt, sondern in der Begründung des preußischen Antrags heißt es: „Preußen hält die Aufrechterhaltung des § 35 nicht mehr für vertretbar, da dadurch Gebiete als Staaten künstlich aufrecht erhalten werden, die nach ihrem Umfang und nach ihrer Lage zur vollen Erfüllung staatlicher Aufgaben nicht leistungsfähig sind. usw.“, und damit vergleichen Sie Artikel 8 der Reichsverfassung, wo mit aller Deutlichkeit gesagt wird, daß, wenn Abgaben oder Einnahmen, die bisher den Ländern zustanden, diesen genommen würden, so sei auf die Erhaltung der Lebensfähigkeit der Länder Rücksicht zu nehmen. Das ist doch ein direkter Widerspruch hiergegen, und der Bayerische Herr Ministerpräsident hat sich in seiner Stellungnahme doch auch nur gegen diejenigen gewandt, die mit Gewalt Länder umbringen wollen. Also die ganze Frage „Reich-Länder“, über die man selbstverständlich sehr verschiedener Meinung sein kann, und worüber man sehr diskutieren kann. In welcher Weise der augenblickliche Zustand geändert werden soll, diese Frage scheidet hier selbstverständlich aus, insolgedessen auch der Hinweis auf die Persönlichkeit des früheren Reichszanzlers und jetzigen Reichsbankpräsidenten Luther. Abgewehrt werden sollte nur dieser Angriff Preußens, bei Gelegenheit des § 35 den kleinen Ländern den Atem abzunehmen und die einzige Möglichkeit zu lassen, in Preußen aufzugehen. Das hat Preußen nicht nur bei dieser Gelegenheit vertreten, sondern das hat auch bei einer Verhandlung — in Hannover war es, glaube ich — der preußische Finanzminister Höpker-Aschoff mit aller Deutlichkeit gesagt. Die andere Frage mag für sich geregelt und beordnet werden, aber gegen diese Art und Weise, wie hier bei Gelegenheit des § 35 vorgegangen werden sollte, ist meines Erachtens mit Recht protestiert worden. (Sehr richtig! rechts.)

Präsident: Ich schlage vor, die Sitzung jetzt abzubrechen und heute nachmittag 4 Uhr fortzufahren. Der Landtag ist einverstanden. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß 1¹⁰ Uhr.

Fortsetzung der 7. Sitzung.

am Donnerstag, den 10. April, nachm. 4 Uhr.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung. Wir fahren in der Beratung des Voranschlages für den Landes- teil Oldenburg fort.

Das Wort hat Herr Abg. Röver.

Abg. Röver: Meine Herren! Das Wort Etat sagt ja schon alles. Je nach Beschaffenheit der Hautträger, ist der derselbe. Ist die Haut ziemlich dick, ist der Etat danach, wenn die Verantwortung groß ist, sieht er auch danach aus. Wir erklären offen und ehrlich, wir Nationalsozialisten, daß an und für sich der Etat vorsichtig aufgestellt worden ist, gewissenhaft und auch nach allen Seiten sparsam. Trotzdem können wir den Herrn Finanzminister nicht beneiden, der den Etat hier vertreten muß, aber bedauern können wir ihn auch nicht, weil das System von heute nicht an die Ursache herangeht, die die Not lindern könnte, wenn man wollte. Es wurde gesagt in den Ausführungen, daß wir an einer Schicksalswende stehen. Jawohl, das ist richtig, wir stehen an einer Schicksalswende, es kommt nur darauf an, wie man sie auffaßt. Wir fassen sie so auf, daß es an der Zeit ist, daß die Geister sich scheiden, und zwar die Geister, die positiv auf dem Boden eines wirklichen Staates stehen und die, die anbeten die Internationale, Herr Lahmann, nicht wahr? (Zuruf Lahmann: Ich habe das nicht gehört.) Die Leute, die spielen mit großen Weltanschauungen und die anderen, die an die Zukunft Deutschlands glauben. Ich muß sagen, wir haben alle, die wir hier sitzen, einen gemeinsamen Feind, und wenn es nicht gelingt, das Haus unter einem Hut zu kriegen, oder eine Regierung zu schaffen, die das erkennt, daß das Volk einen gemeinsamen Feind hat, dann ist alles Anfangen umsonst, dann werden wir nimmer mehr aus dem großen Schlamassel herauskommen. Da möchte ich zunächst Herrn Wempe etwas sagen. Er sprach vorhin, als er seine Ausführungen machte, von den Pflichten des Volkes wegen des verlorenen Krieges. Das stimmt doch nicht. Sehen Sie, wenn Sie sprechen von den Pflichten des verlorenen Krieges, dann erkennen Sie nach außen hin die Kriegsschuld Deutschlands an. Dagegen müssen wir uns wehren, daß von Zentrumsseite aus die Kriegsschuld wieder anerkannt wird. (Zuruf.) Da können Sie reden, was Sie wollen, Herr Wempe hat gesprochen von den Pflichten des verlorenen Krieges. (Zuruf: Von

den Folgen.) Bitte, ich habe das gleich aufgeschrieben. Sie haben ferner ausgeführt, in den Younggesetzen sei alles festgelegt, das Rheinland, das deutsche Birkenfeld sei frei. Ich stelle fest, daß die Ausführungen des französischen Finanzministers und des Ministerpräsidenten Tardieu anders lauten. Frankreich behält sich Sanktionen für den Fall vor, daß die Erfüllung der Youngplanverpflichtungen scheinbar nicht in Ordnung geht. Wenn scheinbar die Sache nicht in Ordnung geht, werden Sanktionsmaßnahmen ergriffen werden, der Feind wird wieder einrücken. Wir können nicht sagen, daß Birkenfeld frei sein wird. Außerdem erkläre ich, und das weiß ich von meinen Freunden aus Birkenfeld und dem Rheinland, von der Saar, daß sie freiwillig auf eine solche Befreiung durch den Youngplan verzichten, der das deutsche Volk 56 Jahre in den Sklavendienst stürzt. Sie bedanken sich dafür, daß sie jetzt auf kurze Zeit frei werden und dann ein ganzes Volk in Sklavenketten geht. (Zwischenruf.) Daß Sie das nicht begreifen, das verstehe ich. Die Zeit wird kommen, wo alle einsehen werden, daß wir recht haben. (Zurufe.) Bei mir gibt es gleich einen Ordnungsruf, aber die Herren können sich alles erlauben. Das zu Herrn Wempe.

Vom Herrn Finanzminister wurde ausgeführt, Ruhe und Einigkeit sollten uns den Weg bereiten. Aber diese Ruhe und dieser Frieden sind nichts anderes, als die Kirchhofsruhe. Aber Ruhe und Frieden werden gestört, wenn in der nächsten Zeit die Ausführung des Younggesetzes Wirklichkeit wird. Es ist nicht so, wie es heute Herr Schömer ausführte. Im Gegenteil, die S.P.D. ist fahnenflüchtig geworden und zwar deswegen, weil sie die Konsequenzen nicht ziehen will. Wenn man schon eine Erwerbslosenkrise in den Vordergrund schiebt, so ist das ein Scheinmanöver seitens der alten Regierung gewesen, weil sie weiß, die Verflavungsgesetze werden nicht erfüllt werden können, sagt sie, wir wollen uns schleunigst nach Hause begeben, damit andere die böse Suppe auslöffeln können. Traurigerweise hat sich ein bürgerliches Kabinett mit der Volkspartei an der Spitze bereit gefunden, die Suppe auszulöffeln. Aber die Regierung wird es nicht können. Da nützt kein Agrarprogramm mehr, Das sind alles ungefangene Fische für uns Nationalsozialisten, weil Sie an die Ursache nicht heran wollen. Herr Wempe sprach noch von dem großen Programm des Herrn Stresemann, der tot ist. Er sprach von Opfer und Entschagungen usw. Das Volk soll noch weiter Opfer bringen, noch weiter entschagen. Letzten Endes ist die Politik des Herrn Stresemann nichts anderes gewesen, als eine Entschagungspolitik. Als ich vor einigen Wochen wegen der Younggesetze meine Ausführungen machte, meinte Herr Dannemann, sie trotzen von Unwahrheiten. Lesen Sie heute die Zeitungen durch, dann haben wir wieder mal recht gehabt, weil nämlich Herr Young selbst erklärt hat,

daß sie die Schulden zusammengezählt und dann noch mal 50% daraufgelegt hätten, und das hätte im Haag der deutsche Michel geschluckt, während aber Schöber auf den Tisch schlug und sagte: Wir bezahlen nicht. Schöber ist nach Wien zurück gefahren und bezahlt heute noch nicht. Die deutsche Regierung hat sich nicht aufgelehnt, trotzdem wir 4 bis 4½ Millionen Arbeitslose haben. Im Reichstage wird die Politik anerkannt und die Herren von der S. P. D. fahren nach Hause, weil sie wissen, daß sie das nicht erfüllen können. Hier erleben wir nun, daß die Volkspartei und die S. P. D. sich den Rang ablaufen, wegen der Politik von Herrn Stresemann. Herr Schömer meinte, Herr Stresemann habe nicht den Sieg errungen, sondern er sei den Weg gegangen, den die S. P. D. vorgezeichnet habe. Eines wissen wir, daß die Linke im Reichstage mit dem Zentrum die Verflavungspolitik durchgeführt hat. Gleich wie die S. P. D. sich brüstete, daß der Dawesplan ein großer Erfolg sei, so hat sie jetzt hinausposaunt, daß die Youngpläne angenommen werden müßten, damit endlich der Krieg liquidiert werde. Wir verzichten auf eine solche Liquidierung, da nicht feststeht, daß wir Schuld am Krieg haben. Auch Sie, Herr Wempe, haben nur dann ein Recht, von einer Wiedergutmachung oder einer Pflicht aus dem verlorenen Kriege zu sprechen, wenn Sie die Schuld an dem Kriege anerkennen. Aber es ist so, die Ratten verlassen das sinkende Schiff, weil sie die Verantwortung nicht übernehmen wollen. Aus der Rede des Finanzministers hätte man ungefähr entnehmen können, als sei die Regierung zu einer Erkenntnis gekommen, vor allen Dingen der Finanzminister, weil er sagte, eine Entlastung sei nicht eingetreten, eine Gesundung sei nicht zu erkennen, die Zukunft sei dunkel. Hier haben wir wieder Recht behalten, weil wir vorausgesagt haben, was einmal eintreten würde. Was hat man dem Volk erzählt? Wenn die Younggesetze durchgepeißt sind, werden die Erleichterungen eintreten. Man hat dem Volke erzählt von den 1931 kommenden Steuererleichterungen. Jetzt glaubt auch der Finanzminister nicht mehr daran. Wir sagen, daß diese Versprechungen von den Steuererleichterungen nichts anderes waren, als ein Bluff, als ein Köder, worauf der deutsche Michel anbeißen sollte. Nehmt erst die Gesetze an, erst wird es noch etwas schlechter werden, aber 1931 gibt es Erleichterungen. Wir danken für diese Erleichterungen, die man einem Volke verspricht und die nicht durchgeführt werden können, und zwar aus dem Grunde nicht durchgeführt werden können, weil § 35 des Finanzausgleichsgesetzes im Reiche noch weiter verschlechtert werden wird. Wenn man sich hier beklagt, daß Sachsen sich so betragen hat, dann muß ich sagen, es ist das eine Sprichwort: „Rette sich, wer kann und so gut er es kann“ noch auf der Tagesordnung. Sachsen kann es sich erlauben, weil Sachsen eine

große Industrie hat und die Kopfhahl maßgebend ist bei dem Ausgleich nach § 35. Sachsen kann sich das erlauben, das trifft ja nur die Agrarländer, die eine geringere Bevölkerung haben. Aber es ist so, an diese einfache Tatsache geht man nicht heran. Es ist nichts anderes, als daß die Regierung das ausführt, weil man sich um die Verantwortung so ein bisschen herumdrücken möchte. Wenn schon bei der Regierung, vor allen Dingen beim Finanzminister, die Erkenntnis kommt, daß es nicht besser wird, warum hat denn die Regierung die Younggesetze angenommen, wo jedes Kind weiß, daß die nicht durchgeführt werden können. Warum hat man sie angenommen? Weil man glaubte, man würde vom Reiche geschont werden, wenn man sich willfährig zeigt. Dabei denkt das Reich nicht daran, uns zu helfen. Es war dasselbe Bild wie vor ein paar Tagen, bei der Behandlung des Verkaufs des Gas- und E-Werks der Stadt Oldenburg. Da bin ich jederzeit bereit, zu beweisen, daß dieser Verkauf der Werke ein ganz ungeheures Verbrechen an der Bevölkerung der Stadt Oldenburg ist. (Zwischenrufe.) Die Verschleierung der Werke ist ein großes Verbrechen am Volk. Weil der Oberbürgermeister von Oldenburg eine derartige katastrophale Finanzpolitik getrieben hat und nicht mehr ein noch aus weiß, wäre es Pflicht der Regierung gewesen, genau zu erforschen, was los war. (Präsident: Wir sind beim Voranschlag des Landesteils Oldenburg und ich nehme an, daß die Werke verkauft sind.) Das sind Sachen, die ich als Belege anführen muß. Nur einem Nationalsozialisten ist es nicht gestattet, solche Sachen anzuführen, da muß man die Glode läuten, damit die Presse schreiben kann: Röver wurde gerügt. (Präsident: Herr Röver, das müssen Sie mir überlassen.) § 35, Bruch der Reichsverfassung. Ja, meine Herren, was macht Berlin sich daraus, wenn die Verfassung mal gebrochen wird. Wie oft wird die gegen uns, gegen die Nationalsozialisten, gebrochen, die heute Menschen zweiter Klasse sind. Wenn Berlin auf dem Gebiete der Finanzen etwas erreichen kann, muß man sich nicht wundern, wenn es alle Mienen springen läßt, um Geld zu bekommen. Den Leuten in Berlin ist es egal, woher das Geld kommt. — Zu Herrn Abg. Wempe dann noch eins: Man darf nicht vergessen, daß er als Zentrumsmann den protestantischen Preußen nicht leiden kann, den haßt er wie die Todsfünde, wenn er sagt, daß Preußen eine Hungerspolitik betreibt. Preußen geht es nicht anders als Sachsen und Sachsen nicht anders als Oldenburg. Sie lassen alle nicht zu, daß in ihren Staaten eine Gemeinde wie die andere absackt. Die Regierung hätte hier auch bei der Stadt Oldenburg eingreifen müssen, aber wenn sie gegen Oldenburg vorgegangen wäre, hätte die Regierung ins Portemonnaie greifen müssen. Weil aber die Regierung nichts hat, läßt sie die Dinge einfach laufen. In

Preußen ist es etwas anders, in Preußen, da treibt man eine Politik, wie man sie schlimmer nicht treiben kann, die dahin geht, daß die Schuldenlast ins Ungemessene steigt. Das machen wir nicht mit. Aber, meine Herren, was dann, wenn der § 35 wegfällt, was wollen Sie dann machen? Glauben Sie, daß die Biersteuer und die Benzinsteuer uns retten können. Glaubt einer daran, daß die Herren im Reiche für uns so viel hergeben werden, als wir durch den Ausfall nach § 35 einbüßen? Wir glauben nicht daran. Dann heißt es natürlich wieder, neue Steuern beschließen. Die sind seit 1923 immer wieder gekommen, und neue Steuern haben dafür gesorgt, daß das ganze Staatschiff den Grund verloren hat. Deswegen lehnen wir Anlage 26 ab, weil die Bevölkerung nicht neue Steuern tragen kann, weil neue Steuern nur der Tod der Wirtschaft sind. Der Mittelstand wird immer wieder in den Vordergrund gestellt. Die Wirtschaft ist das Schicksal des Volkes, wird gesagt. Nicht die Wirtschaft ist das Schicksal des Volkes, sondern wir sind zunächst selbst unser Schicksal. Jeder einzelne von uns muß an seiner Arbeitsstelle sich sein Schicksal selber zimmern. Wir alle sind Staat und deshalb hat der Staat dafür zu sorgen, daß die Voraussetzungen geschaffen werden, um die Wirtschaft eines Volkes gestalten zu können. Aber da komme ich mit einem Punkt, an den Sie nicht heran wollen, weil Sie, die Herren von links und rechts, in den letzten 10 Jahren das veräußert haben, was wir Staatsouveränität nennen, damit man eine Wirtschaft gestalten kann. Das alles ist weg und deshalb ist es auch nicht möglich, der Wirtschaft irgendwie Erleichterungen zu geben. Durch Steuern werden Sie das nicht fertig bringen. Das Defizit wird immer weiter steigen. Wenn wir all die Abstriche hinzurechnen würden, die im Etat gemacht sind, dann wäre das Bild bezüglich der Ausgabenseite 1929/30 noch viel ungünstiger. Meist, wenn soziale Belange im Vordergrund stehen, sind die Abstriche gemacht. Ueberall sehen wir den Niedergang. Dann heißt es weiter, einen Hoffnungsanker sehen wir auf 1931, da werden wir Geld zurückbekommen für unsere Eisenbahnen. Ja wohl, die schöne oldenburgische Staatseisenbahn ist nicht mehr da, sie fährt für andere Leute, die einen dideren Geldsack haben. Auch die ist weggegeben von Ihnen und jetzt hofft man darauf, daß 1931 die Schuldenabtragung beginnen wird. Wir sind nicht damit einverstanden. Wir verzichten auf eine Schuldenabtragung, die Eisenbahn soll zurück, die Eisenbahn soll nicht einer Privatgesellschaft gehören, sondern dem Volke. Wenn die Herren glauben, daß sie Kapital kriegen werden, dann ist das nur möglich, indem man die Obligationen verkauft. Dann ist es vielleicht möglich, daß eine Schuldentilgung für die Uebernahme der Eisenbahn auf das Reich stattfinden kann. Wir wollen das nicht, wie fordern, daß die Eisenbahn dem oldenburgischen Volke zurückgegeben wird, weil

die Eisenbahn eine ganz ungeheure Einnahmequelle bedeutet, weil die Eisenbahn schuldenfrei ist, weil sie schuldenfrei geworden ist durch die Inflation. Die Eisenbahn hat die Schulden verloren, wie auch jedem Kaufmann und dem Staat die Schulden abgenommen worden sind. Führen Sie die Eisenbahn zurück in den Besitz des oldenburgischen Staates und dann brauchen wir uns nicht um Berlin zu kümmern, ob wir einmal Geld zurückbekommen werden. Die deutsche Eisenbahn wäre imstande, uns das zu geben, was uns fehlt. An diese Fragen gehen Sie aber nicht heran, weil Sie sich ausgeliefert haben an das internationale Börsenkapital. Das sind die Freunde von links und rechts, das sind die Herren in Deutschland. Daran darf man nicht rütteln, der böse Hakenkreuzler weiß nicht, was los ist. Warten wir ruhig noch ein paar Jahre, die Zeit wird uns recht geben, wenn das Volk aufsteht und holt sich wieder, was Sie dem Volke weggenommen haben. Die Geschichte, so alt sie ist und solange sie geschrieben wird, hat noch nicht einen Beweis geliefert, daß ein Volk zu seinem Recht kommt durch eine Unterwerfungspolitik. Solange die Welt besteht, ist ein Volk frei geworden, wenn es von sich aus die Kraft auslösen konnte, den gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu führen. Sie wollen den Bruderkampf aufrecht erhalten, Sie wollen das Parteiensystem aufrecht erhalten, damit wir nicht eine einheitliche Schlagkraft bilden, die notwendig wäre, um den Leuten das wieder abzunehmen, was uns gehört. Solange ein Teil des Volkes in Ketten liegt, gibt es keine Freiheit für das Volk. Die Nation muß erst wieder ein einheitlicher Staat werden, wie 1914. Oder meinen Sie von der Sozialdemokratie, als der Marxismus in alle Winde gestoßen wurde, als das Volk 1914 antrat, daß da gefragt wurde, Marxist, Arbeiter, Bauer, Edelmann? Da gab es nur eins: Bist Du bereit, hinauszugehen und die Heimat zu verteidigen? Das ist das, was wiederkommen muß, ob Sie heran wollen, ob Sie lachen oder nicht lachen, das läßt uns kalt. Durch unsere Energie werden wir schaffen, was notwendig ist, die Konzentration der Kräfte, die das heutige System zum Abtreten zwingen werden im Interesse des Volkes und zum Wohle des Volkes. Die Finanzhoheit, Eisenbahnhoheit, Verkehrshoheit, Militärhoheit, sind weg, alles hat man weggegeben und jetzt zankt man sich darum, ob dem Volk mit neuen Steuern geholfen werden kann. Die Geschichte wird uns Nationalsozialisten in längstens 2 bis 3 Jahren recht geben.

Nun noch zum Wohnungselend. Herr Minister Willers sagte, schon vor dem Kriege hätten wir ein Wohnungselend gehabt. Jawohl, das stimmt, aber weshalb hatten wir vor dem Kriege ein Wohnungselend? Weil die imperialistische Regierung die Zeichen der Zeit nicht erkannt hatte. Da wurde nicht die notwendige Siedlungspolitik betrieben, um

dem schaffenden Bruder eine Wohnung zu geben, demjenigen deutschen Mann, der von einer deutschen Frau geboren war. Die besitzende Klasse hat damals vollkommen versagt. Da entstand dann auch die Sozialdemokratie, weil auf der einen Seite die Bürger dem anderen Volksgenossen nicht das geben wollten, was ihm zustand. Also hier lag es an der falschen Politik. Man hat es nicht verstanden, dem Volke zu geben, was notwendig war, und heute ist der Gegensatz ins Ungemessene gestiegen. Wenn Herr Hartong meinte, daß es eine fixe Idee sei bezüglich der Wohnungsgeschichte, dann müssen wir das ablehnen. Die untersten Schichten laufen heute noch in großer Zahl ohne Wohnung herum. Die Wohnungsnot ist noch sehr groß. Wenn der Finanzminister sich beruft auf das Jahr 1935, daß es dann möglich sei, den Bedarf zu decken, weil der Geburtenrückgang dann eintrete (Zwischenruf: Das ist doch der natürliche Rückgang infolge des Krieges), so muß ich schon sagen, dieser Trost ist ein sehr schlechter Trost und das Eingeständnis ist das Eingeständnis der Pleite auf der ganzen Linie, wenn man sagt, der Geburtenrückgang wird die Wohnungsnot beseitigen. Darin liegt die Tragik des deutschen Volkes. (Zwischenrufe.) Ja, wohl, daran ist manches Volk zugrunde gegangen, wenn das Volk in der Familie nicht mehr 4—5 Kinder ernähren konnte. Das deutsche Volk steht schon jetzt im 2 Kinder-System. Der Geburtenrückgang wird noch immer größer werden und dann freut man sich schon auf das Jahr 1935, da braucht man keine Wohnungen mehr. Das spricht Bände für sich.

Dann zur Erwerbslosenfrage. Es ist nicht richtig, wenn ausgeführt wird, daß die Ursachen nicht allein bei der Wirtschaft, sondern auch in Auswüchsen liegen. Darüber sind sich alle Herren klar, daß es in der Erwerbslosenfrage große Auswüchse gibt, aber uns will doch wohl keiner erzählen, daß die breite Masse der Erwerbslosen alles Auswüchse sind. Der § 2 der Reichsverfassung ist den Deutschen nicht garantiert, das Recht auf Arbeit hat der Deutsche nicht. Geben Sie ihm wieder Gelegenheit zur Arbeit. (Zum Zentrum:) Reden Sie doch nicht immer dazwischen, reden Sie doch, wenn Sie das Wort haben, oder glauben Sie, daß Sie mich ablenken können. (Klingelzeichen des Präsidenten.) Der Mensch redet hier schon immer dazwischen, ich würde schon längst einen Ordnungsruf erhalten haben. (Präsident: Herr Röder, das müssen Sie mir überlassen, Sie sind im übrigen von dem ganzen Hause sehr ruhig angehört worden. Ich möchte bitten, den Redner nicht zu unterbrechen.) 300 000 R.M. sind im Voranschlag für die Erwerbslosen ausgeworfen für Notstandsarbeiten. Das ist ein Tropfen auf einen heißen Stein. Das genügt uns nicht, die Summe ist nichts. Aber wo nichts ist, da kann nichts geholt werden. Der Etat soll

balancieren, also läßt man die Ärmsten der Armen in der Gasse liegen, mögen sie umkommen, denn der Staat von heute garantiert ihnen nicht das Recht auf Arbeit. Herr Hartong führte weiter aus, daß die Berliner Regierung den Befähigungsnachweis nicht erbracht habe. Ich muß mich wundern, daß die deutsche Volkspartei noch immer in die Regierung hineingeht. Weiter sagte er, es müsse eine Senkung der Arbeitslöhne erwogen werden, um die Konkurrenzfähigkeit wieder herzustellen. Es ist dasselbe Bild der Leute, die nur in Tausendmarkscheinen zu denken vermögen. (Zuruf Hartong: Sie haben das offenbar nicht begriffen.) Sie wollen die Arbeiterlöhne weiter senken, das ist doch eine der Annahme der Verklärungsgesetze. Lehnen Sie die Tributlasten, die Sklavenlasten ab, geben Sie dem deutschen Volke die Finanzhoheit wieder, damit wir das Geld selber druden können als Bindemittel und Verkehrsmittel für die Wirtschaft, um die Wirtschaft zu befruchten, dann brauchen Sie die Frage nicht aufzurollen. Was nützt es, wenn Sie bei den Löhnen etwas streichen. Den Vorteil hat doch nicht die deutsche Wirtschaft, sondern den Vorteil haben die Leute von Young, das Leihkapital steckt den Nutzen ein. Genau so ist es, wenn wir wieder neue Steuern für den Gewerbestand beschließen würden. (Widersprüche.) Sie mögen nicht heran an die Ursachen, das müssen Sie mit sich selbst ausmachen, für uns arbeitet die Zeit. Wir sagen es dem Volke jeden Tag, wo die Ursachen liegen, wo der Feind der Nation sitzt. Vor zwei Tagen waren wir, Herr Hug, in der Hochburg der Roten, in der Friedrichsburg hatten wir eine Versammlung von 2000 deutschen Volksgenossen, darunter über 1000 Arbeiter, denen wir den Nationalismus gepredigt haben als das Bindeglied, das wir brauchen, wenn wir wieder auf einen einzigen Boden kommen wollen, daß wir wieder begreifen, daß der Arbeiter der Faust und der Stirne eine Einheit sein müssen, um die Schlagkraft zu besitzen für die Freiheit des deutschen Volkes.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Röder.

Abg. Röder: Meine Herren! Ich will es mir versagen, in größeren und längeren Ausführungen zu dem Youngplan, Dawes-Gesetz usw. Stellung zu nehmen, sondern werde versuchen, mich in kurzen Zügen zu dem vorliegenden Voranschlag zu äußern. Dem vorliegenden Voranschlag stehen wir mit großer Zurückhaltung gegenüber. Es wird uns wohl kaum möglich sein, diesem Voranschlag, der ein Defizit von 1½ Millionen aufweist, und das nach den Ausführungen des Herrn Finanzministers noch über 2 Millionen steigen wird, unsere Zustimmung zu über 2 Millionen steigen wird, unsere Zustimmung zu dem vorgeschlagenen Steuersystem es uns durchaus unmöglich ist. Es ist ganz klar, daß bei den ge-

genwärtigen Verhältnissen der Mittelstand ein ganz besonderes Interesse daran hat, daß der Staatshaushalt keinen ungedeckten Fehlbetrag aufweist, da er es ist, der durch neue Steuern, das fehlende Geld aufbringen muß. Wir stehen diesem Vorschlag umsomehr kritisch gegenüber, als das Defizit in dieser Höhe vollständig unnötig ist. Die Förderung des Wohnungsbaus, soweit sie heute noch notwendig ist, kann auf einem anderen Wege erreicht werden, als daß dafür so erhebliche Beträge eingesetzt werden müssen. Sowohl im Ausschuß als auch von den verschiedenen Berufsorganisationen der Wirtschaft sind Wege gewiesen worden, auf der ohne wesentliches Defizit und Steuererhöhungen der Zweck des Wohnungsbaus gefördert werden kann. Wenn der Herr Finanzminister gegenüber diesen Vorschlägen sich ablehnend verhält, so möchte ich nicht den Ausdruck gebrauchen, der die Herbeiführung eines überflüssigen Defizits und einer unnötigen Steuererhöhung kennzeichnet. Es wurde aber unserer Verantwortung gegenüber dem Mittelstand, dessen beklagenswerte Lage ich nicht zu kennzeichnen brauche, nicht entsprechen, wenn wir einem solchen Etat nicht kritisch gegenüberstehen würden. Daran kann auch die Erwägung nichts ändern, daß das Defizit abhängig ist von der Vorlage 26. Wir halten es für falsch, daß aus laufenden Steuermitteln Baudarlehen verausgabt werden sollen, und unsere Gegnerschaft zu der Vorlage ist um so entschiedener als der Herr Finanzminister einen andern ihm geeigneten Weg nicht gehen will. Wir meinen, daß die öffentlichen Finanzen allgemein so stark angespannt sind, daß sie wenig der Verantwortung gegenüber der Verwaltung entspricht, wenn die Ausgaben immer noch anschwellen. Angesichts der ungeklärten Verhältnisse der Reichssteuerleggebung und des Schicksals des Reichsfinanzausgleichsgesetzes sollte einzig und allein das Augenmerk darauf gerichtet werden, daß der öffentliche Haushalt auf das sparsamste eingerichtet wird. Dazu müßte uns schon die Besorgnis ein Anlaß sein, die uns wegen des § 35 des Reichsfinanzausgleichsgesetzes erfüllt. Es ist von Oldenburg stets betont worden, daß wir ein steuerschwaches Land sind, und wenn nun die Bemühungen Preußens zur Beseitigung des § 35 schon anfangen, Erfolge zu zeitigen, die für Oldenburg so bitter sind, dann verstehe ich die Staatsregierung und diejenigen Abgeordneten hier im Landtage nicht, die angesichts der bedrohlichen Situation die schwache Steuerkraft immer noch weiter und weiter anspannen wollen. Nach meiner Meinung haben wir alle Ursache, auf die Tatsache der schwachen Steuerkraft bei der Festsetzung des eigenen Haushalts Rücksicht zu nehmen. Und dann noch eins: Die Reichsregierung bereitet ein Gesetz zur Senkung der Realsteuern ab 1931 vor. Ob die augenblickliche Reichsregierung gegenüber den bisherigen Regierungen eine Regierung des Worthaltens sein wird, steht dahin. Wenn demgegenüber

unsere Regierung die Steuern erhöhen will, so habe ich fast den Eindruck, als ob die Staatsregierung unter allen Umständen in diesem Jahre noch eine Erhöhung der Einnahmen herbeiführen will, und dazu soll die Hauszinssteuer herhalten. Ich glaube, daß die Erhöhung der Hauszinssteuer um 1 Million nur deswegen erfolgen soll, um einer späteren Reichssteuerentlastungsaktion die Wege zu ebnet, damit die gesamten Landessteuern dann auf Grund dieser Steuererhöhung vielleicht um 300 000 *R.M.* gesenkt werden können. Ich betone deshalb, daß wir so etwas nicht mitmachen.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir es, daß, wenn auch mit einigen Stimmenthaltungen vom Ausschuß ein Antrag vorgelegt ist, der die Etatüberschreitungen einer schärferen Heranziehung durch den Landtag unterstellt. Im vorigen Jahr haben wir bereits einen ähnlichen Antrag gestellt. Er fand damals aber keine Gegenliebe. Es kann nicht angehen, daß das Recht des Landtages, die Mittel für den Haushalt zu bewilligen, mehr oder weniger Beschlüsse sind, an die man sich nicht zu halten braucht. Die Schwierigkeiten, die gegen die Vorlage eines Nachtragsetats sprechen könnten, liegen weniger in der Sache selbst begründet, als in der Unbequemlichkeit, die für die Staatsregierung damit verbunden ist. Ich möchte wünschen, daß die Bemerkung im Ausschußbericht, daß die Vereinfachung der Staatsverwaltung und die Fortsetzung von Sparmaßnahmen einer ständigen Prüfung bedarf, nicht nur ein frommer Wunsch bleiben wird. Es muß erreicht werden, daß die Verwaltungs- und Geschäftskosten nicht über den allgemeinen Indexsatz hinausgehen, wie es jetzt der Fall ist, sondern es muß das höchste Bestreben sein mit Rücksicht auf die schwierige wirtschaftliche Lage weiter Bevölkerungskreise, die Verwaltungskosten nach und nach unter den Indexsatz zu senken. (Zuruf Abg. Frerichs: Hat die Handwerksammer Ihnen nicht gesagt, wie man das machen soll?) Das überlassen Sie uns nur, Herr Frerichs. Vor allem haben wir einen zu hohen Personaletat. Es müßte hier, um mit der Zeit eine wesentliche Berringerung der Ausgaben zu erreichen, nach dem Beschluß des Reichstags vom Jahre 1928 zum Reichsbefoldungsgesetz verfahren werden, wonach jede dritte freiwerdende Stelle einzusparen ist.

Verhältnismäßig höher als die Ausgaben und Einnahmen des Etats selbst sind die Realsteuern gestiegen. Einer Steigerung von annähernd 100% steht die Steigerung der Realsteuern von 500% bis 800% gegenüber. Diese Kreise, die bisher die Last der steuerlichen Ausgaben haben tragen müssen und noch tragen, haben ein Recht darauf, zu verlangen, daß alles getan wird, um die Ausgaben zu senken. Solche Zustände, wie wir sie bei der Amtskasse in Westerstede gehabt haben und wie sie jetzt noch durch Zwangseintreibungen die Realsteuern von einem großen Teil der Steuerpflichtigen doppelt

erhoben werden, sollten und dürfen in einem geordneten Staatswesen nicht vorkommen. (Sehr richtig! Rechts). Der Amtshandwerkerbund Westerstede hat bereits seit Monaten Beschwerde erhoben, ohne daß eine durchgreifende Aenderung und Abstellung der Uebelstände erfolgt ist. Die Handwerker haben im Zusammenhang mit diesen unliebsamen Vorkommnissen den Wunsch geäußert, welcher meines Wissens auch vom Amte Westerstede unterstützt ist, die Amtsboten möchten die fälligen Steuerbeträge rechtsgültig entgegennehmen können. Die Regierung hat das abgelehnt. Wenn der Amtsbote die Steuern und Sporteln im Beitreibungsverfahren einziehen muß, sollte er auch berechtigt sein, die fälligen Beträge rechtsgültig entgegenzunehmen. Es besteht dies Bedürfnis nicht nur im Amt Westerstede, sondern auch aus dem ganzen Lande heraus wird der Wunsch nach einer vereinfachten Steuererhebung geäußert. So möchte ich von dieser Stelle aus nochmals die Staatsregierung bitten, den Wünschen der Realsteuerpflichtigen, deren Lage sowieso schwer genug ist, stattzugeben.

Zu einzelnen Etatpositionen werden wir später noch Stellung nehmen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Addits.

Abg. Addits: Meine Herren! Die Zeit ist verhältnismäßig weit vorgeschritten, daher werde ich mich in der Sache beschränken. Wir sind außerdem in der glücklichen Lage, den Herrn Kollegen Müller heute nicht unter uns zu haben, dadurch haben wir schon einen Zeitgewinn in unseren Verhandlungen. (Unruhe links). Es ist in den Ausführungen des Herrn Ministers wie auch in denen der verschiedenen Parteien die höhere Politik gestreift worden, und es ist gesagt worden, daß, nachdem das Reparationsproblem zu einem gewissen Abschluß gekommen sei, jetzt so eine Art Aufatmen durch das deutsche Volk oder die Wirtschaft ginge. Ich bin in diesem Falle etwas pessimistisch und ich glaube, daß dies nicht von langer Dauer sein wird; denn das, was uns zugemutet wird bei diesen Reparationsbelastungen, wird über die Leistungsfähigkeit unseres verarmten Volkes hinausgehen. Es wird sich bald zeigen, daß wir das nicht leisten können, was uns da zugemutet wird. Es ist das höchstens in dem Falle für unsere deutsche Wirtschaft tragbar, wenn wir die gesamten öffentlichen Ausgaben auf ein erträgliches Maß zurückschrauben. (Zuruf von links: Kensefeld). Es sind gewisse Ansätze dafür vorhanden. Wir haben dieses Vertrauen zu der gegenwärtigen Reichsregierung, die sich losgelöst hat von den Hemmungen der Sozialdemokratie, um den Weg einer rücksichtslosen Ausgabendrosselung zu beschreiten. Der Franzose weiß ganz genau, wie es im Innern Deutschlands aussieht. Das zeigt uns auch der Bericht, den der frühere Reparationsagent, Herr Parker Gilbert,

in die Welt hinausgeschickt hat. Und wir können dem Herrn Gilbert das garnicht so übel nehmen, es ist tatsächlich so, wir leisten uns in Deutschland noch viel zu viel Ausgaben auf diesem Gebiete und müssen die ganze Entwicklung rückwärts revidieren, sonst wird es niemals möglich sein, das auf die Dauer durchzuhalten. Von diesem Gesichtspunkt aus ist auch das zu bewerten, was der Kollege Thye und ich hier beantragt haben gestern, wofür wir leider nur eine ganz geringe Unterstützung gefunden haben. Es war gestern auch eine Versammlung in Nordenham — Herr Bürgermeister Lahmann ist wahrscheinlich auch als Ehrengast da gewesen — von dem Landeslehrerverein. Da hat man schon kolossal Zeter und Mordio geschrien, daß jetzt an die wohlverworbenen Rechte der Gehaltsempfänger herangegangen werden solle, und man hat gesagt, es müßten alle Kreise des Volkes die Lasten des verlorenen Krieges tragen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß diese Lasten des Krieges einseitig verteilt sind auf die Wirtschaft, auf die freien Berufe, und die übrigen Kreise, die Lohn- und Gehaltsempfänger, es verstanden haben, durch feste Organisationen sich von den Folgen des verlorenen Krieges frei zu machen. (Zurufe von links.) Ich stehe vor allem auch auf dem Standpunkt des Herrn Hartong, daß heute relativ zu hohe Löhne gezahlt werden, vor allen Dingen zu hohe Tariflöhne. Ebenso ist es natürlich mit den Gehaltsempfängern, und es wird die Zeit schon kommen, wo wir das nicht mehr können.

Mit erfreulicher Offenheit und Schärfe hat der Herr Finanzminister gestern die preußische Politik abgelehnt, die klar und eindeutig zum Ausdruck gekommen ist dadurch, daß von Preußen ein Antrag gestellt ist auf Streichung des § 35 des Reichsfinanzausgleichsgesetzes. Wir freuen uns, daß diese Ablehnung, die Oldenburg ebenso wie alle anderen Länder vertreten hat, daß die in den Ausführungen des Herrn Ministers klar und deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Preußen steht scheinbar auf dem Standpunkt: Und bist du nicht willig, dann brauch ich Gewalt! Und da müssen wir alle uns einig sein und sagen, diese Brutalität und Willkür von Preußen gegenüber den kleineren Ländern, die lassen wir uns nicht gefallen. In diesem Sinne ist auch wohl der Antrag vom Herrn Kollegen Wempe aufzufassen. Ich glaube, daß die Staatsregierung jedes Mittel anwenden wird, um gegen diese Vergewaltigung von Seiten Preußens zu protestieren, und da haben wir in Bayern einen Bundesgenossen. Die Frage der Reichsreform ist eine Frage, die mit aller Delikatesse behandelt werden muß, und es wäre außerordentlich zu bedauern, wenn das von Bismard auf den Schlachtfeldern von 1870/71 geschaffene einige Reich, wenn das durch neupreussische Regierungsmethoden zerschlagen würde. (Lebhafte Zurufe von links und aus der Mitte: Und Ihr

Antrag vom Vorjahr?) Ich bin guter Oldenburger und ich bin Föderalist; die Sache würde nur so zu machen sein, daß Preußen im Deutschen Reich aufginge. Aber Preußen will natürlich seine Vorherrschaft in Deutschland immer mehr befestigen und ausbauen, und diesen Weg können wir als Kleinstaat einfach nicht mitgehen. Wenn die Zusammenfassung in einer Zentrale vor sich gehen soll, dann muß sich auch Preußen gefallen lassen, daß es zerschlagen wird. Aber daran wird Preußen nicht herangehen, es will seine Vorherrschaft noch weiter ausbauen. — Das ist das Kapitel der Reichsreform, das außerordentlich vorsichtig angefaßt werden muß. Wir sprechen in Deutschland nicht nur von Reichsreform, sondern sprechen auch von Reichsfinanzreform, und wenn die Reichsfinanzreform kommt, muß natürlich auch eine Steuerreform kommen, vor allen Dingen ein Steuervereinheitlichungsgesetz. Das ist das dringendste Gebot der Stunde. Aber wir kommen nicht zu einer Steuvereinfachung, sondern immer mehr zu einer unerhörten Komplikation der Steuergesetzgebung. Auf allen möglichen Objekten ruht eine doppelte Besteuerung. Es ist von verschiedenen Seiten mit Recht gefordert, die Kraftfahrzeugsteuer abzubauen und dafür eine Betriebsstoffsteuer einzuführen. Diejenigen Wagen, die viel auf der Straße liegen und uns die Chausseen kaputt fahren, die sollen stärker herangezogen werden in Form einer Betriebsstoffsteuer. Man läßt aber die Kraftfahrzeugsteuer bestehen und will eine Benzolsteuer einführen; das ist dasselbe, das ist das Gegenteil von einer Steuervereinheitlichung. Die Benzolsteuer ist auch erwähnt. Oldenburg soll für den Ausfall, das ist uns im Ausschuß gesagt worden, dafür, daß die Ueberweisungen gekürzt werden, soll uns Ersatz geschaffen werden durch eine Biersteuer und eine Benzolsteuer, und das ist eine Doppelbesteuerung des Automobilbesitzers. (Abg. Lahmann: Die Milchwagen fahren am meisten kaputt.) Soll die Milch etwa mit Flugzeugen befördert werden? (Heiterkeit.)

Ueber den Wohnungsbau will ich hier nichts sagen, dazu wird bei der Beratung der Anlage 26 Gelegenheit sein, und ich habe nicht recht verstanden, daß der Herr Minister sich so außerordentlich viel schon damit beschäftigt hat. Alle anderen Redner haben sich dann ebenfalls intensiv damit beschäftigt. Das kommt bei der Anlage 26. Meine Herren, ein außerordentlich wichtiges Problem ist selbstverständlich das Erwerbslosenproblem. Wenn eine Wirtschaft darniederliegt, muß man mit einer größeren Zahl von Erwerbslosen rechnen, heute sind es drei Millionen. Das ist ein außerordentlich trauriger Zustand, und es müssen Wege gefunden werden, um dieses Problem energisch anzufassen. Es wäre sofort ein Weg gangbar gewesen, wenn das deutsche Volk vernünftig gewesen wäre und ein Arbeitsdienstjahr eingeführt hätte. (Lebhafte Zurufe von links.) Aber das paßt Ihnen nicht in den Kram,

das ist verkappter Militarismus, (Unruhe links.) das verstößt gegen die moderne Freiheit in Deutschland. (Andauernde Zurufe von links.) Dieser Weg wäre gangbar, Herr Jffland, lassen Sie sich das mal in einer ruhigen Stunde durch den Kopf gehen. Wir würden damit zur körperlichen Ertüchtigung der Jugend beitragen, sie an Ordnung und Disziplin gewöhnen, was unsere jungen Leute verdammt nötig haben, würden produktive Werte schaffen beim Straßenbau, Kultivierung des Dedlandes usw. (Andauernde Unruhe links.) Ich hoffe, daß auch Sie (nach links) nochmal zu der Ansicht kommen werden. (Zuruf Abg. Röver: Das haben wir schon lange angeregt.) (Lachen links.) Ein außerordentlich wichtiges Problem — und damit komme ich zu dem Gebiete der Schulen — ist der unerhörte Zudrang zu den höheren Schulen. Darüber sind wir uns alle klar, daß das ein absolut ungesunder und unhaltbarer Zustand ist. Aber niemand wagt einen gangbaren Weg zu weisen, wie diesem unhaltbaren Zustand begegnet werden kann. Ich habe gehört, daß z. B. in Delmenhorst nach Ostern drei Sexten eingerichtet werden müssen wegen des ungeheuren Zudrangs, das ist ein absolut ungesunder Zustand; wohin soll das führen bei der heutigen Ueberfüllung der akademischen Berufe? Es würde nur dadurch etwas zu machen sein, daß rationalisiert würde, daß von vornherein die höheren Schulen sich auf ein Mindestmaß von Schülern beschränken. Aber heute können wir im Gegenteil feststellen, daß alle höheren Schulen möglichst viele Schüler haben wollen. (Widerspruch.) Ich weiß das aus Beziehungen zu Studienräten (Große Heiterkeit.) (Abg. Nieberg: Haben Sie solche Beziehungen?) (Abg. Thye ruft: Schöne Beziehungen.) Alle Leiter von höheren Schulen sind bestrebt, möglichst viele Schüler zu haben, weil das nach außen einen guten Eindruck macht. Ist das nicht der Fall, dann wird natürlich der Maßstab, der angelegt wird in Bezug auf die geistige Fähigkeit, stark heruntergedrückt. Und ist die Schule nicht mehr gut besucht, kommt noch hinzu, daß es dann heißt, die Schule ist nicht mehr existenzberechtigt. Man sollte schon von vornherein bei den Aufnahmeprüfungen etwas schärfer sieben. Wie es in Delmenhorst ist, so ist es auch in anderen Schulen.

Meine Herren, es ist hier heute auch das Problem angeschnitten worden, ich glaube vom Herrn Kollegen Wempe, ob die Wirtschaft oder die soziale Frage den Vorrang hätte. Ich meine, eins ist ohne das andere nicht denkbar; ist die Wirtschaft in Ordnung, haben die Leute Arbeit und Brot und dann ist auch das soziale Problem gelöst. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß in den abgelaufenen 10 Jahren die Wirtschaft sehr erheblich zu kurz gekommen ist bei unserer Gesetzgebung in Regierung und Parlament, und so ist es auch zu erklären, daß neue Kräfte aufgestanden sind, die das Zutrauen zu dem Kurs verloren haben und zu

den bisherigen politischen Parteien. Wäre das Zutrauen zu den alten politischen Parteien nicht verloren gegangen, dann hätten wir keine Wirtschaftspartei, keine Landvolkpartei usw. In einer gutgehenden Wirtschaft wird auch die soziale Frage auf die Dauer gelöst werden können, aber nicht mit Unterstützungen. Mit solchen Mitteln kann man auf die Dauer die soziale Frage niemals lösen.

Es ist dann vor allem auch über das Volksschulwesen gesprochen worden, ich glaube auch von Herrn *Wempe*. Das Volksschulwesen ist selbstverständlich auch ein außerordentlich wichtiges Kapitel, und wir stehen auf dem Standpunkt, daß eine gute Volksschule unbedingt dem Volke erhalten bleiben muß. Aber es wäre wohl nicht nötig gewesen, im Hinblick auf die Volksschule, daß ausgerechnet die Volksschullehrer unbedingt akademische Universitätsbildung durchzumachen haben. Wir halten gerade diese Ausbildung auf den Universitäten für einen der schwersten Fehler, die in den Nachkriegsjahren gemacht worden sind. Ich will nicht einen Ausdruck hier gebrauchen, der von einem Mitglied dieses Hauses geprägt worden ist in Bezug auf die großstädtisch gebildeten Lehrer, aber etwas Wahrheit liegt darin. Unsere Lehrer, die auf das Land hinausgehen, müssen Land und Leute kennen, und die große Gefahr, daß das nicht der Fall sein wird, ist vorhanden, wenn die Landlehrer in der Großstadt demnächst ihre Ausbildung genießen. Es wäre besser, sie würden am Ort ihre Ausbildung erhalten. Ob das in einem pädagogischen Lehrgang oder sonstwie erfolgen soll, will ich nicht beurteilen. Viel lieber aber wären mir unsere alten Lehrerseminare, wie wir sie vor dem Kriege gehabt haben.

Dann die Frage der Oberschulkollegien, auch die muß ich wohl mit ein paar Worten streifen. (Abg. *Meyer* (Holte): Ach.) Jawohl, Herr *Meyer*. Herr *Schömer* hat das schon erwähnt in seinem Referat, und ich möchte auch sagen, daß auch für uns selbstverständlich es sich nur darum drehte, einen Weg zu finden, wo eine Verwaltungsvereinfachung in unserem oldenburgischen Schulwesen erzielt werden könnte, und um unsere Gedanken zum Ausdruck zu bringen, war der Verbesserungsantrag gestellt. Wir haben uns gesagt, wenn unter voller Wahrung der konfessionellen Belange ein Weg möglich ist, dann stimmen wir zu. Die Regierung hat jetzt erklärt, es gibt keinen Weg. Damit ist für uns die Frage geklärt. Wenn kein Weg übrig bleibt, stehen wir vollkommen auf dem Standpunkt der Regierung. Es ist uns von der Regierung gesagt worden, das ist nicht möglich; damit ist für uns die Frage geklärt. (Lebhafte Zurufe von links.) Es liegt mir vollkommen fern, da jemandem etwas anderes unterschieben zu wollen.

Herr *Wempe*, ich muß mich dann noch in einer anderen Sache mit Ihnen beschäftigen. Sie haben heute morgen eine Kundgebung in Alteneßch angeschnitten. Da hat, wie ich aus Zeitungsberichten

erfahren habe, eine geschichtliche Kundgebung stattgefunden als Erinnerung an den Freiheitskampf der Stedinger. Dabei sind verschiedene Ansprachen gehalten, u. a. auch von einem Hauptlehrer *Hoyer*, und er hat sich Entgleisungen erlaubt, die von jedem vernünftigen Menschen abgelehnt und verurteilt werden. Nun sollte man nicht so weit gehen, wie es aus den Worten von Herrn *Wempe* herausklang, für diese Entgleisung die gesamten Teilnehmer verantwortlich machen zu wollen (Zuruf aus der Mitte: Warum denn Ihr Beifall?) und vor allem nicht den protestantischen Norden die Sache in die Schuhe zu schieben. Wir legen das größte Gewicht darauf, daß zwischen dem Norden und Süden Frieden herrscht in konfessioneller Beziehung und wir freuen uns, daß es in den letzten zwei Jahren gelungen ist, auf diesem Wege Brücken zu schlagen und es wird Ihnen nicht gelingen, diese Brücke wieder abzubrechen.

Zu den einzelnen Fragen werden wir später unsere Stellung kundgeben, nur noch ein paar Worte zu dem Antrag 1, der die Anstellung weiblicher Assessoren betrifft. Da stehen wir klipp und klar auf dem Standpunkt, daß es ein Unding ist, wenn wir schon in Oldenburg 100 Referendare haben, nun auch noch weibliche Assessoren aufzunehmen in den Justizdienst. Das ist bei unseren oldenburgischen Verhältnissen unmöglich und ich kann mir nicht vorstellen, daß wir z. B. einen weiblichen Amtshauptmann anstellen könnten. Das würde nichts anderes als eine Karikatur in den Augen der Bevölkerung sein. Ich verstehe nicht, wie Sie sich (zum Zentrum) dazu entschließen konnten, diesem von links gestellten Antrag zuzustimmen.

Ich möchte zum Schluß meiner Ausführungen dem Herrn Finanzminister noch unsere Anerkennung aussprechen (Aha! links.), daß er mit strenger Sparsamkeit den Etat aufgestellt hat, und solange er diesen Weg weitergeht, wird er uns immer und stets an seiner Seite finden.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. *Lehmkuhl*.

Abg. Lehmkuhl: Ich möchte nur eine kurze Bemerkung zu Alteneßch machen. Es scheint, als wenn Herr Abg. *Wempe* nicht klar ist, was da gewesen ist. Nach Zeitungsmeldungen kann man eine solche Kundgebung nicht beurteilen; denn der ganze Gedanke in Alteneßch war nur der, wir wollen solche Trauertage wie bei Alteneßch im Jahre 1234, wo Deutsche sich gegenseitig die Schädel einschlugen, in Zukunft nicht mehr haben. Das Rom der Erbfeind ist, das glaube ich nicht. Der Deutsche hat nur einen Erbfeind, und das ist er selber.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. *Albers*.

Abg. Albers: Meine Herren! Ein paar Bemerkungen zu dem, was über den § 35 gesagt worden ist. Es ist hier Kritik an dem Vorgehen Preußens geübt worden, zunächst vom Herrn Fi-

nanzminister, und diese Kritik hat dann Unterstützung bei den einzelnen Rednern gefunden. Daher gestatten Sie mir, das dazu zu sagen, was mir notwendig erscheint, um Klarheit über die Motive des Antrags von Preußen zu schaffen. Es ist nicht so, daß Preußen diesen Antrag deswegen gestellt hat, um für sich etwas herauszuschlagen, sondern Preußen hat diesen Antrag gestellt im Interesse des Reichs. Das Reich mußte infolge der Neuverteilung der Younglasten neue Einnahmen haben und diesem Zwecke ist auch § 35 auf Antrag Preußens nutzbar gemacht. Es ist nicht so, wie es aus den Reden hier herausklang, als wenn Preußen unmittelbar Vorteil von dieser Regelung hat. Das Mehr, was gespart wird, kommt dem Reiche zugute. Im übrigen gehen aus den Ausführungen des Reichsrats-Berichtstatters ganz deutlich die Motive hervor. Ich will von vorn herein sagen, meine Herren, daß man auch diese Angelegenheit nicht nur vom Standpunkt Oldenburgs aus beurteilen kann, sondern es ist hier ähnlich so wie bei dem Finanzausgleich. Auch da kann man das Urteil nicht nur abstellen auf die Wünsche von einigen Gemeinden oder Städten, sondern man muß die Verhältnisse insgesamt berücksichtigen. Und so ist es auch bei dem § 35. Der Berichtstatter hat ausdrücklich angeführt, daß vor allen Dingen jetzt nach Verteilung der neuen Lasten es keinen Bürger mehr in Deutschland geben sollte, der dazu nicht unmittelbar auf dem Wege direkter Steuern beitrage. Und weiter ist gesagt worden, für die Aenderung des § 35, daß das Reich zum mindesten etwas Verwaltungskosten erstattet haben müsse für die Veranlagung und Erhebung der Steuern. Das sind die Motive in der Hauptsache gewesen, die von dem an sich neutralen Berichtstatter im Reichsrat geltend gemacht sind. — Meine Herren, es ist selbstverständlich, daß wir, solange wir als Land selbständig sind, das größte Interesse an dem § 35 haben. Das ist ganz selbstverständlich. Aber meine Herren, ob die Haltung der oldenburgischen Regierung glücklich gewesen ist bei der Vertretung der Ablehnung der Aenderungsanträge zum § 35, das scheint mir einigermaßen zweifelhaft zu sein. Die oldenburgische Regierung hat damit ihre Haltung begründet, daß sie gesagt hat, es müßten in dieser Notzeit alle Länder füreinandereintreten, sie müßten sich gegenseitig unterstützen, der Stärkere solle für den Schwächeren eintreten. So ist, wie gesagt, die Stellung Oldenburgs zu dem § 35 begründet worden. Nun meine Herren, haben Sie aber von der Regierung kurz vorher einen Schriftsatz an die Reichsregierung gelangen lassen, in dem es folgendermassen heißt, und zwar wörtlich — ich nehme an, daß ich die Stellen verlesen darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten:

„Oldenburg zerfällt in drei Landesteile, die nach der oldenburgischen Verfassung eine völlig getrennte Finanzwirtschaft haben. Jeder Lan-

desteil hat seinen eigenen Haushalt. Ein Einspringen des einen Landesteils für den anderen ist nicht angängig.

Während also die oldenburgische Regierung einmal sagt, daß im Reich die einzelnen Länder sich gegenseitig helfen müßten, wird dies für Oldenburg hinsichtlich seiner drei Landesteile verneint. Als der preußische Reichsratsvertreter auf diesen Widerspruch hingewiesen hat im Reichsrat, hat Herr Staatsrat Ahlhorn sich damit entschuldigt, daß er gemäß der Instruktion seiner Regierung gehandelt habe und man ihm das hier nicht weiter zum Vorwurf machen könne. (Zuruf Abgeordneter Hartong: Sind Sie der Anwalt des Reichs gegen Oldenburg?) Nein, Herr Abg. Hartong, Sie dürften auch gehört haben, daß ich gesagt habe, daß wir selbstverständlich, solange wir hier selbständig sind, alles Interesse daran haben, den § 35 beizubehalten und möglichst viel Nutzen aus ihm zu ziehen. Ich sage jetzt aber, Herr Abg. Hartong, daß mir die Taktik der oldenburgischen Regierung im Reichsrat für die Beibehaltung der jetzigen Form des § 35 nicht ganz glücklich gewesen zu sein scheint. Ebenso muß sich der Herr Finanzminister darüber klar sein, wenn er wiederholt im oldenburgischen Landtage Hinweise darüber bringt, daß in Oldenburg die Steuern erheblich niedriger sind als in Preußen, daß das selbstverständlich auch in Preußen bekannt wird, und daß Preußen selbstverständlich für seine Einstellung zu dem § 35 und gegenüber Oldenburg gewisse Folgerungen daraus zieht. Ich meine, daß man in dieser Frage vorsichtig vorgehen muß, auch weil wir den Wunsch haben, daß wir noch möglichst lange aus dem § 35 für Oldenburg Nutzen ziehen können. Ich darf dann gleichzeitig zu dem Antrag 1 des Voranschlagsberichts einiges sagen. Es handelt sich da um die Anstellung weiblicher Juristen im Oldenburgischen Justizdienst. Da darf ich einiges zunächst zum Bericht bemerken. Nach diesem Bericht hat der Regierungsvertreter ausgeführt, daß in Preußen bisher nur zwei Richterinnen beschäftigt werden. Dabei ist wohl übersehen worden, daß in Preußen eine ganze Anzahl weiblicher Assessoren beschäftigt ist. Die Zahl ist deswegen besonders groß, weil die Wartezeit 5—6 Jahre dauert. Die Anstellung weiblicher Juristen beschränkt sich also nicht auf die Beschäftigung von zwei Richterinnen, darüber hinaus ist noch eine ganze Anzahl von weiblichen Assessoren beschäftigt. Und weiter ist gesagt, daß wir mit Rücksicht auf die Kleinheit unserer Gerichte nicht die Gelegenheit hätten, weibliche Richter anzustellen. Ich darf aber darauf aufmerksam machen, daß wir auch in Oldenburg einige Gerichte haben, die doch immerhin eine ansehnliche Größe haben. Wir haben ein Landgericht mit 12 Richtern, und ein Amtsgerichts mit 6 Richtern. Amtsgerichte, die nur einen Richter haben, sind nur in Friesonthe, Elsfleth, Brate und Wildeshausen. Wir haben also

eine Anzahl von Gerichten, die größer sind und wo an sich die Beschäftigung weiblicher Richter möglich wäre. (Zuruf von rechts.) Noch etwas dann zum Schluß des Berichts; da steht, daß den weiblichen Assessoren schon bei ihrem Eintritt in den Vorbereitungsdienst mitgeteilt worden sei, daß schwerlich die Möglichkeit einer Anstellung bestehe. Die beteiligte Assessorin sagt, daß eine solche Mitteilung an sie nicht gelangt sei, sie weiß von einer solchen Mitteilung nichts. Im übrigen ist diese Dame, um die es sich handelt, schon neun Monate selbständig beschäftigt gewesen und wie man auch von anderen Stellen hört, sogar mit außerordentlichem Erfolg, sodaß an sich auch gar kein Anlaß vorlag, sie abzulehnen. — Meine Herren, dann noch etwas allgemeines hierzu. Auch Herr Abg. Ad d i c s hat eben hier die Anstellung weiblicher Juristen abgelehnt. Es scheint mir, daß er sowohl wie der Bericht übersehen, daß wir ein Reichsgesetz über die Zulassung der Frauen zu den Ämtern und Berufen haben, in dem ausdrücklich gesagt ist, daß die Fähigkeit zum Richteramt auch von Frauen erworben werden kann. (Zuruf Abg. Hartong: Das steht im Bericht.) Im Bericht steht nicht, daß dieses Reichsgesetz in den Ausschlußberatungen erwähnt worden ist. (Abg. Hartong: Es ist das Reichsgesetz mit zwei Paragraphen zitiert, Herr Abg. Albers.) Das ist nicht richtig. Im übrigen handelt es sich hier nicht nur um dieses Gesetz, sondern auch um die Reichsverfassung. Nach beiden Festlegungen sind wir der Meinung, daß die weiblichen Juristen genau so zu behandeln sind, wie ihre männlichen Kollegen, weswegen wir Sie bitten möchten, dem Antrage 1 des Berichts zuzustimmen.

Präsident: Das Wort hat Herr Minister Dr. Willers.

Minister Dr. Willers: Meine Herren! Herr Abg. Rö d e r hat behauptet, daß die Staatsregierung eine Steuererhöhung einbringe, um demnächst falls eine Realsteuer-Senkung kommen sollte, dann nicht so viel senken zu brauchen. Das ist nicht richtig. Zunächst gilt die Hauszinssteuer nicht als Realsteuer im Sinne des Gesetzes und ferner beabsichtigt doch gerade die Reichsregierung, das Steuervereinheitlichungsgesetz als Bestandteil der Finanzreform zu bringen, und dieses Steuervereinheitlichungsgesetz sieht die Höhe der preussischen Hauszinssteuer als Zwang an. Die Hauszinssteuer wird also demnächst noch höher werden, wenn das Steuervereinheitlichungsgesetz kommen sollte. — Sodann hat Herr Abg. Rö d e r von der Amtskasse in Westerstede gesprochen. Meine Herren, die Vorkommnisse sind außerordentlich bedauerlich. Der schwerste Vorwurf, der gemacht wird, ist der, daß von der Amtskasse in Westerstede Steuern doppelt eingefordert worden sind. Der Vorwurf ist unzutreffend. Es ist kein Betrag, der bei der Amtskasse eingegangen ist, oder der der Amtskasse über-

wiesen ist, doppelt eingefordert. Das aber ist behauptet. Meine Herren, es ist Unordnung da gewesen; sie ist dadurch entstanden, daß zwei Amtsbotengehilfen Unterschlagungen begangen haben. Der eine hat sich das Leben genommen und gegen den anderen ist ein Strafverfahren eingeleitet. Dafür, daß so etwas vorkommt, kann man nicht immer aufpassen. Aber das ist ein Beweis dafür, daß wir den Amtsboten nicht allgemein die Annahme von Geldern anvertrauen können. Ich will damit nicht der großen Zahl der Amtsbotengehilfen, die durchaus ehrlich ist, zu nahe treten; aber die Amtsbotengehilfen wechseln häufig, und so kann es auch vorkommen, daß einmal ein nicht ganz zuverlässiger Amtsbotengehilfen angenommen wird. Der Amtseinnehmer, der diese Zustände zu verantworten hat, ist seit mehr als einem Jahre außer Dienst. Er war zwar ein fleißiger, ehrlicher Mann, aber er war den Aufgaben einer Amtskasse leider nicht gewachsen. Im übrigen hat die Amtskasse berichtet, daß sie glaubt, daß bis zum 1. Juli d. Js. die Rückstände ganz erheblich aufgearbeitet, und daß noch im Laufe dieses Jahres die Mängel ganz beseitigt sein werden.

Der Abgeordnete Albers hat betont, daß Preußen die Einschränkung des § 35 des Finanzausgleichsgesetzes wolle, um dem Reiche die Kasse zu füllen, das Defizit des Reiches vermindern zu helfen. Das ist sicher nicht der Fall. Gerade der Vertreter Preußens hat bei der Begründung des Antrages in der Reichsratsitzung obenangestellt, dieser Antrag Preußens wäre der Startschuß zur Reichsreform. Dagegen wenden wir uns mit allen Mitteln. Das kann auch vom Landtag nicht beschönigt werden. Preußen hat keine Vorteile von der Beseitigung des § 35. Wenn man Vorteile hat und will sie erkämpfen, dann kann man nichts dagegen haben; aber wenn man keine Vorteile hat und nur anderen Schaden will, dann ist das nicht zu verstehen. Unser Reichsratsbevollmächtigter hat auch im Reichsrat nicht gesagt: Der Stärkere muß dem Schwächeren helfen. (Zuruf: Das hat er doch gesagt). Das hat er nicht gesagt, diese Idee hat der Staatssekretär W e i ß m a n n in den Reichsrat hineingetragen, aber nicht unser Gesandter. Es ist auch nicht richtig, daß, wenn wir im Landtag von unseren niedrigeren Steuern sprechen, dies bedenklich ist, weil das Reich davon erfahren könnte. Unser Voranschlag geht in jedem Jahre nach Berlin. Die Reichsregierung braucht nur hineinzusehen, und sie weiß dann ganz genau Bescheid. Ebenso gehen jährlich finanzstatistische Mitteilungen nach Berlin. Sie brauchen deswegen keine Bedenken zu haben, Sie können sich ruhig aussprechen, deswegen tritt kein Schaden ein. Wodurch Schaden eintritt, sind andere Dinge. Insbesondere haben wir erheblichen Schaden erlitten durch die Indiskreten in der Bar-matangelegenheit. Dadurch haben wir erheblichen Schaden gehabt. Noch in den letzten Tagen habe

ich gehört, daß der Schaden sehr groß gewesen ist.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Sante.

Abg. Sante: Meine Herren! Bei Beurteilung der Stellungnahme der Regierung zu dem Antrage Preußens stehe ich auf einem anderen Standpunkt als der Abg. Albers. Ich kann mir die Rede des Herrn Röver über das Zentrum nur dadurch erklären, daß Herr Röver Herrn Wempe vollkommen mißverstanden hat; sonst wäre es unmöglich, etwas derartiges zu sagen. Ueber Herrn Addiks habe ich mich gefreut, weil er ausführte, daß man in der Behandlung der Frage der Reichsreform sehr vorsichtig sein müsse. Das ist der Standpunkt, den das Zentrum schon lange vertreten hat. Vor einigen Jahren wollte der Abg. Addiks noch einen Austausch zwischen den Landesteilen vornehmen. Ich nehme an, daß er einen derartigen Schritt heute nicht mehr machen will.

Dann einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Schömer. Wir sind der Meinung, daß die Sozialdemokratie nicht gut daran getan hat, aus der Reichsregierung auszuscheiden. Wir meinen auch, daß man dem neuen Kabinett Dr. Brüning nicht den Vorwurf machen kann, daß es die Absicht hat, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung abzubauen. (Zwischenruf: Abwarten). Wir sehen die Dinge wesentlich anders als Herr Abg. Schömer sie ansieht. Die Arbeitslosigkeit wirkt sich heute sehr stark aus, besonders für die älteren Arbeitnehmer und Angestellten. Ich möchte darum bitten, dafür zu sorgen, daß bei freien Stellen im Staatsdienst in erster Linie auf ältere verheiratete Angestellte zurückgegriffen wird. Ich habe den Eindruck, daß es trotz der wiederholten Mahnungen des Ministeriums noch staatliche Stellen gibt, die sich um diese Sache nicht genügend kümmern. Daß die Bestimmungen über die Einstellung älterer Angestellte in Einzelfällen zu Schwierigkeiten führen können, will ich zugeben. Aber meine Herren, ich bitte, zu bedenken, daß die gesetzlichen Maßnahmen zu Gunsten der älteren Angestellten erst dann ergriffen sind, nachdem es auf freiwilligem Wege nicht möglich war, die älteren Angestellten unterzubringen. Ich erinnere daran, daß eine große kaufmännische Angestelltenorganisation, der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband in großen Bezirken Deutschlands den Versuch gemacht hat, ältere Angestellte in Betrieben unterzubringen und ich glaube, habe später gelesen, daß sie in allen Fällen die Einstellung der älteren Angestellten abgelehnt wurde. Wenn es so ist, wenn alle freiwilligen Maßnahmen nicht mehr zum Ziele führen, dann gibt es m. H. nichts anderes, als dem Gesetzgeber zu sagen: Komm und hilf. Wenn man von der Arbeitslosigkeit spricht und auch von der Arbeitslosigkeit in unserem Lande, dann möchte ich noch erwähnen, daß vor einigen Tagen in Oldenburg das Gerücht verbreitet

wurde, daß die Eisenbahnwerkstätten geschlossen werden sollten. Das hat eine begreifliche Erregung in den Kreisen der Menschen herbeigeführt, die dort z. T. schon seit langen Jahren beschäftigt sind. Ich habe mich gefreut, zu hören, daß diese Aufregung unberechtigt war, daß nach den neuen Erklärungen, die in der Presse abgegeben wurden, die Gefahr der Schließung der Eisenbahnwerkstätten nicht besteht. Aber, wenn man in den Zeitungen lesen kann, daß in den verschiedensten Bezirken des Reiches Eisenbahnwerkstätten geschlossen bzw. eingeschränkt werden, so möchte ich doch die Regierung bitten, darauf hinzuwirken, daß Oldenburg vor einer derartigen Maßnahme bewahrt bleibt. Ich weiß, daß die Regierung nur eine verhältnismäßig geringe Möglichkeit der Einwirkung hat. Aber wenn man bedenkt, daß 400 Leute in der Werkstatt arbeiten, dann kann man sich denken, was es für eine schwere wirtschaftliche Schädigung bedeuten würde, wenn dieser große Betrieb geschlossen oder die Belegschaft verringert werden sollte. Darum möchte ich die Regierung bitten, die Augen offen zu halten, damit Oldenburg vor dieser Schädigung bewahrt bleibt. Ich habe den Eindruck, daß die Maßnahmen der Reichsbahnverwaltung nicht immer die richtigen sind. Es wird in den Kreisen des Eisenbahnpersonals die Meinung vertreten, daß man bei aller Hochachtung von den sportlichen Bestrebungen etwas weniger tun könnte auf dem Gebiete der Pflege des Sportes und mehr auf dem Gebiete der Sorge für die Reichsbahnbediensteten. Durch üzung der Ausgaben für Sport und ähnliche Zwecke könnte man vielleicht eine größere Anzahl von Leuten in Arbeit halten, die man nach Ansicht der Reichsbahn jetzt entlassen will. (Zurufe.) Ich habe meine Ansicht gesagt, wie sie mir von Reichsbahnbediensteten übermittelt worden ist und möchte die Regierung bitten, darauf zu achten. — Ich möchte sodann hoffen, daß es durch die Notstandsarbeiten möglich ist, möglichst viele Arbeitslose zu beschäftigen.

Zum Wohnungsbau noch einige Worte. Ich glaube nicht, daß Oldenburg es sich als einiges deutsches Land erlauben kann, in diesem Jahre auf die staatliche Förderung des Wohnungsbaues zu verzichten.

Zum Schluß möchte ich die Staatsregierung auf eine Gefahr hinweisen, die darin besteht, daß auf dem Gebiete der Kriegsoferversorgung nach meinem Dafürhalten falsche Sparmaßnahmen ergriffen werden sollen. Eine solche soll darin bestehen, daß man die Zahl der Versorgungsgerichte verringern will. Ich glaube, daß man auf dem Gebiete der Kriegsoferversorgung Sparmaßnahmen nicht durchführen sollte. Wenn es doch dahin kommen sollte, dann wird für Oldenburg die Gefahr bestehen, daß unser Versorgungsgericht aufgehoben wird. Mit Rücksicht darauf, daß unsere Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen erhebliches Gewicht darauf legen

müssen, daß das Versorgungsgericht in Oldenburg bleibt, möchte ich die Regierung bitten, frühzeitig darauf hinzuwirken, daß das Gericht in Oldenburg bleibt. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß bis zum 1. April schon 375 neue Berufungen beim Versorgungsgericht in Oldenburg eingegangen sind. Das ist eine um $\frac{1}{3}$ höhere Zahl als 1923. Daraus dürfte hervorgehen, welches große Interesse wir an der Aufrechterhaltung des Gerichtes haben. Wenn das Gericht aufgehoben werden sollte, dann wird es ähnlich so kommen wie beim Landesarbeitsamt. Man hat zunächst gesagt, daß es nach Bremen kommen werde und daß die für Oldenburg entstehenden Schwierigkeiten nicht so groß sein würden. Schließlich aber hat Hannover das Landesarbeitsamt bekommen. Wenn es bezüglich des Versorgungsgerichtes auch so werden sollte, dann würde sehr viel Geld für die Vertretungen aufgewandt werden müssen. Das wäre eine sehr wesentliche Erschwerung. Ich meine, wir müssen Wert darauf legen, daß die Einrichtungen, die Oldenburg als einem selbständigen Staate zukommen, auch aufrecht erhalten werden. Aus diesem Grunde und mit Rücksicht auf die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen möchte ich bitten, darauf hinzuwirken, daß das Versorgungsgericht in Oldenburg bleibt. —

Präsident: Das Wort hat Herr Minister Dr. Driver.

Minister Dr. Driver: Meine Herren! Einige Worte auf das, was Herr Abg. Sante wegen der Eisenbahnwerkstätten vorgetragen hat. Als das Gerücht mir zu Ohren kam, daß die Eisenbahnwerkstätten aufgehoben werden sollten, habe ich mich sofort an die zuständige Stelle gewandt und die Auskunft erhalten, daß ihr nichts von der Absicht, die Eisenbahnwerkstätten aufzuheben, bekannt sei. Sie glaube auch nicht daran, denn es seien nach dem Brand von vor 2 Jahren die Hallen in vergrößertem Umfange wieder aufgebaut, es sei sehr viel Geld hineingesteckt worden. Die Eisenbahndirektion könne sich nicht denken, daß man das getan haben würde, wenn man die Absicht hätte, die Eisenbahnwerkstätten aufzuheben. Ich sage das, damit es in der Öffentlichkeit beruhigend wirkt. Wir werden selbstverständlich wie bisher allen solchen Gerüchten nachgehen und die Augen offen halten.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hartong.

Abg. Hartong: Meine Herren! Ich möchte einiges zu den Ausführungen des Herrn Abg. Albers sagen. Sie sind mir größtenteils unverständlich geblieben. Herr Albers gibt zu, daß Preußen von der Aufhebung oder Aenderung des § 35 keine Vorteile gehabt hat. Also muß Preußen doch aus anderen und gerade den anfechtbaren Gründen die Abänderung gefordert haben. (Zu-

ruf Albers: Ich habe den Grund genannt.) Ich muß gestehen, daß ich keinerlei Verständnis dafür habe, daß der Herr oldenburgische Abgeordnete Albers hier im oldenburgischen Landtage die Geschäfte Preußens gegen Oldenburg besorgt. (Zuruf Albers: Das ist eine falsche Darstellung.) Entschuldigen Sie, nein. (Zuruf Albers: Das ist eine Unterschiebung, die unerhört ist.) Ich spreche das aus, was ein großer Teil des Hauses aus Ihren Ausführungen deutlich herausgehört hat. Es ist nicht das erste Mal, daß Sie sich gerade in dieser Frage vergaloppieren, allerdings so erheblich, wie heute, bisher noch nicht. (Zuruf Albers: Das überlassen Sie mir.) Ich überlasse das Ihnen, behalte mir nur vor, das, was Sie tun, hier zu kritisieren, das überlassen Sie bitte dann auch mir. (Zuruf Albers: Die Darstellung ist unrichtig.) Herr Albers, wenn Sie sagen, daß es unrichtige Darstellungen sind, dann wissen Sie auch in dieser Beziehung nicht, was Sie reden; genau so, wie Sie meinen Bericht bezüglich der weiblichen Assessoren kritisiert haben. (Zuruf: Sie haben sich verhöhrt.) Sie haben gesagt: Ich vermissen im Bericht dieses und das, dann habe ich mich da wohl auch verhöhrt, mit mir hat sich dann aber auch das ganze Haus verhöhrt, nur Sie nicht. Sie haben gesagt, daß Sie die Ausführungen über die preußischen Assessorinnen vermissen. Im Bericht ist gesagt, daß zwei Richterinnen angestellt sind. (Zuruf Albers: Das richtete sich nicht gegen den Bericht, sondern gegen die Regierung.) Sie haben den Bericht genannt. Ich bemerke, daß diese Angelegenheit im Ausschuß besonders sorgfältig behandelt, sehr eingehend geprüft und einhellig als richtige Darstellung gebilligt worden ist. In der Einleitung der Ausführungen ist ausdrücklich auf die von Ihnen vermißten Angelegenheiten eingegangen und ausdrücklich Artikel 109 der Reichsverfassung wie Artikel 128 der Reichsverfassung zitiert. Auch das hatten Sie im Bericht vermißt. (Zuruf Albers: Ich habe von dem Reichsgesetz gesprochen.) Für unsere Unterhaltung ist die Reichsverfassung maßgebend und im übrigen die oldenburgische Gesetzgebung. Zu der Sache der weiblichen Assessoren kann ich mich kurz fassen. Die Regierung hat ausdrücklich erklärt, daß ihre Stellungnahme keine grundsätzliche Ablehnung bedeute, sondern daß Oldenburg als kleines Land die Erfahrungen anderer größerer Länder abwarten müsse. Durch diese Stellungnahme braucht sich niemand in seinen Rechten geschmälert zu fühlen, auch die Frau nicht. Ich bin der Auffassung, daß auch die hier Beteiligten, wenn ihnen bei Beginn der Vorbereitungszeit gesagt worden ist, sie hätten auf Anstellung nicht zu rechnen, nicht benachteiligt werden. (Zwischenruf.) — Ich verlasse mich hier auf das, was der Regierungsvertreter im Ausschuß klipp und klar erklärt hat. — Ich bitte Sie, was soll denn passieren, wenn dieser Antrag angenommen

wird und die Damen nun irgendwo als Assessoren beschäftigt werden und nachher effektiv eine Stelle nicht zu finden ist? Dann könnten Sie sich mit Recht beschweren über die verlorene Zeit. Warten wir doch ruhig die Entwicklung ab. Es ist doch auch vielfach eine Frage der Auffassung im Volke selbst, ob die Tätigkeit der Frau im öffentlichen Amt den nötigen Resonanzboden hat. Da muß auch die Bevölkerung sich erst an neue Verhältnisse gewöhnen. Ich will garnicht gegen die Einstellung von weiblichen Richtern und Assessoren reden, auch die Regierung hat das ja grundsätzlich nicht getan. Warten wir aber doch ruhig die Entwicklung der Dinge ab. Ich glaube, es wird jedem sein Recht werden. Ich habe übrigens den Eindruck, meine Herren, nehmen Sie mir das nicht übel, als wenn die wenigsten von Ihnen diese Frage nach dem Frauenrecht beurteilen, sondern mit Rücksicht auf das Frauenwahlrecht. Man hat Sorge, daß die weibliche Wählerstimme gefährdet wird.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Röver.

Abg. Röver: Ich möchte nur kurz einige Ausführungen machen. Herr Sante meinte, ich hätte Herrn Wempe falsch verstanden. Nein, es ist umgekehrt, Herr Wempe mag sich falsch ausgedrückt haben. Herr Wempe spricht von den Pflichten aus dem verlorenen Kriege. Die Anerkennung von Pflichten aus dem verlorenen Kriege ist nichts anderes als die Anerkennung der Kriegsschuld. Die Beweisführung liegt klar darin, daß gerade Ihr Herr Raas ausführte, nicht einmal, sondern oft: Wir werden die Younggesetze nicht annehmen, wenn nicht auch das Saargebiet frei wird. Das Saargebiet ist nicht frei geworden und doch sind die Younggesetze angenommen. Herr Wempe, es ist schon so, die Pflichten des verlorenen Krieges liegen verankert in der Annahme der Gesetze zu dieser Verklavung. Das machen wir nicht mit. Deshalb lege ich Wert darauf, zu betonen, daß wir die Kriegsschuld nicht anerkennen und all das, was danach gekommen ist.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Albers.

Abg. Albers: Meine Herren: Ich muß auf die Ausführungen des Herrn Abg. Hartong zur Frage der Einstellung weiblicher Juristen einiges erwidern. Ich muß sagen, daß es mir nicht richtig zu sein scheint, die Frage so oder so parteipolitisch zu entscheiden. Die Frage ist zu wichtig, und von zu großer grundsätzlicher Bedeutung, als daß man mit solchen Bemerkungen sie abtun kann. Im übrigen habe ich vorhin nicht von der Reichsverfassung gesprochen, sondern habe auf das Reichsgesetz vom 11. Juni 1922 verwiesen. Ich habe gesagt, daß dieses Gesetz anscheinend im Bericht keine Berücksichtigung gefunden hätte. Ich meinte damit nicht den Berichtstatter, ich meinte die Regierung, denn ich weiß, daß der Berichtstatter die Ausführungen

der Regierung wiedergibt. Im übrigen war Ihre Bemerkung insoweit nicht ganz richtig, als Sie meinten, ich hätte den Bericht nicht richtig gelesen. Es ist so, daß wir uns nicht richtig verstanden haben.

Zu dem § 35 möchte ich noch folgendes sagen: Ich weiß nicht, wie hier ein Mitglied des Hauses aufstehen und sagen kann, daß ich hier die Interessen Preußens vertreten hätte, wie man meine Ausführungen unverständlich finden kann. Ich habe eingangs gesagt, daß auch wir und ich persönlich den § 35 aufrecht erhalten wollen, daß wir alles tun müssen, um diesen § 35 weiterhin möglichst vorteilhaft für Oldenburg zu gestalten, daß wir aber einige Bedenken gehabt haben hinsichtlich der Art der Taktik, mit der man den § 35 in der jetzigen Form verteidigt hat. Da habe ich das gesagt, was meines Erachtens in diesem Hause anlässlich der Beratung dieser Angelegenheit notwendig war zu sagen. Die Regierung hat darauf erwidert, wenn auch nur in kurzer und sehr dürftiger Form. Auf die eigentlichen Gründe, die ich genannt habe, ist der Finanzminister nicht eingegangen. Es ist auch richtig, daß die oldenburgische Auffassung so begründet worden ist, wie ich es gesagt habe, daß die größeren Länder für die schwächeren eintreten müßten. Das ist die Begründung, die gegeben worden ist. Es ist auch nicht richtig, daß ich etwa hier Gründe angeführt hätte dafür, daß das richtig ist, was Preußen gemacht hat. Ich habe ausgeführt, aus welchen Gründen — ich will, da Sie davon gesprochen haben, daß damit kleinere Länder abgewürgt werden sollten, Ihren Ausführungen Rechnung tragen und sagen, aus welchen weiteren Gründen Preußen den Antrag gestellt hat. Das ist von dem Berichtstatter im Reichsrat angeführt worden. Dieser Berichtstatter ist nicht von Preußen gestellt, sondern vom Reichsrat. Dessen Ausführungen habe ich wiedergegeben und sie sind so, wie ich gesagt habe. Ich weiß nicht, Herr Hartong, wie Sie hier derartige Unterstellungen machen konnten. Ich nehme an, daß gewisse Auffassungen oder Anschauungen, wie ich sie vertreten habe, von Ihnen nicht ganz richtig gehört oder anders aufgefaßt worden sind. Sonst kann ich mir nicht denken, wie Sie mir einen derartigen Vorwurf machen konnten. (Zuruf Hartong: Wenn Sie vorhin so geredet hätten wie jetzt, wäre es nicht nötig gewesen.) Ich glaube, daß zum mindesten ein Teil der Schuld bei Ihnen liegt. Ich weise den Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurück. Der Vorwurf ist unberechtigt. Im übrigen möchte ich mit Ihnen nicht darüber streiten, wer sich hier vergaloppiert.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Freerichs.

Abg. Freerichs: Meine Herren! Ich hatte nicht die Absicht, zu all den hier angeschnittenen Fragen etwas zu sagen. Aber wie es manchmal geht,

wird man selbst guten Vorsätzen untreu, ob mit Recht oder nicht, will ich dahingestellt sein lassen. Zunächst muß ich einiges sagen zu dem vielumstrittenen § 35, selbst wenn man mir den gleichen Vorwurf machen sollte, der vorhin von Herrn Abg. Hartong, Herrn Albers gemacht ist, so werde ich das nicht entfernt so tragisch nehmen, wie Herr Albers es getan hat. Wir wollen es klar und deutlich sagen, meine Herren. Wenn ich gestern und heute morgen die Reden der Herren Minister gehört habe, die Attaden gegen Preußen, wenn ich weiter gehört habe, was sonst noch von verschiedenen Seiten zu dieser Frage gesagt ist, so ist mir ganz von ungefähr wieder eingefallen, was Heinrich Heine an einer Stelle über Goethe geschrieben hat. (Zuruf: Ich bin gespannt.) Ich nehme an, daß dieses Interesse Goethe gelten soll, nicht mir. Heinrich Heine hat geschrieben: „Dieser geistige Riese war Minister in einem deutschen Zwergstaat.“ Meine Herren, ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, als ob in verschiedenen deutschen Zwergstaaten noch eine ganze Anzahl geistiger Riesen sich bemühen, die Entwicklung aufzuhalten und zurückzudrehen. (Zuruf: Auf wen wollen Sie das beziehen?) Ich stelle jedem hier im Hause vollständig frei, wer es auf sich beziehen will. Meine Herren, es haben mir mancherlei Leute auch aus Ihrem Lager (nach rechts deutend), die ich nicht gering schätze, ganz offen gesagt: „Ja, warum nicht, daß die Entwicklung zum Einheitsstaat läuft, sehen auch wir ein. Aber warum sollen gerade wir in unserem Staate die ersten sein“, die den Anschluß suchen. Daß auch in Ihren Kreisen Leute sind, die durchaus nicht die dümmsten und unfähigsten sind, die einsehen, daß die Entwicklung zum unitaren Staat führen wird, ist nicht zu bestreiten. (Zuruf Hartong: Das habe ich auch nicht getan.) Alles in der Welt ist wohl nur eine Tempofrage, wenigstens sehr vieles. Es kommt darauf an, ob man mit Schaden oder Nutzen das Tempo der Dinge beschleunigt oder es zu verringern sucht. Es ist einfach so, daß Sie ganz genau wissen, daß Sie diesen kleinen Staat beherrschen, (Zuruf Hartong: Wir rechts leider nicht.) und bei uns liegt es so, daß wir klar sehen, wo wir doch, wie Herr Schömer schon sagte, $\frac{1}{3}$ der Bevölkerung vertreten, daß unsere Wünsche vollständig unbeachtet bleiben, und daß Sie daher von uns nicht verlangen und erwarten dürfen, daß wir ein brennendes Interesse an der Aufrechterhaltung des kleinen Staates haben. (Zuruf Hartong: Ihre Wünsche sind weitgehend berücksichtigt worden.) Wir sind anderer Meinung und können das leider nicht sagen. (Zuruf Hartong: Sie können aber die Richtigkeit Ihrer Behauptungen nicht beweisen.) Sie können die Richtigkeit Ihrer Behauptungen ebenfalls nicht beweisen. (Zuruf Hartong: Das ist schon ein sehr gutes Zugeständnis Ihrerseits.) Ich glaube, Herr Hartong, es ist nicht immer gut,

wenn man nur negativ hört, man sollte auch ab und zu positiv hören. Wir werden uns so leicht darüber nicht einig werden. Ich wäre zufrieden, wenn es im Ernst gesprochen auch an anderen Stellen möglich wäre. (Zuruf Hartong: Das ist schon verschiedentlich der Fall gewesen.) Dann mag es so gewesen sein, daß wir beide manchmal recht friedlich waren. (Hartong: Das kommt vor.) Ich fasse das durchaus nicht so auf, als wenn ich mich dessen zu schämen hätte. (Zuruf Hartong: Und ich auch nicht.) Aber es ist doch so, Herr Hartong, Sie haben einige Ausführungen gemacht über die Frage des Wohnungsbaus und des Erwerbslosenproblems, die nicht unwidersprochen bleiben können. Wenn Sie gesagt haben, es sei eine fixe Idee, die Förderung des Wohnungsbaues durch den Staat zu betreiben, dann muß ich sagen, es scheint umgekehrt ebenfalls eine fixe Idee auf verschiedenen Seiten zu sein, wenn man glaubt, man könnte heute schon die Förderung des Wohnungsbaues lediglich der privaten Initiative überlassen. (Zuruf Hartong: Das habe ich nicht gesagt.) Nein, Sie haben gefordert, daß Gemeinden und Wohnungsbaugenossenschaften zusammenwirken sollten, aber Sie wissen so gut wie ich, daß die Verhältnisse auf dem Geldmarkte heute so liegen, daß die Gelder für den Wohnungsbau nicht zu beschaffen sind, so, daß eine Förderung, wie sie Ihnen vorschwebt, nicht möglich ist. (Zuruf Hartong: Ich brächte es fertig.) Sie müssen gestatten, daß ich Ihnen nicht glaube. (Zuruf Hartong: Dann kann ich Ihnen das leider nicht beweisen.) Ich glaube, es ist nicht außeracht zu lassen, was bisher darin von privater Seite geschehen ist.) Wenn ich Herrn Hartong fragen und bitten würde, mir nachzuweisen, was bisher durch private Initiative für den Wohnungsbau geleistet ist, so würde das sehr wenig sein. (Zuruf Hartong: In Delmenhorst sind von den Werken viele Wohnungen gebaut.) (Präsident: Ich möchte bitten, in diesem Frage- und Antwort-Spiel nicht fortzufahren.) Es tut mir leid, der Herr Präsident stört uns. Wenn Herr Hartong davon spricht, daß die Werke in Delmenhorst etwas für den Wohnungsbau getan hat, so will ich das nicht bestreiten, ob auf der ganzen Linie solche Initiative als ausreichend angesehen wird, kann man bezweifeln. Es wird sich kein Mensch, der die Dinge objektiv sehen will, der Auffassung verschließen können, daß es ohne ausgiebige Förderung der öffentlichen Körperschaften nicht geht. In dieser Beziehung begrüße ich auch die Ausführungen von Herrn Wempe. Es wird eine Reihe von Jahren dauern, bis man in der Lage sein wird, die Wohnungsbautätigkeit der privaten Initiative zu überlassen. Die Gedanken, die Herr Hartong vertritt, sind uns nicht neu, sie laufen mehr oder weniger darauf hinaus, einmal die gemeinnützigen Baugenossenschaften soweit möglich beim Woh-

nungsbau auszuschalten. (Zuruf Hartong.) Das wird die Wirkung sein. Zum anderen schließlich dem unternehmenden Gewerbe einen entsprechend höheren Profit zu sichern. Das würde nur vor sich gehen können auf Kosten der Mieter. Ich kann nicht zustimmen, wenn der Abg. Hartong heute morgen sagte, daß eine gewisse Mieterhöhung keine Lohnerhöhung bedingen würde. Es ist so, wir wollen es aussprechen, daß gewisse Arbeiterschichten dank günstiger Marktlage, dank sehr guter Organisation, in der Lage gewesen sind, mit ihren Löhnen mitzukommen. Es ist aber nicht zu bezweifeln, daß große Arbeiterschichten nicht mitgekommen sind. Ich halte es auch volkswirtschaftlich nicht für richtig, daß der Abg. Hartong hier erklärt, — er hatte es heute morgen offen und klar und fast hatte ich das Gefühl, mit einem gewissen Zynismus, ausgesprochen, daß die Löhne abgebaut werden müssen. Ich glaube, das ganze Problem bewegt sich in dem Rahmen: Wie ist es möglich, Produktion und Kaufkraft in das richtige Verhältnis zueinander zu bringen. Daß Sie das aber bei der steigenden Rationalisierung durch einen Abbau der Löhne erzielen wollen und können, glaube ich nicht. Schließlich wäre alles das, was Sie zu dieser Frage ausgeführt haben, richtig, wenn man die Dinge nur mit den Augen des Industriekapitäns ansehen könnte, und wenn man diese Dinge nur von dem Gesichtswinkel des Außenhandels aus betrachten dürfte. Aber das darf man nicht. Sie wissen genau so gut wie ich, daß die hervorragendste Rolle immer noch der inländische Markt spielt und daß da die Kaufkraft der großen Masse eine große Bedeutung hat. —

Herr Sante hat von Berlin gesprochen. Herr Sante, es ist so, daß eigentlich die Regierung Müller gestürzt ist, weil die Sozialdemokraten sich daran hielten, was in der Regierung vereinbart war. Weil sie sich daran gehalten haben, deswegen ist sie gestürzt oder glauben Sie, daß wir die Dinge nicht vorher gesehen haben. (Zuruf Lehmkühl: Sie fällt schon wieder zusammen.) Herr Lehmkühl, trösten Sie sich. Sehen Sie, wir haben die Dinge von langer Hand sich entwickeln sehen. Es ist so gewesen, daß die rechts-orientierten Kreise im Zentrum — ich meine Sie nicht, Herr Meyer (Holte) — schon seit langer Zeit Morgenluft gewittert haben und daß auch Kreise der Deutschen Volkspartei abgewartet haben, bis der Zeitpunkt gekommen war, und jetzt will man auf eigene Weise Politik machen. (Zwischenruf.) Ich glaube, daß ich einigermaßen auf dem richtigen Wege bin, und wenn zum Beispiel — das ist auch ein kleines Schlaglicht — Herr Wempe heute sagte, daß es eigentlich unerträglich sei, daß in Berlin die große Preußenregierung und die Reichsregierung nebeneinander wirkten, so kann man auch daraus gewisse Schlußfolgerungen ziehen, die vielleicht auch das Vorgehen Preußens nach

anderer Seite hin erklärlich erscheinen lassen. Daß es in Preußen nicht mancherlei Leute gibt, denen die Stabilität der politischen Verhältnisse in Preußen nicht gefällt, braucht man uns nicht vorzumachen, selbst im Zentrum gibt es solche Leute. (Zwischenruf Hartong.) Herr Hartong! — Wenn Sie alles beweisen sollten, was Sie behaupten, so hätten Sie sehr viel zu tun, aber Sie wissen, daß es in der Politik auch Imponderabilien gibt. (Zuruf vom Zentrum: Sie haben auch zwei Flügel in der Partei.) Daher fliegen wir auch so oft.

Es ist über die weiblichen Assessoren gesprochen worden. Meine Herren, ich vertrete die Auffassung, daß auch die Frauen genau so gut das Anrecht auf einen Beruf haben wie die Männer, und Herr Hartong muß wissen, daß mehr und mehr die Frauen in das Erwerbsleben eindringen. In Delmenhorst wird man sogar manchmal in Verlegenheit gewesen sein nach weiblichen Arbeitskräften. Im allgemeinen läuft die Entwicklung, das weist die Statistik, auf die ja Herr Hartong nicht viel gibt, nach, dahin, daß die Zahl der erwerbstätigen Frauen von Jahr zu Jahr zunimmt. (Zuruf: Leider.) Leider, aber glauben Sie, im Ernst, daß man das aufhalten und verhindern kann. Dann hätten Sie in Delmenhorst Gelegenheit, das einmal zu versuchen. Ich glaube, Sie sind doch der Meinung, daß Sie das nicht können. (Zuruf Hartong: In allen Fällen sind die Frauen nicht zu entbehren.) Es wird vielleicht auch eine Zeit kommen, wo man selbst weibliche Assessoren nicht entbehren kann. Man sollte über die Dinge nicht streiten. Für mich kommt das Können der Person in Frage. Warum soll man einer Frau den Beruf versagen, wenn sie dem Manne in den Leistungen ebenbürtig ist? Ich glaube, daß auch diese Entwicklung nicht aufgehalten werden kann.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Thye.

Abg. Thye: Meine Herren! Es sind hier vorhin die Schwierigkeiten in der Geschäftsführung der Amtskasse Westerstede angeschnitten worden. Da sie nun bei der allgemeinen Beratung schon zutage gekommen sind, möchte ich mich auch hier schon dazu äußern. Ich glaube, der Herr Minister sieht die Lage doch etwas zu rosig an. Ganz so wie er es darstellt, scheint es hier nicht gewesen zu sein mit dieser Amtskasse. Die Untersuchung ist im Gange, hat er uns gesagt, aber ich glaube, ich werde in absehbarer Zeit mit einigem Material über die Westersteder Amtskasse kommen können. Jedenfalls steht soviel fest, daß die alten Forderungen aus 1924/25 jetzt in letzter Zeit eingefordert wurden. Das kann alles noch unter den alten Beamten passiert sein. Aber beängstigend wird es, wenn man hört, daß es eigentlich auch jetzt noch nicht besser geworden ist. Jedenfalls die Aufforderungen,

Steuern, die schon mal bezahlt sind, nochmal zu bezahlen, sind ergangen. (Sehr richtig!) Und das weitere, wie das gehandhabt wird auf dem Büro, da hoffe ich, daß die Untersuchung Klarheit bringen wird. Ich werde mich auch um Material bemühen. Eins aber steht fest, Herr Minister, an Grobheit in der Behandlung des Publikums wird diese Stelle wohl nirgends übertroffen.

Präsident: Das Wort hat Herr Minister Dr. Willers.

Minister Dr. Willers: Meine Herren! Ich bin nicht in der Lage, zu dem, was Herr Abg. Thye gegen den Amtseinnehmer sagt, Stellung zu nehmen. Ich muß den Beamten vorläufig in Schutz nehmen. Ich bitte, mir das Material zu überreichen. Der Beamte hat einen außerordentlich schweren Stand; das bitte ich auch nicht zu vergessen, und der Beamte war einer unserer tüchtigsten, die wir haben.

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident: Meine Herren! Ich nehme an, daß die allgemeine Aussprache zu Ende ist und sehe mich nun genötigt, zu Antrag 1, der ja mit zur Debatte gestellt ist und der von der Beschäftigung weiblicher Assessoren handelt, noch etwas zu sagen. Nicht nur hier im Landtage und durch Eingaben an das Ministerium ist die Sache zur Sprache gekommen, auch der Herr Reichsminister des Innern hat sich für die Entscheidung der oldenburgischen Staatsregierung interessiert und hat mich ersucht, ihm darüber ein Schreiben zuzusenden. Das konnte sehr einfach geschehen; denn ich bin in der Sache sehr vorsichtig vorgegangen und ich glaube, das Material, das ich Ihnen jetzt auch vorlegen werde, das ich dem Reiche vorgelegt habe, das wird sie überzeugen, daß eine andere Stellungnahme seitens der Regierung überhaupt garnicht möglich war. Die Sache liegt so: Nach Artikel 109 der Reichsverfassung haben Männer und Frauen grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Nach Artikel 128 der Reichsverfassung sind alle Staatsbürger ohne Unterschied nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen. Ich bitte nun sehr zu beachten: die Gleichheit und die gleiche Behandlung zwischen Männern und Frauen ist also nicht schlecht hin dieselbe für Männer und Frauen, sondern nur unter den Vorbehalten „grundsätzlich“ und „nach Maßgabe der Gesetze entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen“.

Darüber, ob Frauen sich für den Richterberuf überhaupt eignen, gingen die Meinungen zunächst sehr auseinander. Nachher gewann aber die Meinung die Oberhand, daß Frauen grundsätzlich auch für den Richterberuf zugelassen werden müßten und

durch das vorhin schon angeführte Reichsgesetz vom 11. Juni 1922 wurden sie auch zu dem Beruf der Rechtspflege allgemein zugelassen. Aber — und das bitte ich wieder sehr zu beachten — das ist wiederum im Sinne der Reichsverfassung und der Bestimmungen, die ich vorgelesen habe, zu verstehen, „grundsätzlich“ und „entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen“. Und nun will ich Ihnen aus der Begründung zu dem Gesetz eine kurze Stelle vorlesen. Da heißt es:

„Wenn die Frau zu diesen Betätigungen gleich dem Manne unterschiedslos zugelassen wird, so geschieht das nicht aus der Annahme heraus, daß für jede dieser Betätigungen und für jede ihrer Unterarten Mann und Frau sich in ihrer Eignung völlig gleichstünde. Vielmehr soll gerade die Andersartigkeit der Frau, die eigentümlich weibliche Eignung der Rechtspflege nutzbar gemacht werden. Der Artikel 109 der Reichsverfassung — den ich vorgelesen habe, — verlangt nur gleichberechtigte, nicht gleichartige Betätigung. Der Frau die ihrer Eignung entsprechende Betätigung in der Rechtspflege zuzuweisen, kann aber mangels jeder bisherigen Erfahrung über diese Eignung — sagt die Begründung zum Reichsgesetz selbst nicht Aufgabe der Gesetzgebung, vielmehr nur Aufgabe der Justizverwaltung sein. Die Gesetzgebung muß sich damit begnügen, der Frau den Zugang zu den Justizämtern und -berufen allgemein zu eröffnen.“

Es ist also Aufgabe der Justizverwaltung, zu prüfen und zu verantworten, ob die Frau geeignet ist zu diesem besonderen Beruf, der ihr zugewiesen werden soll, bei den Amtsgerichten usw. Die Reichsregierung sagt aber in der Begründung, ob die Frau das kann, darüber fehlt uns jegliche Erfahrung.

Als nun im vorigen Jahre diese beiden Damen das Assessorenexamen gemacht hatten und zu mir kamen, habe ich ihnen gesagt, ich müßte mir die Sache überlegen, ich könne so nicht sagen, ob sie zur Beschäftigung zugelassen würden. Eine von ihnen ist schon vor Jahren bei mir gewesen, als sie noch studierte, ob sie Aussicht hätte, anzukommen. Da habe ich ihr absolut negativ geantwortet, das müßte sich später finden. Ich habe ihr also keine Hoffnungen gemacht. — Um mich zu unterrichten, weil mir jegliche Erfahrung fehlte, habe ich mich in allen Ländern Deutschlands erkundigt. Mehrere Länder haben sich überhaupt noch nicht darauf eingelassen. In dem großen Preußen sind zwei Frauen als Landgerichtsrätinnen und Amtsgerichtsrätinnen in den Großstädten Essen und Bonn angestellt worden und in Zivilkammern tätig. Mehrere Assessorinnen sind kommissarisch tätig. Amtsrichterrinnen waren nach der Auskunft noch nicht angestellt. In Sachsen waren ebenfalls zwei Frauen

als Landgerichtsrätinnen und drei Assessorinnen als Hilfsrichterinnen bei Landgerichten tätig. Amtsrichterinnen bei einem Amtsgericht mit einem Richter waren nicht da. In Bayern hat erst eine Frau die Aufnahme beantragt. Die Aufnahme wurde vom Ministerialrat mit der Begründung abgelehnt, daß Frauen im Richterdienst nur beschränkt verwendungsfähig sein, daß aber für die Uebernahme in den Richterdienst Voraussetzung sei eine uneingeschränkte Verwendbarkeit in allen Zweigen. In Württemberg hat man auch noch keine Frauen als Amtsrichterinnen angestellt; zwei werden beschäftigt, und von den Erfahrungen will das Justizministerium seine Entschließung abhängig machen. Die Erfahrungen sind noch nicht abgeschlossen. In Baden ist eine Assessorin übernommen; die ist bei dem großen Amtsgericht Mannheim. Dort versteht sie eine Zivilabteilung. Baden schreibt: „Eine Beschäftigung von Gerichtsassessorinnen bei ländlichen Amtsgerichten oder in der Strafrechtspflege wird in Baden nicht für angängig gehalten“. In Thüringen ist eine Dame seit 1922 beschäftigt. Erfahrungen, ob man ihr ein kleines Amtsgericht übertragen kann, sind nicht gemacht worden. In Lippe — ich lese das deshalb vor, weil es bekanntlich eine ganz links gerichtete Regierung hat — sagt man: „das Landespräsidium würde gegen die Beschäftigung einer Frau bei kleineren Gerichten grundsätzlich Bedenken haben. (Hört! Hört!). Die Bedenken liegen einmal in der Art des Tätigkeitsgebietes, das bei kleinen Gerichten alle Rechtsgebiete umfaßt, und zum anderen darin, daß nach Ansicht des Landespräsidiums das rechtsuchende Publikum in eine Frau als solche nicht in jedem Rechtsgebiete das notwendige Vertrauen setzen wird, insbesondere bei der Tätigkeit in Strassachen (Amtsrichter als Einzelrichter in Strassachen und Vorsitzender des Schöffengerichts) dagegen wird sich eine Frau gut eignen zur Bearbeitung von Vormundschaftsangelegenheiten und in Jugendgerichtssachen. Diese Tätigkeitsgebiete würden aber bei kleinen Gerichten eine volle Arbeitskraft nicht ausfüllen. Auch in Schaumburg-Lippe, wo bekanntlich eine Linksregierung ist, ist die Beschäftigung von weiblichen Richtern ebenfalls unerwünscht bei kleineren Amtsgerichten. „Auf dem Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit und der Strafrechtspflege“, schreibt Budeburg, „würde eine Frau als Einzelrichter nur zu leicht der gerade für den Prozeßrichter und den Strafrichter erforderlichen Autorität ermangeln.“ Interessant ist auch die Stellung von Hamburg. In einer juristischen Zeitschrift wurde von dem dortigen Justizsenator gesagt, daß man auch in Hamburg, in der Großstadt, gegen feste Anstellung von weiblichen Richtern zur Zeit noch Bedenken habe. Also sogar in Hamburg.

Meine Herren! Hieraus wollen Sie ersehen, daß man von Erfahrungen überhaupt noch nicht sprechen kann. Die Sache ist im Werden und muß

seine Zeit haben. Es ist absolut richtig, was damals die Reichsregierung bei der Begründung des Gesetzes gesagt hat, uns mangelt jegliche Erfahrung. Sie werden zugeben, gründlicher, als wir es getan haben, kann man nicht zu Werke gehen. Für solche Verhältnisse, wie wir sie haben mit den kleinen Amtsgerichten, abgesehen von dem Amtsgericht in Oldenburg, da mangelt es an jeglicher Erfahrung. Es ist doch undenkbar, daß eine Justizverwaltung die Verantwortung übernehmen kann, nun eine Dame an ein Gericht zu setzen, wo nach den Erfahrungen in ganz Deutschland noch nicht gesagt werden kann, ob für eine Dame gerade als Richter an einem kleinen Amtsgericht die Voraussetzungen überhaupt vorhanden sind. Es ist ganz etwas anderes in einem großen Staat, in Preußen und Sachsen, da kann die Frau an großen Amtsgerichten ohne weiteres zugelassen werden. Aber Sie müssen bedenken, wenn wir eine Frau an das Amtsgericht Lönninge oder Damme setzen, muß sie die gesamte Gerichtsbarkeit übernehmen, und ob das möglich ist, das ist in ganz Deutschland noch nicht festgestellt.

Unter diesen Umständen war ich und war mit mir die Staatsregierung nicht in der Lage, diesen Damen jetzt schon eine Zuweisung zu gestatten. Es wäre vielleicht möglich, daß im Laufe der Zeit etwa hier am Amtsgericht eine Grundbuchabteilung — aber die Geschäftsverteilung ist hier eine andere — frei würde, dann müßte die Dame solange warten, bis die Stelle frei würde, oder daß am Landgericht eine Stelle frei würde, dann hat sie aber gar keine Erfahrungen als Amtsrichter, und wir sehen darauf, daß zum Landgericht niemand kommt, der nicht die amtsrichterliche Tätigkeit beherrscht. Wir sind, ich möchte das nochmals mit aller Deutlichkeit sagen, wir sind in keiner Weise grundsätzlich gegen die Beschäftigung und etwaige spätere Anstellung von Damen als Richterinnen, wenn sich herausgestellt hat im Laufe der Zeit, daß dagegen keine Bedenken bestehen. Aber da in ganz Deutschland überhaupt noch keine Erfahrungen gesammelt sind, so können Sie unmöglich verlangen, daß wir mit unseren kleinen Gerichten vorangehen; das ist unmöglich. Aus diesen Gründen haben wir den Damen leider nicht den Wunsch erfüllen können, und ich bitte Sie dringend, den Antrag 1 abzulehnen.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Dann schließe ich die allgemeine Beratung. Ich rufe jetzt noch Titl. 1 der Einnahmen auf, Titl. 2, Kap. 2, 3.

Der Ausschuß stellt den Antrag 5:

Annahme der Kap. 1 bis 5 der Ausgaben.

Ich eröffne die Beratung zu Antrag 5 und zu Kap. 1 Titl. 1, 2, 3, Kap. 2, 3, 4, 4 a, 5 Titl. 1, 2, 3, 4. Keine Wortmeldungen. Ich lasse jetzt

abstimmen, und zwar zuerst über den Antrag 1. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag 1 annehmen wollen, sich zu erheben und stehen zu bleiben. — Geschicht. — Ich danke, ich bitte um die Gegenprobe. — Geschicht. — 20 gegen 17 Stimmen. Der Antrag ist angenommen. Ich lasse jetzt über den Antrag 2 abstimmen. Ich bitte die Abgeordneten, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben und stehen zu bleiben. — Geschicht. — Ich danke. Das ist die Mehrheit. 25 Stimmen. Der Antrag ist angenommen. Ich lasse jetzt über den Antrag 3 abstimmen, das ist der Ausschufantrag. Ich werde gleich über die Anträge 3, 4 und 5 zusammen abstimmen lassen. Ich bitte die Abgeordneten, die diese Anträge annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Die Anträge sind angenommen.

Ich schlage jetzt vor, auf Seite 413 des Berichts, Seite 54 des Voranschlags, fortzufahren.

Der Ausschuf stellt den Antrag 57:

Annahme der Kap. 1 bis 5 der Einnahmen.

Ich eröffne die Beratung zu Antrag 57 und zu Kap. 1 Titl. 1, 2, 3, Kap. 2, 3 Titl. 1, 2, 3, Kap. 4, 5. Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuf stellt den Antrag 58:

Annahme der Kap. 1 bis 9 der Ausgaben.

Ich eröffne die Beratung zu Antrag 58 und zu Kap. 1 Titl. 1, 2, 3, Kap. 2 Titl. 1, 2, Kap. 4 Titl. 1, 2, 3, Kap. 5 Titl. 1, 2, 3, Kap. 6 Titl. 1, 2, 3, Kap. 7 Titl. 1, 2, 3, Kap. 8, 9. Keine Wortmeldungen. Dann stimmen wir ab und lasse ich über die Anträge 57 und 58 zusammen abstimmen. Ich bitte die Abgeordneten, die diese beiden Anträge annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Die Anträge sind angenommen.

Abschnitt VII, Haushalt des Ministeriums der Kirchen und Schulen.

Ein Teil des Ausschusses stellt den Antrag 59:

In der Verfügung des Staatsministeriums vom 16. Januar 1928 ist das Wort „oldenburgische“ zu streichen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag. Das Wort hat Herr Ministerialrat Dr. Christians.

Ministerialrat Dr. Christians: Meine Herren! Ein gleicher Antrag ist schon zum Voranschlag des verflossenen Rechnungsjahres gestellt worden. Ich kann mich auf das beziehen, was ich im letzten Jahre dazu ausgeführt habe. Für die Staatsregierung ist lediglich der finanzielle Gesichtspunkt maßgebend. Wird der Antrag angenommen, so wird ein Ausfall für die Landeskasse nach einer früheren Errechnung von 4—5000 R.M. entstehen. Weitere als finanzielle Gründe können für die Ablehnung des Antrags nicht angegeben werden.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Wempe.

Abg. Wempe: Meine Herren! Ich habe im vorigen Jahre bereits den Antrag gestellt und begründet. Wenn für die Staatsregierung nichts anderes als der finanzielle Gesichtspunkt maßgebend ist, dann ist für mich das wohlbegründete Interesse der Bevölkerung, insbesondere der kinderreichen Bevölkerung maßgebend. Es geht nach meiner Meinung nicht an, daß heute auf dem Gebiete des Schulgeldwesens noch Verhältnisse bestehen, wie sie einmal in Deutschland in der glorreichen Zeit vor dem Zollverein in zollpolitischer Beziehung bestanden. Ich verstehe nicht, wie die Landesfinanzen den Ausschlag geben können bei der Schulgeldermäßigung für Familien, die mehrere Kinder in höhere Schulen schicken und aus schwerwiegenden Gründen das eine oder andere Kind auf außeroldenburgische Schulen schicken müssen. Wenn sie das tun, dann tun sie das nicht, um ihre Kinder oldenburgischen Schulen zu entziehen.

Präsident: Ich lasse über den Antrag 59 jetzt abstimmen, da Wortmeldungen nicht mehr vorliegen. Ich bitte die Abgeordneten, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Der Ausschuf stellt den Antrag 60:

Annahme der Kap. 1 bis 5.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag und zum Kap. 1, Kap. 2, evang. Oberschulkollegium, Titl. 1, 2, 3, 4, 5, kath. Oberschulkollegium, Titl. 1, 2, 3, Kap. 3 Titl. 1, Kap. 3a, 3b, 4 Titl. 1, Kap. 5. Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuf stellt den Antrag 61:

Der Landtag wolle nach der Stellungnahme der Staatsregierung die Eingabe des evang.-luth. Oberkirchenrats für erledigt erklären.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrag und zu der Eingabe. Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuf stellt den Antrag 62:

Der Landtag wolle die Eingabe des Landrabbinats Oldenburg aus vorstehenden Gründen für erledigt erklären.

Ich eröffne die Beratung zu Antrag 62 und zu der Eingabe. Ebenfalls keine Wortmeldungen. Dann lasse ich jetzt über die Anträge 60, 61 und 62 zusammen abstimmen. Ich bitte die Abgeordneten, die diese drei Anträge annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Die Anträge sind angenommen.

Eine Minderheit des Ausschusses stellt den Antrag 63:

Annahme des Kap. 1 unter Streichung des Titl. 3.

Die Mehrheit des Ausschusses stellt den Antrag 64:

Annahme des Kap. 1.

Ich eröffne die Beratung zu den Anträgen 63 und 64 und zu Kap. 1, Titl. 1, 2, 3. Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich zuerst über den Antrag 63, den Antrag der Minderheit, abstimmen. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag der Minderheit annehmen wollen, sich zu erheben und stehen zu bleiben. — Geschicht. — Das ist die Minderheit. Der Antrag ist abgelehnt. Ich lasse jetzt über den Antrag 64 abstimmen. Ich bitte die Abgeordneten, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben und stehen zu bleiben. — Geschicht. — Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Der Ausschuß stellt den Antrag 65:

Der Landtag wolle die Eingabe des Bischöflich Münsterischen Offizialrats in Bechta durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklären.

Ich eröffne die Beratung zu Antrag 65 und zu dieser Eingabe. Das Wort hat Herr Abg. Schmidt.

Abg. Schmidt: Meine Herren! Zum Kap. 2, Oberschulkollegium. Da hat sich im 2. Absatz auf Seite 416 ein böser Schreibfehler eingeschlichen. Es heißt da: „Das Staatsministerium hat den Beschluß des Oberschulkollegiums betr. Aufhebung der Oberschulkollegien nicht ausgeführt.“ Es könnte so scheinen, als wenn das Oberschulkollegium sich selbst aufhebt. (Heiterkeit.) Das ist nicht der Fall; ich stelle das fest, es muß heißen: „Beschluß des Landtages“.

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident: Nur eine kurze Bemerkung. Auf S. 416 im Abs. 4 heißt es: „Aus dem Ausschuß wurde betont, daß die Behandlung dieser Angelegenheit den Anschein erwecken könne, daß es im Staatsministerium an dem Willen mangle, dem Antrage des Landtages nachzukommen.“ Ich möchte dem ganz entschieden widersprechen. Wie in der ausführlichen Begründung in der Nachweisung über das Schicksal der Anträge, die vom Landtag angenommen sind, zu lesen steht, sind wir aus rein sachlichen Gründen zur Ablehnung des Antrages gekommen, und es hat uns in jeder Weise ferngelegen, daß es uns an dem Willen gemangelt hätte, dem Antrage des Landtages nachzukommen. Wir haben aus sachlichen Gründen, die ich angeführt habe, geglaubt, den Antrag ablehnen zu müssen.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

Der Ausschuß stellt den Antrag 66:

Annahme des Kap. 2.

Ich eröffne die Beratung zu dem Antrag 66 und zu Kap. 2 Titl. 1, 2, 3.

Der Ausschuß stellt den Antrag 67:

Annahme des Kap. 3.

Ich eröffne die Beratung zu dem Antrag 67 und zu Kap. 3 Titl. 1 Evang. Oberschulkollegium, Ziff. 1, 2, 3, 4. Das Wort hat Herr Abg. Friedrichs.

Abg. Friedrichs: Zu Kap. 3 Titl. 1 Ziff. 4 möchte ich folgendes sagen. Mir ist vor kurzem aus Kreisen der Oldenburgischen Lehrerschaft etwas zugetragen worden über einen Vorgang beim Realgymnasium in Rühringen. Dort hat ein Lehrer, der als völkisch bekannt ist, einen Aufsatz aufgegeben in der Form eines Briefes an einen Auslandsdeutschen. Einer der Schüler hat den Brief anscheinend nicht so verfaßt, wie er diesem Herrn genehm gewesen wäre. Dieser Aufsatz ist dann durch den Lehrer durch entsprechende Randbemerkungen außerordentlich scharf zensiert worden und hat auch die Note 4 bekommen. Nach dem, was mir die Herren vorgetragen haben, hätte dieser Aufsatz nach ihrer Meinung eine wesentlich bessere Zensur verdient, und es kam ferner zum Ausdruck, daß man sich des Eindrucks nicht verwehren könnte, als ob hier reichlich parteiisch verfahren worden sei. Ich würde doch bitten, diese Angelegenheit zu untersuchen und einmal festzustellen, was an diesen Dingen wahr ist. Es sind mir mehrfach schon Klagen gerade über diesen Herrn vorgetragen worden, und es ist nicht nur so, daß die Republikaner an dieser Anstalt sich von ihm ganz außerordentlich beschwert fühlen, indem es sehr leicht vorkommt, mit diesem Herrn in Streit zu geraten, sondern auch Herren, die dem Stahlhelm angehören, absolut mit diesem Herrn nicht fertig werden können. Ich werde dem Herrn Ministerpräsident das Nähere noch mitteilen. Ich habe unterlassen, mit den Eltern des Schülers Verbindung zu suchen, weil ich fürchte, daß gegebenenfalls der Junge in seinem Fortkommen Schaden haben könnte, und ich würde die Staatsregierung ausdrücklich bitten, die Untersuchung so zu führen, daß ein Schaden auch indirekter Art vermieden wird. (Zuruf Abg. Dannemann: Das wird durch die Erklärung im Plenum nicht besser.) Herr Abg. Dannemann, ich bin mir klar darüber, daß gewisse Folgen so oder so entstehen können bei der Sache, wenn sie untersucht wird, aber solche Uebelstände müssen beseitigt werden.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Dann fahren wir fort. Ziffer 5, Kathol. Oberschulkollegium Ziff. 1, 2, 3, Evang. Oberschulkollegium Titl. 2 Ziff. 1, 2, 3, 4, 5, Kathol. Oberschulkollegium Ziffer 1, 2, 3, Evang. Oberschulkollegium Titl. 3 Ziff. 1, 2, 3, 4, 5, Kathol. Oberschulkollegium Ziff. 1, 2, 3. Wortmeldungen

liegen nicht mehr vor. Dann lasse ich jetzt über die Anträge 65, 66, 67 zusammen abstimmen. Ich bitte die Abgeordneten, die diese drei Anträge annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Die Anträge sind angenommen.

Eine Minderheit stellt den Antrag 68:

Der Landtag wolle das Staatsministerium ersuchen, dem § 4 der Grundsätze zu diesem Kap. für 1931/32 folgenden Wortlaut zu geben: „Der Staatszuschuß beträgt $\frac{1}{3}$ der ungedeckt bleibenden Ausgaben.“

Ich eröffne die Beratung zum Antrag 68 und gebe das Wort Herrn Minister Dr. Willers.

Minister Dr. Willers: Meine Herren! Ich möchte diesen Antrag zur Veranlassung nehmen, Sie darauf hinzuweisen, daß noch aus dem Landtage heraus eine Reihe von Anträgen auf Mehrausgaben wiederum gestellt sind, die zusammen eine finanzielle Auswirkung von 839 000 *R.M.* haben. Ich möchte Sie bitten, doch Mehrausgaben zu vermeiden. Was die finanzielle Auswirkung des Antrags 68 angeht, so ist diese Auswirkung allein etwa 200 000 *R.M.* Meine Herren! Das ist nach meiner Ansicht doch eine Unmöglichkeit, und ich möchte Sie bitten, sich heute nicht festzulegen. Es muß der Zukunft überlassen bleiben, ob wir diese Position, die limitiert ist, demaleinst erhöhen können. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, daß, wenn die im Jahre 1926 limitierten Positionen sich frei auswirken sollen, wir 3 800 000 *R.M.* aufzuwenden haben würden. Das wären 90% unserer Landessteuern, Grund- und Gebäudesteuern und Hauszinssteuern. Daß ein solcher Finanzausgleich nicht richtig sein kann, kann man an diesen Zahlen, glaube ich, wohl sehen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Schmidt.

Abg. Schmidt: Meine Herren! Dies ist eine Angelegenheit, die den Landtag in allen seinen Parteien schon häufig beschäftigt hat. Ich bemerke, daß eine ganze Reihe von Abgeordneten schon darauf hingewiesen hat, daß es so nicht weitergehen könne in der Beschränkung der Zuschüsse. Wir haben angesichts der Knappheit an Mitteln davon abgesehen, für dieses Jahr den Antrag auf Erhöhung zu stellen, wollen aber die Regierung dahin bringen, daß sie für das nächste Jahr diese Aenderung herbeiführt, nämlich den Zustand, den wir früher immer gehabt haben. Ich kann augenblicklich die Angaben des Herrn Finanzministers nicht genau nachprüfen, aber es scheint mir zu hoch gegriffen zu sein, aber er das Mehr zwischen $\frac{1}{3}$ und $\frac{1}{7}$ auf 200 000 *R.M.* angibt.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Lahmann.

Abg. Lahmann: Meine Herren! Es ist uns natürlich bekannt, daß, wenn dieser Antrag an-

Stenogr. Bericht. V. Landtag, 4. Versammlung.

genommen wird, dies Mehrausgaben erfordert. Man könnte hier versucht sein, das Vorgehen der oldenburgischen Regierung in den letzten Jahren in Bezug auf die jährlich steigende Beschränkung der Zuschüsse zu den höheren Schulen und den Berufsschulen zu vergleichen mit dem Vorgehen von Preußen in bezug auf den § 35. Ich sage, man könnte versucht sein, eine gewisse Parallele zu ziehen. Preußen fängt an, den Ländern zu sagen, wir wollen Euch ein bißchen mehr abnehmen. Hier ist es auch so gewesen in den letzten Jahren, wenn wir ganz ehrlich sein wollen. Vor einigen Jahren bekamen wir $\frac{1}{3}$ der ungedeckten Ausgaben, auch bei den Berufsschulen. Hier sind wir glücklich heruntergekommen auf $\frac{2}{7}$, und bei den höheren Schulen beträgt der Zuschuß nur noch kaum $\frac{2}{7}$. Es ist dafür gar kein Äquivalent geboten worden, und wenn wir einen kleinen Ausflug zum Ausgleichstod machen dürfen, dann ist es dort daselbe. Da heißt es: „Die Gemeinden erhalten in bezug auf die Besoldung der Lehrer das, was sie 1928 bekommen haben.“ Inzwischen wachsen aber diese Ausgaben ständig durch Zunahme der Klassen, durch Verheiratung von Lehrern usw., aber die Gemeinden bekommen nichts mehr. Im Grunde genommen ist es ungefähr dasselbe, was hier mit den Gemeinden auf diesem etwas diplomatischen Wege gemacht wird und was Preußen vielleicht etwas brüster in diesem Jahre gemacht hat. Sie dürfen eines nicht vergessen: Der Finanzminister hat selbst zugegeben, daß den Gemeinden in bezug auf die Ausgesteuerten so viel Lasten aufgebürdet werden und ihnen auf der anderen Seite dafür nichts wiedergegeben wird, daß das weiterhin nicht möglich ist. So ist es auch bei den Schulen. Ich sehe ein, daß es schwierig ist, plötzlich diese Mehrkosten zu gewähren, denn sie müssen irgendwo her, aber ich möchte die Regierung bitten, in diesem Jahre dann aus dem Ausgleichstod etwas mehr zu geben.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hartong.

Abg. Hartong: Der Finanzausgleich ist in zwei Lesungen erledigt, deswegen will ich auf die Ausführungen von Herrn Lahmann nicht näher eingehen. Die Ausführungen sind sehr anfechtbar. Der Bürgermeister ist mit dem Abgeordneten etwas durchgegangen, oder umgekehrt. Zu Antrag 68: Ich möchte dringend bitten, den Antrag abzulehnen. Wir können unmöglich dazu übergehen, bei grundsätzlichen Fragen, die eine Umwälzung des Finanzausgleichs bedeuten, schon für die Zukunft, ohne daß wir den Etat von 1931 vor uns liegen haben, zu entscheiden.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe die Beratung und bitte die Abgeordneten, die den Antrag 68 annehmen wollen,

sich zu erheben. — Geschicht. — Das ist die Minderheit, der Antrag ist abgelehnt.

Der Ausschuß stellt den Antrag 69:

Der Landtag wolle die für 1929/30 geltenden Grundsätze für die Berechnung der staatlichen Zuschüsse zu den höheren Schulen, höheren Bürger-, höheren Mädchen- und Mittelschulen der Gemeinden auch für 1930/31 genehmigen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage. Keine Wortmeldungen. Ich schließe die Beratung und bitte die Abgeordneten, die den Antrag 69 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Eine Minderheit stellt den Antrag 70:

Der Landtag wolle das Staatsministerium ersuchen, zur Durchführung des Antrages 104 des Berichts zum Voranschlag 1929/30 weitere Verhandlungen mit dem Stadtmagistrat Delmenhorst zu führen und dem nächsten Landtag einen Gesetzentwurf betreffend Uebernahme der Oberrealschule in Delmenhorst auf den Staat vorzulegen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage. Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident: Ebenso wie im Finanzausschuß hat der Abg. Schömer heute morgen wieder die Staatsregierung angegriffen, daß wir nicht weitere Verhandlungen mit dem Stadtmagistrat Delmenhorst geführt hätten. Das ist nicht geschehen, weil bei der damaligen einmaligen Verhandlung mit Vertretern der Stadt Delmenhorst sich gezeigt hat, daß eine Einigung auf einer überhaupt nur einigermaßen erträglichen Grundlage ausgeschlossen sei, und weil dieses mit aller Deutlichkeit sich zeigte. Im übrigen hatte nach meiner Ansicht eine weitere Verhandlung keinen Zweck. Ich habe damals sowohl bei der Verhandlung mit den Herren von Delmenhorst als auch bei den Verhandlungen im Finanzausgleich schon hervorgehoben, daß seitens der Staatsregierung anerkannt wird, daß gewisse Billigkeitsgründe dafür sprechen, daß auch Delmenhorst etwas zugewandt wird, was anderen Gemeinden zugewandt worden ist, daß aber im augenblicklichen Zeitpunkt es aus finanziellen Gründen leider ganz ausgeschlossen sei, den Wünschen zu entsprechen. Diese Erklärung möchte ich auch hier in der Öffentlichkeit abgeben. Es ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit, die großen Summen, die notwendig wären, um eine Verstaatlichung der Oberrealschule in Delmenhorst herbeizuführen, jetzt zur Verfügung zu stellen. Das wird Ihnen, wo Sie den Stand des Etats kennen, klar sein. Sodann liegt dieselbe Eingabe, — sie wird wohl in dem nächsten Antrag behandelt — von der Stadt Barel vor. Wir haben mit der Stadt Barel sehr lange und sehr eingehend verhandelt

darüber, ob es nicht möglich ist, der Stadt zu helfen. Aber die Möglichkeit, die Oberrealschule sofort zu verstaatlichen, ist nicht gegeben. Dabei muß ohne weiteres zugegeben werden, daß, wenn auch viele Billigkeitsgründe dafür sprechen, bei Delmenhorst entgegen zu kommen, mindestens im gegenwärtigen Augenblick ebenso starke Billigkeitsgründe dann dafür sprechen würden, dann auch Barel nicht unbedacht zu lassen. Aus diesen Gründen haben beide Anträge seitens des Ministeriums keine Berücksichtigung finden können.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Schmidt.

Abg. Schmidt: Meine Herren! Ich bin jetzt wie früher gegen diesen Antrag, gegen die Uebernahme der Gemeindeschulen auf den Staat, aus prinzipiellen und aus finanziellen Gründen. Ich habe das Wort genommen, um gerade diejenigen Herren, die heute schon wiederholt das Wort genommen haben zu der Sparsamkeit und aufgefordert haben, keinen Pfennig Mehrbewilligung zu machen, darauf hinzuweisen, daß nach der vorjährigen Darstellung der Regierung die Uebernahme der Oberrealschule in Delmenhorst auf den Staat 190 000 *R.M.* kostet. Damit wird es nicht genug sein. Der Herr Ministerpräsident hat schon ausgeführt, daß Barel mindestens gleichberechtigt sei, und dieselben Ansprüche erheben könnte. Damit ist es auch nicht ausgestanden, dann würden eben alle kommen und das würde 1½ Millionen Mark kosten.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hartong.

Abg. Hartong: Meine Herren! Der Appell von Herrn Abg. Schmidt geht fehl. Es wird mit dem Antrage bezweckt, daß weitere Verhandlungen mit dem Stadtmagistrat aufgenommen werden und daß dementsprechend eine Vorlage gemacht wird. (Zuruf Schmidt.) Bitte sehr, es gibt im übrigen auch Sachen, die einfach so himmelschreiend sind, daß sie bereinigt werden müssen. „Barel“. Meine Herren, ich verstehe, daß Barel sich sehr groß vorkommt, aber es scheint mir, daß es sich nicht ganz mit Delmenhorst messen kann. (Zuruf: Mit dem Geldbeutel nicht.) Auch sonst nicht, und was für Delmenhorst nur eine Sache der Gerechtigkeit ist, das braucht keine Konsequenzen zu haben. Ich habe den Eindruck, als daß man diese angeblichen Konsequenzen sehr eingehend immer bei diesem Kapitel geradezu sucht und darauf hinweist, um zu verhindern, daß der Landtag eine alte Sünde aus der Vorkriegszeit Delmenhorst gegenüber endlich bereinigt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, insofern darf ich mich gegenüber dem Vorjahre wiederholen, daß bei dem damaligen Schulbuteft, wie alle die höheren Schulen, Cloppenburg, Oldenburg, Rühringen usw. verteilt wurden, die Delmenhorst zustehende Schule von der Stadt Oldenburg in der Gestalt des Realgymnasiums gefapert worden ist

und daß nur durch diese Schiebung das Schulkompromiß zustande gekommen ist; die Stadt Oldenburger Abgeordneten stimmten für das Schulkompromiß; und das Land, über berechtigte Delmenhorster Wünsche ging man zur Tagesordnung über. Das sind Tatsachen, meine Herren. Wie die Verhandlungen, die leßthin zwischen Regierung und Stadtmagistrat gepflogen sind, im einzelnen verlaufen sind, weiß ich nicht. Ich kann mir vorstellen, daß aus taktischen Gründen auf der einen Seite wie auf der anderen Seite die Forderungen überspannt worden sind. Aber, wie gesagt, das weiß ich nicht. Aber bitte, ziehen Sie dann evtl. weitere Unterhändler hinzu, damit die Sache zu einer wirklich gerechten Beordnung geführt wird. Es ist, wie gesagt, altes Unrecht gut zu machen, und mir persönlich liegt viel daran, daß in Delmenhorst endlich ein Anlaß zu dem Gefühl entsteht, daß es zu Oldenburg gehört. Bisher hat Oldenburg für Delmenhorst nie etwas getan.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Schömer.

Abg. Schömer: Nur wenige Worte zu dieser Frage. Nicht nur heute morgen, sondern wiederholt im Landtag habe ich begründet, weshalb diese Dinge hier einer anderen Beordnung bedürfen. Nachdem Herr Abg. Hartong eben die Gründe angeführt hat, erübrigt es sich, sie zu wiederholen. Ich wundere mich nur über die Ausführungen des Abg. Schmidt, vor allen Dingen über die Zahlen, die er angeführt hat. Bei den Verhandlungen, die im Ministerium und dem Stadtmagistrat gepflogen worden sind, sind irgendwelche Zahlen dieser Art, wie sie der Abg. Schmidt nannte, 190 000 *R.M.*, nicht genannt worden. (Abgeordneter Schmidt: Siehe vorjährigen Voranschlag.) Ich richte mich nicht nach dem Voranschlag, sondern nach den Verhandlungen, die auf Grund des Beschlusses zwischen Ministerium und Stadtmagistrat gepflogen sind. Ich kann auch deshalb die Worte des Ministerpräsidenten, die er hier ausgesprochen hat, nicht unwidersprochen lassen. Meine Herren, ich habe heute morgen schon gesagt, vonseiten des Ministeriums ist verlangt worden Uebergabe des gesamten Schulgebäudes mit Inventar und Beibehaltung derselben Lasten wie bisher. Das war die Forderung des Ministeriums an den Stadtmagistrat. Der Stadtmagistrat hat gesagt: „Uebernahme der Oberrealschule zu denselben Bedingungen, unter denen die anderen Städte die höheren Schulen bekommen haben“. Ob die letzte Forderung überspannt ist, möchte ich sehr bezweifeln, denn Delmenhorst verlangt nichts, was nicht die anderen Städte mindestens schon haben. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß der Herr Oberbürgermeister wie jeder andere von den Herren, die an der Verhandlung teilgenommen haben, in der festen Ueberzeugung aus dem Ministerium gegangen sind, recht bald wieder geladen zu werden, um dann

nochmals über die Frage zu verhandeln. Sämtliche Herren waren der Auffassung, und wir waren außerordentlich überrascht, daß nichts von dem vonseiten des Ministeriums erfolgt ist. Ich bin der Ueberzeugung, würde es erfolgt sein, wäre auch eine Grundlage gefunden worden, auf der eine Verständigung möglich gewesen wäre. Aber diese Grundlage scheint man absichtlich nicht gesucht zu haben, um Gründe zu haben, den vorjährigen Beschluß des Landtages nicht durchzuführen. Ich bitte Sie, nehmen Sie diesen Antrag an, es wird dann ein Weg gefunden werden.

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident v. Findh: Ich möchte erwidern, daß von einer absichtlichen Sabotierung der Verhandlungen nicht die Rede sein kann, aber es war allgemein die Meinung auf Grund der Verhandlung, die wir gehabt hatten, daß zwischen dem, was die Stadt Delmenhorst verlangte, und dem, was evtl. der Staat geben konnte, eine solche Kluft gähnte, daß es zwecklos war, weitere Verhandlungen zu führen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Wempe.

Abg. Wempe: Meine Herren! Mein Name steht bei denjenigen Abgeordneten, die den Antrag befürwortet haben. Ich lasse mich dabei nicht allein von dem Gerechtigkeitsmotiv leiten, das Abg. Hartong vorgetragen hat. Es läßt sich bei dieser Frage nicht so ganz leicht feststellen, was Gerechtigkeit und was Ungerechtigkeit ist. Wenn Delmenhorst als größere und finanziell starke Stadt, als einer der stärksten im oldenburger Lande, keine staatliche höhere Schule hat, kann man das nicht ohne weiteres als Ungerechtigkeit bezeichnen. Wenn ich zugestimmt habe, dann habe ich das deswegen getan, weil es mir überhaupt unerwünscht scheint, daß die Gemeinden in der Einrichtung von höheren Schulen vollkommen freie Hand haben. Hätte der Staat schon eher seine Hand dazwischen gehabt, dann wäre in der früheren Zeit die eine oder andere Schulgründung nicht erfolgt, die heute die Finanzen der betreffenden Stadt bis zum Erliegen belasten. Ob es jetzt noch möglich ist, den Zustand, der damals eingetreten ist, zu beseitigen, weiß ich nicht. Aber dieser Wettstreit erscheint mir auf alle Fälle unerwünscht. Darum möchte ich grundsätzlich meiner persönlichen Meinung dahin Ausdruck geben, daß es erwünscht ist, daß sich das höhere Schulwesen ganz in den Händen des Staates befindet, und um dieser Meinung Ausdruck zu geben, habe ich für den Antrag gestimmt. Aber ich gehe noch etwas weiter. Herr Hartong hat jede Verbindung zwischen diesem Antrag und den Wünschen von Barel abgelehnt. Ich kann das nicht anerkennen. Wenn in diesem Augenblick auch die Stadt Barel an Regierung und Landtag herangetreten ist mit

dem Antrage, die Oberrealschule in Barel auf den Staat zu übernehmen, so entbehrt ein solches Verlangen doch nicht jeder sachlichen Begründung. Ich weise darauf hin, daß vor dem Kriege Barel zwei staatliche Lehranstalten besessen hat, das Lehrerseminar und die höhere landwirtschaftliche Schule. Die landwirtschaftliche Schule ist aus Gründen, die mir nicht bekannt sind, aufgehoben worden, das Lehrerseminar dergleichen. Die an die Stelle der alten Lehrerseminare tretende Aufbauschule ist nicht etwa, wie man es ohne weiteres hätte annehmen sollen, nach Barel gelegt worden, sondern nach Oldenburg. Wenn dann Oldenburg durch das Abkommen, von dem Herr Hartong gesprochen hat, noch eine weitere höhere Schule bekommen hat, so halte ich das allerdings auch für eine Ueberstätigung. Nach meiner Meinung wäre es gerecht gewesen, die Aufbauschule zum Ausgleich nach Barel zu verlegen. Es wäre zu überlegen, ob und wie es Mittel und Wege gibt, der Stadt Barel das wiederzugeben, was ihr entzogen ist. Wenn auf die Neugründungen des Jahres 1914 hingewiesen ist, so muß ich berichtigend darauf hinweisen, daß der Stein ins Rollen gekommen ist nicht etwa von Cloppenburg aus, das Herr Hartong an erster Stelle genannt hat, sondern von Rüstringen aus. (Zuruf Abg. Dannemann: Das war ja ein schöner Kuhhandel.) Das war nur ein Beweis dafür, daß Cloppenburg zur rechten Zeit auf dem Plan war. Das können Sie Cloppenburg nicht verdenken. Bei einem solchen Handel kommt es darauf an, wer die meisten Steine auf das politische Schachbrett zu schieben hat.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Krause.

Abg. Krause: Meine Herren! Ich bin einigermaßen erstaunt, den Namen des Herrn Abg. Addicks und seiner Freunde nicht unter den Befürworten dieses Antrages zu finden. Wenn ich mich an die Lebhaftigkeit erinnere, die er im vorigen Jahre in unserem Ausschusse aufgeboten hat, um alle Abgeordneten zu überzeugen, daß die Uebernahme der höheren Schulen auf den Staat eine unbedingte Notwendigkeit wäre, um die Schulen unter die Verantwortung des Staates zu stellen, so bin ich einfach sprachlos. Ich kann froh sein, daß ich seinerzeit keine Hühneraugen gehabt habe, sonst hätte Herr Addicks sie mir bestimmt abgetreten. Ich kann mir nicht erklären, warum man, wenn man von einem Ausschusse in den anderen geht, man dann auch seine Grundsätze ändern muß. Es ist gut, daß wir nur drei Ausschüsse haben, sonst könnte man noch manches erleben.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Röver.

Abg. Röver: Ich stelle den Verbesserungsantrag, daß die Eingabe von Barel zur Berücksichtigung zu überweisen ist. Bezüglich des Antrages 70 gehen wir von dem Grundsatz nicht ab, daß die

Schulen zu verstaatlichen sind. Wir werden dem Antrage 70 zustimmen.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich schließe die Beratung, wir stimmen ab. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag 70 annehmen wollen, sich zu erheben und stehen zu bleiben. — Geschicht. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Geschicht. — Das letztere ist die Mehrheit, der Antrag 70 ist abgelehnt.

Der Ausschuss stellt den Antrag 71:

Der Landtag wolle die Eingabe des Stadtmagistrats Barel betreffend Uebernahme der Oberrealschule auf den Staat als Material überweisen.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu der Eingabe.

Hierzu hat der Abgeordnete Röver den Verbesserungsantrag auf Ueberweisung zur Berücksichtigung gestellt.

Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich bitte den Abg. Röver, mir den Antrag schriftlich herzugeben. Wird der Antrag unterstützt? (Zuruf: Nein.) Der Antrag wird nicht unterstützt.

Dann lasse ich über den Antrag 71 abstimmen. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag 71 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Der Ausschuss stellt den Antrag 72:

Annahme des Kapitels 4.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zum Kapitel 4.

Das Wort hat Herr Abg. Schmidt.

Abg. Schmidt: Meine Herren! Auf Seite 417 des Berichtes ist eine Nachweisung über die Verteilung der Zuschüsse für das laufende Rechnungsjahr. Da ist eine andere Summe herausgerechnet, als im Voranschlag steht. Es muß also, Herr Präsident, der Antrag geändert werden, und zwar muß es heißen:

„Annahme des Kapitels 4 mit der Maßgabe, daß unter a 287 500 *R.M.*, unter b 13 900 *R.M.* eingestellt werden.“

Das sind die Summen, die vom Ministerium hergegeben worden sind.

Da ich das Wort als Berichterstatter habe, möchte ich gleichzeitig sagen, daß es im Antrage 74 heißen muß:

Annahme des Kapitels 5 mit der Maßgabe, daß unter Tit. 2 die Summe von 51 100 *R.M.*, das ist die Summe, die auf Seite 417 steht unter Mittelschulen der Stadt Oldenburg eingestellt werden.

Präsident: Ich möchte Herrn Abg. Schmidt bitten, die Aenderungen noch schriftlich herzugeben. Ich lasse über die abgeänderten Anträge abstimmen.

Ich eröffne die Beratung zum Kap. 4 und zu den im Bericht genannten Summen. Keine Wortmeldungen. Dann bitte ich die Abgeordneten, die den abgeänderten Antrag 72 annehmen wollen, sich zu erheben und stehen zu bleiben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Eine Mehrheit stellt den Antrag 73:

Der Landtag wolle genehmigen, daß die Grundsätze für die Gewährung von staatlichen Beihilfen an höhere Privatschulen dem vorstehenden Antrag der Staatsregierung entsprechend in der für das Jahr 1928/29 gültigen Form auch im Schuljahr 1930/31 Anwendung finden; Abg. Wempe erklärt sich gegen diesen Antrag.

Ich eröffne die Beratung zum Antrag 73. Keine Wortmeldungen. Ich schließe die Beratung und bitte die Abgeordneten, die Antrag 73 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist abgelehnt.

Eine Mehrheit stellt den Antrag 74:

Annahme des Kapitels 5 mit der Maßgabe, daß unter Titel 2 die Summe von 51 000 *R.M.* eingestellt wird.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zum Kapitel 5 Titel 1, 2. Keine Wortmeldungen. Ich schließe die Beratung und bitte die Abgeordneten, die den Antrag 74 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen.

Das Wort hat zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Hartong.

Abg. Hartong: Ich möchte bitten, abzubrechen und morgen fortzufahren. Es ist bekannt, daß um diese Tageszeit der Landtag nicht zusammenzuhalten ist. Es hat keinen Zweck, daß hier und dort Zufallsmehrheiten zustande kommen.

Präsident: Der Landtag ist noch beschlußfähig. Ich lasse aber über den Antrag abstimmen. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag des Abg. Hartong annehmen wollen, sich zu erheben und stehen zu bleiben. — Geschicht. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Geschicht. — Das letztere sind 18, zuerst waren es 17 Stimmen. der Antrag ist also abgelehnt.

Wir fahren demnach fort. Ich habe festgestellt, daß der Antrag 74 angenommen ist.

Ein Teil des Ausschusses stellt den Antrag 75:

Annahme des Kapitels 6 Titel 1, 2a und 2b mit der Aenderung, daß in Titel 2a die

Summe von „15 000 *R.M.*“ um „5 000 *R.M.*“ auf „20 000 *R.M.*“ erhöht wird.

Der andere Teil des Ausschusses stellt den Antrag 76:

Annahme des Kapitels 6 Titel 1, 2a und 2b.

Ich eröffne die Beratung zu diesen beiden Anträgen und zum Kapitel 6 Titel 1.

Das Wort hat Herr Abg. Schmidt.

Abg. Schmidt: Bei dem Antrag 75 ist der Abg. Röder mit aufgeführt. Das ist ein Versehen, Herr Röder gehört mit zum Antrag 76.

Präsident: Das Wort hat Herr Ministerialrat Dr. Christians.

Ministerialrat Dr. Christians: Ich darf Bezug nehmen auf die Ausführungen des Herrn Ministers Dr. Willers, wonach er gebeten hat, allgemein von einer Erhöhung der Ausgaben abzusehen. Ein Antrag, der auf Erhöhung der Ausgaben hinausläuft, ist auch der Antrag 75, der schon im letzten Jahre gestellt wurde und damals Annahme gefunden hat. Ich bitte namens des Ministeriums, um eine Erhöhung der Ausgaben um 5 000 *R.M.* zu vermeiden, um Ablehnung des Antrages.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Lahmann.

Abg. Lahmann: Meine Herren! Die Sache liegt doch so, daß inzwischen mehr Schulklassen gekommen sind, und das jetzt auch, weil die Einkommensverhältnisse sich ganz wesentlich verschoben haben, — es ist bekannt, daß die Landwirtschaft fast keine Einkommensteuer mehr bezahlt — die Stadt Nordenham auch abgekommen ist von der Staffelung des Schulgeldes nach dem Einkommen. Dann liegen Anträge auf Zuschüsse, auf Schulgelderlaß vor, sodaß die Gemeinden auch noch weniger bekommen werden. Ich möchte Sie also ganz dringend bitten, den Antrag anzunehmen, zumal es sich wahrhaftig nur um eine geringe Summe handelt.

Präsident: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich eröffne die Beratung zu Kap. 6 Titl. 2a, b. Ich lasse jetzt über den Antrag 75 abstimmen. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag 75 annehmen wollen, sich zu erheben und stehen zu bleiben. — Geschicht. — 19. Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Geschicht. — (Zuruf Abg. Lahmann: Sante auch dagegen?) Der Antrag ist mit 19 gegen 18 Stimmen angenommen. (Zuruf Abg. Hartong: Ich bitte um Nachprüfung des Stimmergebnisses). Es ist ausgezählt worden. Es waren 19 gegen 18. Wir können nicht zweimal abstimmen. (Abg. Hartong: Ich

zweifle die Richtigkeit der festgestellten Stimmen an. Ich behaupte, daß Herr Rohr nicht mitgezählt worden ist.) Ich habe extra zweimal gezählt. Das Wort hat Herr Abg. Dannemann zur Geschäftsordnung.

Abg. Dannemann: Wir haben den Fall schon verschiedentlich gehabt, und ich möchte fragen, was hat die Bestimmung der Geschäftsordnung zu bedeuten, wonach man die Möglichkeit hat, die Richtigkeit der Abstimmung anzuzweifeln. Meiner Ansicht nach bedeutet das wenn man mitgezählt hat und man glaubt, daß das Stimmenverhältnis nicht richtig festgestellt ist, daß man dann die Abstimmung anzweifeln kann.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hartong zur Geschäftsordnung.

Abg. Hartong: Meine Herren! Ich muß das Recht haben, daß nachgeprüft wird, ob nicht ein Versehen vorgekommen ist; dann muß nachgezählt werden können. Hier haben eben 18 Herren gestanden, und außerdem hat Herr Rohr gestanden, sodaß bestenfalls 19 zu 19 herausgekommen ist. — Uebrigens wiederhole ich meinen Antrag, die Sitzung abzubrechen; denn meiner Ansicht nach handelt es sich jetzt, wo hier die meisten Herren nicht mehr anwesend sind, nur um Zufallabstimmungen, die keinen Sinn haben. Sie zwingen mich sonst, meine Herren, aufzufordern, nach Hause zu gehen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Lahmann zur Geschäftsordnung.

Abg. Lahmann: Meine Herren! Wir haben es bislang immer so gehalten, noch in der vorigen Sitzung, daß der Präsident gesagt hat, wenn jemand die Abstimmung bezweifelte, das Büro ist sich einig. Wir können nicht dafür, daß Ihre Herren (nach rechts) weggegangen sind. Aber dann muß es schon dabei bleiben, wenn es sonst so gehandhabt wird, das Büro war sich einig, daß das dann auch jetzt geschieht.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Nieberg zur Geschäftsordnung.

Abg. Nieberg: Ich habe den Herrn Präsidenten gebeten, die Sitzung abzubrechen, weil wir Parteiersammlung haben, und ich bitte, das jetzt abgebrochen wird.

Präsident: Ich möchte folgende Bemerkung zu dieser Geschäftsordnungsdebatte machen: In der Zählung, Herr Hartong, war sich das Büro einig, erst waren es 19, und dann 18 Stimmen. Was die Abbrechung der Sitzung anbelangt, so haben wir darüber abgestimmt und bin ich lediglich dem Wunsche des Herrn Ministerpräsidenten

entgegengekommen, diese beiden Kapitel zuerst vorzunehmen und so schnell wie möglich zu erledigen, weil er eine dringende Reise vor sich hat. Das Wort hat Herr Abg. Wempe zur Geschäftsordnung.

Abg. Wempe: Meine Herren! Im § 61 der Geschäftsordnung heißt es:

1. Nach Beendigung der Abstimmung hat der Präsident das Ergebnis zu verkündigen.
2. Nachdem das geschehen, ist sofortige Erinnerung gegen die Richtigkeit der Zählung, nicht aber nachträgliches Abgeben der Stimme, zulässig.“

Ich meine, danach besteht kein Zweifel, daß die Erinnerung von Herrn Hartong gegen die Richtigkeit der Zählung zu Recht besteht.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Dannemann.

Abg. Dannemann: Ich freue mich, endlich mal die nötige Unterstützung zu finden, ich habe das schon verschiedentlich behauptet. Wir haben schon vor 10 Jahren eine Abstimmung wiederholt, wie noch ein Abgeordneter hereinkam, trotz alledem ist die Abstimmung wiederholt worden. Es hat Herr Abg. Rohr gestanden, und es waren zusammen 19. Diese 19 habe ich gezählt. (Große Unruhe im ganzen Hause.)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hartong zur Geschäftsordnung.

Abg. Hartong: Es scheint, als wenn wegen der Abstimmung von mir irgendwelche Zweifel bestehen. Meine Herren, ich habe mitgestimmt und habe mich wieder hingesezt. (Abg. Broschto: Bei der Auszählung haben Sie nicht gestanden.) Herrgott, ich kann doch nicht wissen, wann Sie mit dem Auszählen fertig sind. Ich habe mitgestimmt.

Präsident: Um den Streit zu schlichten, lasse ich noch einmal darüber abstimmen. (Unruhe links). Ich betone aber ausdrücklich, daß das Büro sich einig war. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag ablehnen wollen, Antrag 75, sich noch einmal zu erheben, also die Gegenprobe. — Geschieht. — 20. Das letztere war die Mehrheit. Aber ich möchte noch eins bemerken, es wird hier mit Recht darauf hingewiesen, daß Abgeordnete zugekommen sind. So ist die Geschäftsordnung nicht auszulegen, daß Abgeordnete, welche erst fehlen bei der wiederholten Abstimmung mitstimmen können. Und wenn Herr Abg. Meyer (Holte) hinzugekommen ist, muß er jetzt von der Zahl der Stimmen abgezogen werden, also 19 zu 19. Die Abstimmung wird wiederholt. Ich lasse

damit den Antrag 76 offen. Herr Abg. Hartong hat nun erneut den Antrag gestellt, die Sitzung abzubrechen. Ich lasse auch jetzt wieder darüber abstimmen. Ich bitte diejenigen Abgeordneten, die dem Antrag Hartong ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben und stehen zu bleiben. — Geschicht. — Ich danke, ich bitte um

die Gegenprobe. — Geschicht. — Das letztere ist die Minderheit. Der Antrag Hartong ist angenommen. Ich schließe die Sitzung und setze die nächste Sitzung auf morgen Vormittag 10 Uhr an. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß 7,30 Uhr.

